

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 33 vom 14. August 1981

15. Jahrgang

1 DM

Die Neutronenbombe bedroht unser Land

Eine Stationierung in der Bundesrepublik muß verhindert werden

WASHINGTON/BONN. — Am 9. August, dem Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki, gab US-Präsident Reagan seine Entscheidung bekannt, die Neutronenbombe in den USA zusammenbauen zu lassen. Die Einzelteile dafür waren bereits produziert worden, als man noch vorgab, die Entscheidung über den endgültigen Bau sei noch lange nicht gefallen. Mit Sicherheit werden die USA versuchen, diese Waffe in Europa, vor allem in der Bundesrepublik zu stationieren. Damit würde ein neuer Schritt zum Weltkrieg getan.

Die „Partner“-Staaten der USA in der NATO wurden vor Reagans Bekanntmachung nicht einmal angesprochen. Hier handelte es sich um eine rein amerikanische Angelegenheit, hieß es in Washington. Und auch die Bundesregierung behauptet das: Eine Stellungnahme zu der Frage ihrer eventuellen Stationierung in Westdeutschland sei „nicht aktuell“.

Die Bundesregierung wird von sich aus nichts dagegen unternehmen. Nichts hätte sie daran gehindert, solchen Plänen ein klares „Nein“ entgegenzusetzen, ganz unabhängig vom Grad ihrer Aktualität. Offener ist da die CDU/CSU. Wörner feierte den Beschluß Reagans als fällige Antwort auf die russische Panzerrüstung und bezeichnete die N-Bombe als „friedenssichernde Waffe“.

Man muß klar herausstellen: Mit dem Bau dieser Waffe werden die Angelegenheiten, die

Lebensinteressen der europäischen Völker und Staaten berührt. Denn es steht hundertprozentig fest: Sie sollen in Europa, vor allem in der Bundesrepublik, stationiert werden. Sie müssen hier stationiert werden, wenn man ihre Konzeption verwirklichen will.

Sie sind laut NATO-Strategie unter anderem für den Einsatz gegen sowjetische Panzer vorgesehen. Und wo rollen die, wenn man den Supermächten nicht einen Strich durch ihre Rechnung macht? In Europa, in Westdeutschland! Es werden zudem Sprengköpfe hergestellt, die von den Lance-Raketen getragen werden sollen. Und damit steht unser Land buchstäblich voll. Die Neutronenbombe soll vor allem über bundesdeutschem Gebiet explodieren, unser Land verseuchen.

Deshalb muß der Kampf gegen die Stationierung der Neutronenbombe heute bereits un-

trennbarer Bestandteil der Friedensbewegung sein. Die Bundesregierung muß daran gehindert werden, sie ins Land zu lassen!

Reagans Bekanntmachung erfolgt kurz vor den mit viel Wirbel angekündigten neuen Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR. Sie zeigt, was wir davon zu erwarten haben, zumal die Russen bereits angekündigt haben, die Neutronenbombe jetzt auch bauen zu wollen. So kann man heute schon mit absoluter Gewißheit sagen: Auch wenn es zu den genannten Verhandlungen kommt — an ihrem Ende wird die atomare Aufrüstung fortgeschritten, wird der Atomkrieg wieder ein Stück näher gerückt sein. Lassen wir uns deshalb von den Verhandlungen nicht mehr hinhalten. Jede Erwartung auf positive Ergebnisse ist vergebens und hindert uns am eigenständigen Kampf.

Weg mit der Neutronenbombe! Bundesrepublik raus aus der NATO!

Höchste Arbeitslosenzahl seit 1952

NÜRNBERG. — Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist von Juni auf Juli sprunghaft um 120 500 auf etwa 1,25 Millionen gestiegen. Eine 46prozentige Steigerung im Vergleich zum Juli 1980. Damit hat die seit Jahren schon um die Millionengrenze pendelnde Massenarbeitslosigkeit in unserem Land den höchsten Stand seit 1952 erreicht.

Besonders stark betroffen ist Nordrhein-Westfalen. Hier wurde zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik die Zahl von 400 000 Arbeitslosen überschritten. Der Schwerpunkt der Erwerbslosigkeit in NRW liegt im Ruhrgebiet. Während im Bundesdurchschnitt die Arbeitslosenquote inzwischen 5,3 Prozent erreicht hat, ist sie dort auf 7,5 Prozent angestiegen. (In Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen auf über 8 Prozent.)

Für die nächste Zeit ist ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten. Der jetzt registrierte Rückgang der Kurzarbeit zeigt nur, daß die Kapitalisten heute schneller

mit Entlassungen bei der Hand sind. Die Rationalisierungswelle in allen Branchen rollt ungehemmt weiter; in den von der kapitalistischen Krise besonders stark betroffenen Bereichen wie der Stahl- und Werftindustrie sind neue Massenentlassungen angekündigt.

Angesichts dieser Tatsachen muß der gewerkschaftliche Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze entschieden verstärkt werden. Dazu gehören vor allem Kampfmaßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Obenan steht dabei die Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

Reagan gegen streikende Fluglotsen

Massenentlassungen und Verhaftungen

WASHINGTON. — Mit äußerster Brutalität hat der amerikanische Präsident Reagan auf den Streik reagiert, mit dem die 15 000 Fluglotsen der USA Gehaltsverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen wollen.

Ohne überhaupt auf Verhandlungen mit den Streikenden einzugehen, stellte Reagan ein Ultimatum: Bis zum vergangenen Mittwoch sollten die Fluglotsen ihren Arbeitskampf beenden. Als trotz dieses Ultimatums 13 000 Lotsen weiterstreikten, schlug die Justiz auf Anordnung der Reagan-Regierung zu: Geldstrafen in Millionenhöhe wurden gegen die Gewerkschaft der Fluglotsen und gegen einzelne Mitglieder verhängt; Funktionäre wurden verhaftet und zum Teil schon zu mehrmonatigen



Polizei mißhandelt RM-Reporter.

Am 6.8. wurde ein Fotoreporter des „Roten Morgen“ von Polizisten festgenommen und zusammengeschlagen. Er war Augenzeuge einer Demonstration Dortmunder Jugendlicher, die auf die Räumung besetzter Häuser folgte. Als er das brutale Eingreifen der Polizei filmte, wurde er — kurz nach der Aufnahme des oben abgebildeten Fotos — selber angegriffen und abgeführt. Er wurde mehrmals mit dem Kopf gegen einen Polizeiwagen geschlagen, wobei sein Nasenbein brach. Dies ist ein weiterer brutaler Anschlag der Polizei auf die Presseberichterstattung; zum Glück gelang es ihr nicht, den Film zu belichten. Die KPD wandte sich mit einer Protesterklärung an die Dortmunder Presse und die Öffentlichkeit.

Benzin wird schon wieder teurer

Preisterror der Ölmultis

Ganze zehn Tage hielt sich der letzte Stand bei den Benzinpreisen — jetzt schlagen die Ölmultis wieder zu. Dieses Mal ist es die Aral AG, die — in Absprache mit den anderen Konzernen — den Reigen mit einer Verteuerung um drei Pfennig pro Liter bei Super- und Normalbenzin eröffnet.

Sieben mal in diesem Jahr haben wir nun schon erleben müssen, daß die Ölmultis an der Preisschraube drehen. Seit Januar haben sie den Benzinpreis um 23 Pfennig in die Höhe getrieben. Und begründet wurde das jedes Mal mit der angeblich schlechten wirtschaftlichen Lage der Konzerne. Die Tatsachen jedoch beweisen, daß diese Behauptung nichts als eine unverschämte Lüge ist.

Gerade jetzt hat die amerikanische Wirtschaftszeitung „Fortune“ ihre neue Liste der umsatzstärksten Konzerne der Welt veröffentlicht. Unter den ersten zehn dieser Rangliste sind acht Ölmultis. Die Exxon (Esso) beispielsweise, die auf der „Fortune“-Liste den ersten Platz einnimmt, konnte allein im zweiten Quartal dieses Jahres — in drei Monaten also — weltweit einen Profit von 4,4 Milliarden Mark

erzielen. Das ist gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr eine Gewinnsteigerung von 77 Prozent.

Selbst solche Superprofite genügen den Multis also nicht. Sie verschärfen ihren Preisterror von Monat zu Monat und verkünden frech, daß ein Ende der Teuerungswelle bei Ölprodukten noch gar nicht abzusehen sei. Bei den Autofahrern wächst angesichts dieser schamlosen Ausplünderung durch die Ölmultis die Empörung. Immer lauter wird der Ruf nach Maßnahmen der Bonner Regierung zum Stopp dieses Preisterrors. Und es muß tatsächlich endlich etwas geschehen!

Die KPD fordert: Rigorose Besteuerung der Profite der Ölmultis bei gleichzeitiger Senkung der Mineralölsteuer! Erhöhung der Kilometerpauschale!

Diese Woche

Verfassungsschutzbericht 1980

Mit unglaublichem Zynismus spielt Innenminister Baum die Gewaltverbrechen der Faschisten herunter, die im letzten Jahr viele Todesopfer forderten, und lehnt Schritte gegen die Neonazis ab. Gleichzeitig wird die Hetze gegen links verschärft. Kommentar auf Seite 2.

Nürnberger Justizskandal

Nach den gleichlautenden Haftbefehlen gegen die im Jugendzentrum KOMM festgenommenen 141 Personen ergingen nun die ersten Anklageschriften — auch sie lauten Wort für Wort gleich. Seite 2

Solidarität mit den Heinze-Frauen

Am 6. September findet in Kassel eine Kundgebung der IG DruPa und eine Demonstration statt. Anlaß: Der Kampf der Frauen des Foto-Betriebes Heinze um gleichen Lohn wie die Männer. Bericht: Seite 6.

Roeder-Bande vor Gericht

Einige der blutigsten Nazi-Gewalttäter der letzten Jahre kommen endlich vor Gericht. Wer sie sind, wird beschrieben auf Seite 7.

Tödlicher Drill

Zu Tode gehetzt wurden drei Soldaten am 5.8.91! Nach neun Stunden im Gelände mußten sie mit Stiefeln einen Kanal durchschwimmen und ertranken. Artikel der Soldatenzeitung „Roter Marder“ auf Seite 9.



Gewerkschafter in Handschellen

Kommentar der Woche

Alle Jahre wieder legt der Bonner Innenminister seinen sogenannten Verfassungsschutzbericht vor. Und alle Jahre wieder ist dieser Bericht nach der gleichen Masche gestrickt: Da werden der Terror faschistischer Banden und Aktivitäten fortschrittlicher Kräfte auf eine Stufe gestellt und unter dem Namen „politischer Extremismus“ in einen Topf zusammengewürfelt.

Niemals hat diese infame Methode einen so empörenden Ausdruck gefunden wie in dem letzten Verfassungsschutzbericht, den Innenminister Baum vorige Woche vor der Presse erläuterte. Denn der Berichtszeitraum ist ja das Jahr 1980; jenes Jahr, in dem der Faschismus in unserem Land furchtbarer als jemals zuvor seit der Zerschlagung der Hitler-Diktatur seine blutige Fratze zeigte.

Minister Baum und der „Extremismus“

Baum trug also vor: Zwei vietnamesische Flüchtlinge in ihren Notunterkünften verbrannt; zwei Schweizer Grenzbeamte bei der Überprüfung eines Frankfurter Faschisten erschossen; 13 Besucher des Münchener Oktoberfestes von einer Bombe zerrissen. Und im gleichen Atemzug führte der Bonner Innenminister aus, auch die „linksextremen politischen Aktivitäten“ hätten im vergangenen Jahr gefährlich zugenommen, vor allem im Bereich des „Antimilitarismus- und Antifaschismuskampfes“.

Diejenigen also, die konsequent und militant den Kampf gegen die braunen Banden geführt haben — und dabei mehr als einmal den Knüppel der zum Schutz der Faschisten angetretenen Polizei zu spüren bekamen —, sie sehen sich jetzt in eine Reihe mit den Mördern von München gestellt: als „Extremisten“.

Seit jeher bildet die Extremismuskategorie eine der ideologischen Säulen des Bonner Staates. Sie wird begründet mit den Lehren, die man aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen hätte. Damals nämlich wären linke und rechte „Extremisten“ gleichermaßen angetreten, diese Republik stürmte zu schießen und heute sei es nun eine wichtige Aufgabe aller „Demokraten“, zu verhindern, daß auch der Bonner Staat zwischen die Mühlesteine von rechtem und linkem „Extremismus“ gerate.

Eine dreistere Verfälschung der Tatsachen ist kaum denkbar. Worin bestand denn der „Extremismus“ der Hitler-Partei? Doch darin, daß sie sich den aggressivsten Kräften des Finanzkapitals als ein Werkzeug anbot, mit dem diese ihre weitreichenden Pläne brutaler und rücksichtsloser durchzuführen vermochten, als sie es mit den „demokratischen“ bürgerlichen Parteien gekonnt hätten. Deshalb brachten sie Hitler an die Macht, zerstörten sie die Weimarer Republik und entfesselten sie den blutigen Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung (den sogenannten linken „Extremismus“), weil sie in ihr das entscheidende Widerstandspotential gegen ihre aggressiven Pläne sahen.

Wenn heute die Extremismuskategorie mit dem Hinweis auf die Weimarer Republik immer wieder aufgetischt wird, so soll damit gerade der Blick der Menschen in unserem Land auf solche grundlegenden Tatsachen verstellt werden. Man will verschleiern, daß der Faschismus (der damalige wie der heutige) eine Ausgeburt des kapitalistischen Systems, der konsequenteste und barbarischste Vollstrecker der Kapitalinteressen, ist. Gleichzeitig soll der Anschein erweckt werden, als sei der Bonner Staat sozusagen neutral und nur der Verteidigung der „Demokratie“ verpflichtet, wenn er gegen links und rechts gleichermaßen vorgehe. Nicht zuletzt dient die Extremismuskategorie schließlich auch der gezielten Verleumdung der fortschrittlichen Kräfte, vor allem der Kommunisten, die man mit den unter den Werktätigen verhaßten braunen Banden auf eine Stufe stellt.

Baum machte in seinem Verfassungsschutzbericht jedoch selbst deutlich, daß hinter dem ideologischen Schleier dieser Lüge unter anderem eine ganz handfeste Förderung der faschistischen Banden betrieben wird. Ein Verbot nämlich oder andere wirksame Maßnahmen gegen diese Banden lehnte er ausdrücklich ab. Man müsse — so der Minister — die Auseinandersetzung mit ihnen politisch führen, solange nicht eine gewisse „Toleranzgrenze“ überschritten sei.

Und wo diese Grenze liegt, das erläuterte er ausgerechnet an dem viel zu spät und nur unter dem massiven Druck der Antifaschisten erfolgten Vorgehen gegen die Hoffmann-Leute. Bevor aber diese Bonner „Toleranzgrenze“ erreicht war, mußten in München erst 13 Menschen sterben.

Detlef Schneider

Apels neue Provokation

Vereidigung auf einem Fabrikgelände

ROCKENHAUSEN/PFALZ. — Was vor wenigen Wochen noch als versponnener Einfall eines Provinzkapitalisten galt, wird im November '81 knallharte Wirklichkeit: Die Vereidigung von Bundeswehrsoldaten auf einem Fabrikhof. Dieser Plan stammt eigentlich von Verteidigungsminister Apel selbst, der so etwas auf der im Frühjahr stattgefundenen Tagung „Soldat und Gesellschaft“ als Überlegung für neue Formen des öffentlichen Gelöbnisses darlegte.

Der Chef des 1500-Mann-Betriebes Kneiper aus dem pfälzischen Rockenhausen hatte diese Idee aufgegriffen und die Soldaten des Jägerbataillons 471 aus Oberbexbach (Saarland) zur Veranstaltung eines Gelöbnisses auf sein Fabrikgelände eingeladen.

Als diese Pläne öffentlich wurden, gab es sofort Widerstand. Sogar eine Demonstration wurde geplant. Der SPD-Bürgermeister Putzsch der 18000 Einwohner zählenden Gemeinde hatte „Zweifel“ angemeldet und wandte sich hilfesuchend an das Ministerium. Dort war man nicht direkt dagegen, hatte aber Angst vor „negativen Reaktionen“. Prinzipiell

war vom Ministerium nichts gegen Vereidigungen in Betrieben zu hören, im Gegenteil, der Sprecher Apels meinte sogar, so etwas würde „bei Krupp etwa Sinn machen“.

Mittlerweile ist allerdings ein Sinneswandel beim Ministerium eingetreten. Wie ein SPD-Untagsabgeordneter in der letzten Woche gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ erklärte, wird sogar der Verteidigungsminister selbst zu dieser Vereidigung kommen. Das Ministerium hat diese Meldung auf Befragen ausdrücklich nicht dementiert.

„Dahintersteckt die Absicht, die Verbundenheit der arbeitenden Menschen mit den Soldaten



Vereidigung von Bundeswehrrekruten — Apel will jetzt eine Vereidigung auf einem Fabrikgelände durchführen.

zu unterstreichen“ äußerte zu dieser Frage der Staatssekretär Penner in Bonn. Der Firmenherr wollte diese Verbundenheit sogar soweit demonstrieren, daß er beantragte, eine Ehrenkompanie auf dem Fabrikhof abschreiten zu dürfen. Das allerdings ging sogar den Militaristen zu weit, und das zuständige Wehrbereichskommando IV in Mainz schloß in einer Stellungnahme nachdrücklich aus, daß der Firmenchef oder der Betriebsratsvorsitzende (!) eine Ehrenkompanie abschreiten dürfen.

Unabhängig von Details dieser militaristischen Veranstal-

tung auf dem Werksgelände ist besonders interessant, daß der Sinneswandel in Bonn kurz nach Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung der DGB-Spitze mit der Bundeswehrführung kam.

Die Veranstaltung einer Militärshow auf dem Fabrikhof aber wird keine „Normalisierung“ des Verhältnisses der Arbeiter zur Bundeswehr bringen. Widerstand gegen diese Maßnahme, die ein Dambruch zur Ausweitung der militaristischen Spektakel sein würde, ist gerade von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften nötig.

Der Nürnberger Justizskandal geht weiter

Jetzt auch gleichlautende Anklageschriften

NÜRNBERG. — Der Justizskandal von Nürnberg, der mit der Massenverhaftung von 141 jungen Leuten in Zusammenhang mit einer Demonstration begann, erreicht immer neue Höhepunkte, obwohl der Prozeß gegen die nunmehr 82 Angeklagten noch gar nicht begonnen hat. Wurden gegen die Verhafteten erst völlig gleichlautende, hektografierte Haftbefehle vorgefertigt, ohne daß es zu einer Einzelanhörung kam, so stimmen nun auch die Anklageschriften, die bisher mehr als 30 Angeklagten zugesandt wurden, wortwörtlich überein.

Erwähnt werden muß auch noch, daß die genannten Haftbefehle nicht nur hektografiert waren, sondern zum Teil bereits vor der Vorführung der Festgenommenen von dem Haftrichter unterschrieben worden sind! Und in einem Fall erhielt ein Häftling einen Haftbefehl, den ein ganz anderer Richter unterzeichnet hatte als der, der ihm gegenüberstand!

Die nun verschickten Anklageschriften sind ein neuer unerhörter Rechtsbruch. Es erfolgt keinerlei Einzeldarstellung der einem jeweils Betroffenen zur Last gelegten Straftaten.

Die Staatsanwaltschaft räumte sogar selber ein, daß sie nur zwei (!) der angeklagten Personen eine konkrete „Gewalttätigkeit“ nachweisen zu können glaubt. (Grundlage: Spitzelaussagen! Der V-Mann soll vor Gericht nicht selbst erscheinen...) Alle anderen sollen nach dem Prinzip „Mitgefangen — mitgehängt“ verurteilt werden, wofür sich nicht einmal mehr im westdeutschen Strafgesetzbuch eine Grundlage findet.

Hier wird unter anderem eine Forderung der CDU/CSU schon in die Tat umgesetzt, die

die Wiederherstellung alter Zustände in Bezug auf den „Landfriedensbruchs“-Paragraphen fordert. Demnach soll jeder, der sich nicht aus einer „unfriedlichen“ Demonstration entfernt, wie ein „Mittäter“ bestraft werden.

Darüber hinaus gibt es in den Anklageschriften nicht einen einzigen Hinweis auf irgendeinen eventuell entlastenden Umstand. Obwohl die Staatsanwaltschaften gesetzlich verpflichtet sind, auch nach entlastendem Material zu suchen, geschah dies in Nürnberg nicht.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Anklage dokumentieren zu können, veröffentlichten die Nürnberger Stadtzeitung „Plärrer“ und der Ermittlungsausschuß 5. März den Text der Anklageschrift. Daraufhin wurden Ermittlungen eingeleitet und 4200 Exemplare des „Plärrers“ und 60 Dokumentationen des Ermittlungsausschusses beschlagnahmt. Zy-

nische Begründung: Die Persönlichkeitsrechte der Angeklagten würden geschädigt.

Völlig zu Recht erklärte der Ermittlungsausschuß daraufhin: „Der Schutz der Angeklagten des 5. März 1981 ist, wenn überhaupt, nur noch durch eine öffentliche Diskussion der Anklageschrift zu erreichen.“

Mit der Eröffnung des Prozesses wird für Anfang Oktober gerechnet.

Ansichts des nicht enden wollenden Nürnberger Justizskandals bekräftigen wir unsere Forderungen:

Die Verfahren müssen niedergeschlagen werden!

Kein einziger der Angeklagten darf verurteilt werden!

Die Verantwortlichen für die fortgesetzten Brüche des Strafgesetzes und der Menschenrechte müssen zur Verantwortung gezogen werden!

Justizminister Hillermeier muß abtreten!

Das Beispiel Flick

Milliarden für die Milliardäre

Wo die Steuergelder wirklich hingehen

FRANKFURT. — Die Kapitalgruppe des Friedrich Karl Flick hat Geld, viel Geld. Das ist bekannt. Augenblicklich sucht sie wieder Projekte, in die es sich Teile dieses Geldes zu investieren lohnt. Im Gespräch sind Aktienpakete von 35 bzw. 40 Prozent bei der Frankfurter Metallgesellschaft und dem Energiekonzern Preussag. Wofür sich Flick auch entscheidet oder ob die Holdinggesellschaft gar beide Pakete kauft — es lohnt sich, die Investitionspolitik des Flick-Imperiums einmal näher zu beleuchten, weil sie ein Musterbeispiel dafür ist, wie den Konzernen auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen Steuersummen in Milliardenhöhe zugeschlachtet werden, während man dem Volk den „Gürtel enger schnallen“ will. Von wegen „gleichmäßiger Belastung aller Bevölkerungsschichten“ (Schmidt)!

Im Januar 1976 erhielt Flick zwei Milliarden Mark von der Deutschen Bank. Den Verkaufserlös für das Flicksche Daimler-Aktienpaket, das Flick Jahre vorher für 80 Millionen Mark erworben hatte. Und zwar durch den Senior Flick, der 1946 als Kriegsverbrecher verurteilt worden war.

Keinen Pfennig Steuern brauchte Flick junior dafür zu zahlen. Er sparte dadurch 1,12 Milliarden Mark. Mit Hilfe verschiedener Politiker, unter

ihnen Hans Friedrichs (FDP), damals Wirtschaftsminister und heute Sprecher der Dresdner Bank, berief sich Flick auf den Paragraphen 6b des Einkommenssteuergesetzes. Ein Paragraph, der angeblich zur „Förderung des Mittelstandes“ im Jahre 1964 vom damaligen Bundeskanzler und früheren „Wirtschaftswunder“-Minister Erhardt eingeführt worden war.

Flick begann die zwei Milliarden in kleineren Beträgen wieder zu investieren. Eine

Übereinstimmung mit den Ausführungen des Paragraphen 6b, der für steuerfreie Anlagen zwingend vorschreibt, daß sie „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ zu sein und „einer breiteren Streuung des Eigentums“ zu dienen haben, war allerdings in keiner Weise gegeben.

Flick steckte beispielsweise 300 Millionen Mark in die haus-eigene Papierfabrik Feldmühle. Im Zusammenhang damit wurden nebenbei zahlreiche Arbeitsplätze wegrationalisiert. 210 Millionen Mark dienten der Beteiligung am Kölner Gerling-Konzern. Weitere Millionen gingen sogar ins Ausland, dienten dem Einkauf in den US-amerikanischen Chemietrust Grace.

Und so weiter und so fort. Über eine Milliarde Mark Steuern wurden also zur Erweiterung der wirtschaftlichen Macht des Flick-Konzerns verschenkt! Zahlen mußte der „kleine Mann“.

Und das geht heute so weiter!

Mit 100 Millionen Dollar (damals rund 210 Millionen Mark) kaufte sich Flick auch noch bei einem anderen Amikonzern, der US-Filter, ein. Nachdem das Bundesfinanzministerium diesen Kauf ausnahmsweise einmal nicht als steuerlich förderungswürdig anerkannte, stieß man die Aktien wieder ab für 130 Millionen Dollar (über 300 Millionen Mark), mit einem Gewinn von etwa 100 Millionen Mark also. Auch hierfür soll Flick keine Steuern zahlen müssen!

So werden den Milliardären weiterhin Millionen und Milliarden in den Rachen geworfen, Beträge, die aus unseren Taschen finanziert werden, über die von uns gezahlten Steuern, die gerade jetzt in vielfältiger Form weiter erhöht werden sollen. Hier bringen nicht alle Gesellschaftsschichten gleichmäßig Opfer zur Sanierung der Staatsfinanzen. Hier findet ein gewaltiger Umverteilungsprozeß zugunsten des großen Kapitals statt.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

20 Jahre Berliner Mauer DDR heute – Zuchthaus für die Werktätigen

„Elan“, die Zeitschrift der SDAJ, wartet in ihrer jüngsten Ausgabe mit einem Knüller besonderer Art auf. Unter dem Titel „Ich half beim Bau der Mauer“ erzählt ein Heinz Prietzel von den dramatischen Tagen im August 1961.

Glaubt man dieser Darstellung, dann haben die Prietzel uns alle in letzter Minute vor einem Dritten Weltkrieg gerettet. Denn, so „Elan“, die Amis rüsteten zum Überfall auf die DDR: „Die Tage zum Krieg schienen gezählt zu sein.“ Und was dann am 13. August selbst geschah, erzählt der Mauerbauer im SDAJ-Magazin so: „Bald kamen die amerikanischen Panzer angereit. Stoppten aus voller Fahrt kurz vor der knapp schulterhohen Mauer und liesen das Rohr so wippen, daß es die oberen Steine zerschlug.“

Und das wars dann auch schon. Zähneknirschend mußten die amerikanischen Imperialisten von ihrer Aggression ablassen. Die Mauer stoppte den Angriff. Die Mauer verhinderte den Ausbruch eines Krieges auf deutschem Boden. Nun wirft diese hochdramatische Schilderung bei jedem nur einigermaßen kritischen Leser natürlich unvermeidlich einige Fragen auf. Sollte denn ausgerechnet der US-Imperialismus seine Aggressionsakte so halbherzig planen und durchführen, daß er sich im entscheidenden Augenblick durch Stacheldrahtverhaue und etwas Mauerwerk stoppen läßt? Und war nicht überdies gerade durch die Errichtung der Mauer und die dadurch hervorgerufene Empörung unter den Menschen in beiden deutschen Staaten eine psychologische Situation entstanden, die von den Amis als Begründung für Angriffspläne verstanden werden mußte?

Darauf gibt es bei „Elan“ keine Antwort. Die DDR-Presse geht in diesen Tagen ebenfalls ausführlich auf den Bau der Mauer vor 20 Jahren ein. Auch hier ist — wie etwa in der Zeitschrift „Horizont“ — die Rede davon, daß damit eine „akute Kriegsgefahr beseitigt, letztlich sogar der Gefahr eines Dritten Weltkriegs begegnet“ worden wäre. Nur stellt man hier die Sache nicht so plump dar, als hätte die Mauer die schon anrollenden amerikanischen Panzer zum Stehen gebracht. Die angeblich friedenssichernde Funktion der Sperrmaßnahmen wird in „Horizont“ so dargestellt: „Die wirtschaftliche Ausplünderung der DDR, die gezielte Abwerbung von Facharbeitern, Ärzten, Ingenieuren und die praktisch ungehinderte Einschleusung bezahlter Agenten, Gerüchtemacher und Spekulanten sollten die schlechende Konterrevolution in Fluß halten, die Situation bis zum Siedepunkt bringen.“

Dem wäre durch das Dichtmachen der offenen Grenzen in Berlin ein Riegel vorgeschoben worden. Und das hätte — wie man im „Neuen Deutschland“ nachlesen kann — den Imperialisten in aller Deutlichkeit gezeigt: „Der Sozialismus steht fest in unserem Land.“ Diese dem Imperialismus erteilte Lehre hätte „ihre Wirkung nicht

verfehlt“, worauf dann der Westen vom Kurs der militärischen Aggression auf die Entspannungspolitik umgestiegen wäre.

Bankrott des Ostberliner Regimes

So also versucht das Honecker-Regime heute, den Bau der Mauer vor 20 Jahren zu rechtfertigen. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob die Werktätigen in der DDR das auch schlucken. Die Älteren unter ihnen wissen es ja noch aus eigener Anschauung: Die Mauer war keineswegs ein Ausdruck der Stärke des „Sozialismus“, sie markierte vielmehr vor aller Augen den vollständigen Bankrott eines Systems, das mit dem Sozialismus nur noch den angemaßten Namen gemein hatte. Den Bankrott eines Regimes, das sich selbst als Arbeitermacht bezeichnete, dem die Arbeiter jedoch in hellen Scharen davonliefen.

In dem oben angeführten „Horizont“-Artikel ist diese Tatsache, die dann für den Bau der Mauer ausschlaggebend war, ja benannt worden, wenn von der Abwerbung die Rede ist. Sicher hat es seit dem Bestehen der DDR vom Westen aus gezielte Bestrebungen gegeben, Menschen aus dem Osten zur Flucht über die Grenze zu verleiten, was sowohl politische (Schwächung der DDR) wie auch wirtschaftliche Gründe (ausgebildete Fachkräfte für die expandierende westdeutsche Wirtschaft) hatte. Nur — die Sache hatte natürlich ihre zwei Seiten. Warum haben sich denn Millionen Menschen aus der DDR „abwerben“ lassen? Warum sind allein 1961 bis zum Bau der Mauer 150 000 Flüchtlinge in den Westen gegangen? Darüber schweigt sich die DDR-Propaganda seit nunmehr 20 Jahren aus. Und schon gar nicht wirft sie dabei entscheidende Fragen auf: Warum sind es nicht wir, die in den ersten Jahren des Bestehens der DDR Angehörige von ehemals privilegierten Schichten gewesen, sondern gerade Arbeiter, vor allem junge Werktätige, die das Gros der riesigen Flüchtlingswelle Ende der 50er Jahre ausmachten? Von den Menschen zum Beispiel, die 1961 die DDR verließen, waren fast 50 Prozent jünger als 25 Jahre.

Es ist eine Tatsache, daß die DDR politischen und wirtschaftlichen Aggressionen des Westens ausgesetzt war, wozu auch eine breite Wühl- und Sabotagetätigkeit von Agenten gehörte. Die Ursache dafür sind letztlich in den revanchistischen Zielen des westdeutschen Monopolkapitals zu suchen, das sich mit dem Verlust seiner Positionen im östlichen Teil Deutschlands nicht abgefunden hatte. (Wobei sich an diesen Zielen, das sei hier nur nebenbei gesagt, auch durch die angeblich durch den Mauerbau erzwungene „Entspannungspolitik“ nichts geändert hat.) Den Höhepunkt der imperialistischen Ag-

gression stellte der Putsch vom 17. Juni 1953 dar, der lang vorbereitete Tag X, an dem man unter Ausnutzung der Unzufriedenheit der Werktätigen mit bestimmten Maßnahmen der damaligen Partei- und Staatsführung die damals noch wirklich bestehende Arbeitermacht in der DDR beseitigen wollte.

Mobilisierung der Massen und Selbstkritik

Im Sommer 1953 jedoch, als es wirklich hart auf hart ging im Klassenkampf, hat niemand daran gedacht, eine Mauer zu bau-

Schon 1954 zum Beispiel setzte Ulbricht eine „Wirtschaftsreform“ durch, die in vielem die spätere Neue Ökonomische Planung vorwegnahm. Diese „Reform“ untergrub die materiellen Grundlagen des Sozialismus, sie wirkte sich unter anderem für die Arbeiterklasse dahingehend aus, daß ihre Kontrollmöglichkeiten in der Produktion immer weiter beschnitten wurden, daß demgegenüber die Positionen der leitenden Kader im Betrieb gestärkt und diese Kader über ein ausgeklügeltes Prämiensystem zunehmend finanziell privilegiert wurden.

Revisionistische Entartung

Die revisionistischen Elemente in der SED brachten die DDR auf einen Kurs, an dessen Ende die völlige Zerstörung des Sozialismus stand, die Ersetzung der Diktatur des Proletariats durch die Diktatur einer neuen bürgerlichen Klasse. Die Existenz der Arbeiter, die einmal die Herren des Landes waren, wurde herabgewürdigt zu einem Dasein als Lohnarbeiter, als Objekte kapitalistischer Ausbeutung, die von allen die Pro-

durch, daß er seine Bewohner in ein Gefängnis einschließt, sondern durch die Mobilisierung und Bewaffnung der Massen.

Die SVR Albanien, das einzige sozialistische Land auf der Welt, ist heute ein Beispiel dafür. Albanien hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder gegen Aggressionen seiner Nachbarländer, bis hin zu militärischen Angriffen, zu kämpfen gehabt. Dennoch wird man dort all die Markenzeichen des „Sozialismus“ à la Ulbricht/Honecker — wie Minenfelder, Mauer und Stacheldraht — vergeblich suchen. Albanien muß sich nicht einmauern, denn dort bilden Partei und Volk eine stählerne Einheit, an der die Angriffe auf den Sozialismus zerschellen.

Die Mauer muß weg!

Wenn die Werktätigen in beiden Teilen Deutschlands in der Mauer ein Symbol dessen sehen, daß die DDR in ein Zuchthaus für die arbeitenden Menschen verwandelt worden ist, so trifft das natürlich die Tatsachen. Und die können auch dadurch nicht aus der Welt geschafft werden, daß die Machthaber in der DDR dieses Jahr in die Offensive gehen

die unzähligen Menschen denken, die an der Mauer und in den Minenfeldern elendig krepieren, die im Auftrag des Ostberliner Regimes einfach abgeknallt wurden, nur weil sie von dem einen Teil Deutschlands in den anderen wollten.

„Die Mauer muß weg“ — das ist immer eine Losung aller Sektionen unserer Partei gewesen. Die Revisionisten in Ost und West verleumdete diese Parole als Ausdruck des Revanchismus und der Kriegshetze. Aber einmal abgesehen davon, daß sie selbst, die jene Schandmauer als Zeichen der „Stärke des Sozialismus“ bejubelten, der revanchistischen und antikommunistischen Propaganda in unserem Land ein unschätzbare Geschenk gemacht haben — wir Kommunisten betrachten den Fall der Mauer als ein notwendiges und auch unausbleibliches Ergebnis des Klassenkampfes in der DDR.

Wenn wir sagen: „Die Mauer muß weg“, dann meinen wir damit natürlich nicht, daß sie vom Westen her sturmreif geschossen werden muß, damit dann die Bundeswehr mit klingendem Spiel durchs Brandenburger Tor ziehen kann. Wir haben nicht nur stets den Marktschreien des westdeutschen Revanchismus vom Schlage eines Springer das Recht bestritten, ihre scheinheiligen Krokodilstränen über die Mauer zu vergießen. Wir haben auch immer die staatliche Souveränität der DDR gegenüber dem revanchistischen Anspruch des Bonner Staates verteidigt.

In ihrem Friedensplan hat unsere Partei zudem eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die geeignet sind, die revanchistischen Bestrebungen des westdeutschen Monopolkapitals einzudämmen und zu einer wirklichen Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten beizutragen. Was die Mauer betrifft, so ist sie — wie wir gesehen haben — eine Folge der revisionistischen Entartung der DDR. Alles, wofür sie heute steht — die brutale Unterdrückung der Werktätigen, die Abschaffung ihrer elementarsten Rechte — wird sich nur beseitigen lassen über grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in der DDR, über die Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats.

Dafür kämpft die Sektion unserer Partei in der DDR, so wie die KPD insgesamt für die Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in Ost und West und den Aufbau eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland kämpft.



Die Berliner Mauer

en und die Werktätigen der DDR dahinter einzusperren. Die Partei mobilisierte vielmehr die Arbeiterklasse gegen den Putsch, mit dem Erfolg, daß in vielen Betrieben die klassenbewußten Arbeiter den Streikparolen und Sabotageakten entschlossen entgegentraten. Gerade dieser Widerstand hat neben dem Eingreifen der bewaffneten Machtorgane zum schnellen Scheitern des Putsches geführt.

Damals hat sich die Partei auch der Tatsache gestellt, daß Teile des Proletariats an den Streiks und Demonstrationen des 17. Juni teilgenommen haben. Es wurden nicht nur falsche Maßnahmen wie die Normerhöhung zurückgenommen, sondern es wurden auch richtige Schlüsse über die tieferen Gründe der Unzufriedenheit der Massen mit der Führung gezogen. So stellte damals die SED fest: „Wenn die Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht die Arbeiter“. Zwischen dieser Selbstkritik und der späteren Hetze gegen die „Republikflüchtlinge“ als Verräter und haltlose Elemente liegen Welten — auch darin zeigt sich der Unterschied zwischen einer kommunistischen Führung und einem revisionistischen Regime.

Allerdings kam die hier angeführte Selbstkritik in der Folgezeit nicht mehr zum Tragen. Es gelang den marxistisch-leninistischen Kräften nicht, das Ruder herumzureißen und die Fehler der Partei zu korrigieren.

duktion und den Staat betreffenden Entscheidungen vollständig ausgeschlossen waren — die sogar mit massiven Unterdrückungsmaßnahmen rechnen mußten, wenn sie ihre Interessen offen zum Ausdruck brachten.

In dieser Entwicklung liegt das gewaltige Anschwellen der Flüchtlingswelle in der Zeit vor dem Mauerbau begründet. Und es ist keineswegs so, daß die Arbeiter nur deshalb zu Hunderttausenden der DDR den Rücken gekehrt hätten, weil sie den Verlockungen des „Goldenen Westens“ erliegen gewesen wären. Schließlich mußten sie bei der Flucht ja auch vieles in der DDR aufgeben. Auch bei denen, die in der Entwicklung der DDR nicht die Restauration des Kapitalismus erkannten (und das sind ja sicher die meisten gewesen) spielte die Enttäuschung über die tiefgreifenden Veränderungen in Ostdeutschland, die jeder einzelne Werktätige spürte, doch eine ausschlaggebende Rolle.

Diesen Flüchtlingsstrom zu stoppen, das war die Absicht der Ulbricht und Honecker beim Bau der Mauer. Alles Gerede über den angeblich friedenssichernden Charakter dieser Maßnahme ist nur ein Rauchvorhang, hinter dem die Tatsache verborgen werden soll, daß sich die Mauer gegen die Werktätigen der DDR richtet. Ein wahrhaft sozialistischer Staat wehrt sich gegen die Aggressionen des Imperialismus nicht da-

und den 20. Jahrestag des Mauerbaus mit Aufmärschen abfeiern wollen. Diese provokative Mauergedenkefeier wird mit Sicherheit andere Reaktionen hervorrufen als sich ihre Urheber erhofft haben. Denn wenn Honecker daran geht, seine Grenztruppen für ihre „Tapferkeit“ auszuzeichnen — welcher Werktätige wird dann nicht an



Broschüre mit Flugblättern der Sektion DDR der KPD und Artikeln aus der DDR-Ausgabe des „Roten Morgen“.

(48 Seiten, 2,50 DM
Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellingshofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.)

Ungeheuerliche Provokation der DGB-Führung im EGB

Vetter denunziert spanische und portugiesische Gewerkschafter!

Mit Spaltung des Europäischen Gewerkschaftsbundes gedroht

DÜSSELDORF.— Eine ungeheuerliche Provokation erlaubte sich der DGB-Vorsitzende H.O. Vetter in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Vetter verleumdete die spanischen und portugiesischen Gewerkschaftsverbände Comisiones Obreras und Intersindikal als „Gefahr für die Demokratie“. Mit dieser skandalösen Denunziation versucht Vetter seinen Widerstand gegen die Aufnahme dieser beiden großen Gewerkschaften in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zu rechtfertigen. Gleichzeitig scheute der DGB-Chef nicht einmal davor zurück, offen mit der Spaltung des EGB zu drohen!

In einer dpa-Meldung vom 5. August wird folgendermaßen über die entsprechenden Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Vetter berichtet:

„Der DGB-Vorsitzende kündigte weitreichende Konsequenzen an, wenn sich eine Mehrheit im Vorstand des EGB dieser Erkenntnis (daß die beiden genannten Gewerkschaftsverbände nicht in den EGB aufgenommen werden dürften — RM) verschloße. Vetter zieht auch einen Austritt des DGB aus dem Europäischen Gewerkschaftsbund in Erwägung. Sowohl für die weitere gewerkschaftliche Entwicklung in Europa wie auch in Spanien und Portugal, die dringend weiterer demokratischer Stabilisierung bedürften, könnte eine Aufnahme der spanischen Comisiones Obreras und der portugiesischen Intersindikal nur gefährliche Folgen haben, sagte Vetter.“

Soweit die dpa, zitiert nach der „Frankfurter Rundschau“ vom 6.8.81. Man muß diese Meldung mehrfach lesen, um die ganze Ungeheuerlichkeit ihres Inhalts zu erfassen!

Nicht nur, daß Vetter einen unglaublichen, unverschämten und erpresserischen Ton gegenüber den Brüdergewerkschaften des DGB im EGB an den Tag legt, nicht nur, daß er sich im Stil imperialistischer Großmachtspolitik über die inneren Angelegenheiten fremder Völker und Staaten ausläßt — Veters Äußerungen sind überdies doch geradezu eine Aufforderung an die Reaktion in Spanien und Portugal, gegen die Comisiones Obreras und die Intersindikal loszuschlagen!

Das ist doch eine provokatorische Denunziation! Das ist ein Schlag ins Gesicht Hunderttausender spanischer und portugiesischer Gewerkschafter, die vor einigen Jahren noch im illegalen Kampf gegen die faschistischen Regimes ihrer Länder gestanden und geblutet und die heute alle Hände voll zu tun haben, um die erneute Machtergreifung der Faschisten zu verhindern!

Wir fragen den Herrn Vetter: Wenn er öffentlich verkündet, die beiden genannten Gewerkschaftsverbände, die bekanntlich zu den größten und bedeutendsten ihrer Länder gehören, seien eine „Gefahr für die Demokratie“, wäre es dann nicht konsequenter, gleich den Vorschlag zu machen, daß sie von der Regierung verboten werden?!

Auch die türkische Gewerkschaft DISK wurde von den Folterstrategen des Militärregimes in Ankara mit der Begründung verboten, sie bilde eine Gefahr für die Demokratie. Mit dieser Begründung werden Tausende von DISK-Funktionären eingekerkert, gefoltert und mit der Todesstrafe bedroht.

Wir fragen den Herrn Vetter weiter: Woher nimmt er überhaupt das Recht, Gewerkschaften anderer Länder Vorschriften in Sachen Verteidigung der Demokratie zu machen?

Im Vergleich zu solchen Gewerkschaften, die Vetter hier als „Gefahr für die Demokratie“ verleumdet, hat der DGB sich bisher im Kampf gegen Reaktion und Faschismus nun wahrhaftig nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Erinnern wir uns nur der Reaktionen der Gewerkschaften auf die blutigen neofaschistischen Terroranschläge im vergangenen Jahr in Bologna, Paris und München! Während die Gewerkschaften in Italien mit einem befristeten Generalstreik reagierten, in Paris mit einer gewaltigen Massendemonstration, lief in der Bundesrepublik von seiten des DGB so gut wie nichts. Die DGB-Führung sabotierte vielmehr entsprechende Aktivitäten und Bemühungen an der Basis.

Es ist einfach unerträglich, daß nun ein H.O. Vetter sich auch noch erdreistet, der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung seine von blindem Antikommunismus und von Verharmlosung der reaktionärsten Kräfte bestimmte Politik aufzuzwingen!

Gleichzeitig ist die Haltung der DGB-Führung in Bezug auf die Frage der Aufnahme der beiden genannten Gewerkschaftsverbände durch und durch spalterisch.

Bekanntlich sind die Comisiones Obreras und die Intersindikal nicht von rechten Sozialdemokraten beherrscht, sondern stehen unter dem Einfluß der revisionistischen KPs ihrer Länder. Das heißt aber keineswegs, daß sie identisch sind mit diesen revisionistischen Parteien.

Wie kann man vom Standpunkt der Einheitsgewerkschaft aus die Mitgliedschaft sozialdemokratischer Richtungsgewerkschaften im EGB befürworten, gleichzeitig jedoch die Mitgliedschaft revisionistischer (d.h. von ehemals kommunistischen, inzwischen aber nicht mehr revolutionären Parteien geführten) Richtungsgewerkschaften ablehnen?

Vor allem aber bedeutet die Ablehnung der Aufnahme solcher Verbände wie der Comisiones Obreras und der Intersindikal in den EGB nichts anderes, als die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung bewußt zu spalten.

Die Intersindikal ist der weitaus größte und bedeutendste Gewerkschaftsverband in Portugal. Die Comisiones Obreras sind neben der sozialdemokratisch orientierten UGT der größte Gewerkschaftsverband in Spanien. Im Interesse der gewerkschaftlichen Einheit und

Kampfkraft der westeuropäischen Arbeiter ist eine enge und solidarische Zusammenarbeit des DGB und der anderen sozialdemokratisch orientierten westeuropäischen Gewerkschaften mit den an den revisionistischen KPs orientierten großen Gewerkschaftsverbänden eine dringende Notwendigkeit.

Gerade in der heutigen Zeit, wo die Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit sich in Westeuropa ausbreiten wie ein Flächenbrand, ist es dringend notwendig, die Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbe-

wegung in Westeuropa zu überwinden und alles zu tun, um die internationale proletarische Solidarität und Kampfeinheit der Gewerkschaften zu stärken.

Man denke nur an die Notwendigkeit, endlich zu wirksamen koordinierten Aktionen und Kampfmaßnahmen gegen die Arbeitsplatzvernichtung (etwa in der Stahlindustrie) oder für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf westeuropäischer Ebene zu kommen!

Aber genau davor, daß von einer Mitgliedschaft von Verbänden, die nicht unter der Fuchtel rechtssozialdemokrati-

scher Regierungsparteien stehen, Impulse in diese Richtung ausgehen könnten, scheinen Vetter und Co. große Furcht zu haben, hat man doch schon genug Mühe gehabt, in den vergangenen Jahren etwa die Forderung an der eigenen Basis nach dem Kampf für die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich abzuwiegeln!

Ein Linksruck im EGB wäre für die Politik der DGB-Führung sicherlich gefährlich, weil er auch in der eigenen Gewerkschaft die Abwiegung und Niederbügung von notwendigen gewerkschaftlichen Aktivi-

täten und Kampfmaßnahmen gegen die zunehmend brutale Krisenpolitik des Kapitals erschweren würde.

Vetter und Konsorten, die nicht oft genug das große Wort „Einheitsgewerkschaft“ im Munde führen können, und es oft in niederträchtigster Weise für reaktionäre, spalterische und gewerkschaftsschädigende Machenschaften mißbrauchen, haben in diesem Fall die Maske einmal fallen lassen. Sie sind notorische Spalter, die, wenn man ihnen nicht bald das Handwerk legt, in der Lage sind, die Gewerkschaftsbewegung zugrunde zu richten.



Die portugiesischen Arbeiter haben sich seit dem Sturz des faschistischen Regimes im Jahr 1972 eine ganze Reihe von Rechten erkämpft. DGB-Chef Vetter jedoch will verhindern, daß ihr Gewerkschaftsverband Intersindikal in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgenommen wird. Vetter verleumdet die portugiesische Gewerkschaft sogar als „Gefahr für die Demokratie“.

IGM-Chef Loderer plauderte aus der Schule

„Lohnerhöhungen liegen nicht mehr drin“

Am 27. Juni stattete der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer der Führung der schweizerischen Metallarbeitergewerkschaft SMUV einen Besuch ab. Loderer hielt dabei eine Ansprache an seine schweizerischen „Vorstandskollegen“, wobei er offenbar einmal die Gelegenheit wahrnahm und aus seinem Herzen keine Mördergrube machte. Möglicherweise war sich der IGM-Vorsitzende nicht darüber klar, daß seine Ausführungen später in dem offiziellen Organ der SMUV, der „SMUV-Zeitung“, abgedruckt und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden.

Zumindest aber konnte Eugen Loderer nicht ahnen, daß ein Metallarbeiter aus Winterthur in der Schweiz dem „Roten Morgen“ dankenswerterweise eine Kopie von der genannten Veröffentlichung zuschicken würde, und zwar „mit der Bitte, das offene Bekenntnis des IGM-Vorsitzenden zum Lohnabbau den deutschen Metallarbeitern bekanntzumachen, damit diese sehen können, was für eine verräterische, arbeiterfeindliche Politik ihr Vorsitzender an internationalen Konferenzen vertritt.“

Dieser Bitte kommen wir im folgenden durch den Abdruck der „dicksten Hammer“ aus Loderers Ansprache nach.

Eingangs betonte Loderer zunächst folgendes:

„Ich möchte Euch zu der relativen Ruhe in eurem Land und zur Gelassenheit des Schweizervolkes, um die ich Euch beneide und mir wünsche, auch etwas davon zu haben, gratulieren.“

Loderer deutete im weiteren auch an, worin die seiner Meinung nach mangelnde Gelassenheit und Unruhe im eigenen Land herrührt. Offenbar will Loderer die Schweizer Metaller davor warnen, in den gleichen Fehler zu verfallen wie ihre deutschen Kollegen und dadurch ihr idyllisches Dasein mutwillig aufs Spiel zu setzen:

„Wir sind verwöhnt. Die Jahre des Aufbaus mit den großen jährlichen Zuwachsraten haben uns ein bißchen überheblich gemacht. Viele der bundesdeutschen Sozialgesetze basieren auf einem jährlichen Zuwachs von 6 bis 8 Prozent. Heute liegen wir nicht einmal bei 2 Prozent und kommen vielleicht einmal gar auf Null oder darunter. Dann bleibt nichts mehr zu verteilen.“

Die Schweizer Arbeiter wissen also jetzt, was sie zu tun haben: immer schön bescheiden sein und um Gottes Willen keine überzogenen Forderungen stellen. Aber auch die Otto Esser und Konsorten, die Arbeitgeberverbände der Bundesrepublik, dürfen beruhigt sein. Das ist doch genau das, was sie in den letzten Monaten ständig gepredigt haben: Wo kein Wirtschaftswachstum ist, gibt's auch

nichts mehr zu verteilen! Das war doch genau ihr Argument, mit dem sie diesen ewig geldgierigen Arbeitern die Notwendigkeit der „lohnpolitischen Wende“ klarzumachen versuchten!

Loderer allerdings ist sich dessen bewußt, daß auch ein Schweizer sich ausrechnen kann, daß von diesem Standpunkt aus eigentlich sogar der letzte Tarifabschluß der IGM von 4,9 Prozent noch etwas zu hoch liegt. Wie läßt sich das aber mit Loderers klarem Bekenntnis vereinbaren? Loderer selbst klärte das auf, indem er seiner Aussage, es bleibe nichts mehr zu verteilen, gleich die richtige Feststellung hinzufügte:

„Was ich hier und heute sage, entspricht nur bedingt der umfassenden Meinung der IG Metall. Dort bestehen auch andere Ansichten, als ich sie hier vertrete. Aber für diese Mei-

nung habe ich mich immer in die Bresche geschlagen.“

Und damit seine Meinung, für die er sich schon immer in die Bresche geschlagen hat (wenngleich nicht ganz so offenhertzig wie bei dieser Ansprache in der Schweiz), auch jedermann unzweideutig klar wird, stellte Loderer am Schluß seiner Rede dann noch einmal klar:

„Die Gewerkschaften müssen ständig Neues fordern. Das tun wir zwar, aber wir müssen auch den Mut haben, zu erklären, daß bei einem Null-Wachstum keine Lohnerhöhungen mehr drin liegen, wenn wir uns nicht selbst den Ast absägen wollen.“

In der Schweiz hat Eugen Loderer diesen Mut nun also tatsächlich bewiesen. Dafür danken wir ihm. Schließlich ist es immer gut, wenn man genau weiß, woran man ist.

SMUV-ZEITUNG

Nr. 27/28 15. Juli 1981 7



IG-Metall-Chef: Die Schweiz – ein Stabilitäts-Wunder!

Es war natürlich kein Terminzufall, dass der erste

Verbandspräsident Fritz Reimann: Willkommen beim SMUV!

„Zuerst herzlichen Dank. Wir sind außerordentlich überrascht und erfreut über dieses schöne handwerkliche Geschenk. Wir danken Dir aber auch für Deine freundlichen Begrüßungsworte. Wir alle wissen, dass der SMUV in der Vergangenheit im IGB eine größere Rolle gespielt hat, als heute der Fall ist. Wir sind stolz darauf, dass unser Verband diese Rolle spielen durfte. Wir freuen uns aber auch darüber, dass der internationale Metallgewerkschaftsbund in der Schweiz beheimatet ist, und hoffen, dass das auch in Zukunft so bleiben wird. Wir hatten kürzlich Gelegenheit, mit einer Delegation am IGB-Kongress in Washington teilzunehmen. Persönlich hat mich die Art und Weise, wie der

in außerordentlich offener Art und Weise beantwortete Fragen aus dem Kreise des Verbandsvorstandes und zeichnete zugleich ein höchst interessantes gewerkschaftspolitisches Problemlagebild aus der Bundesrepublik.“

als der Präsident der „Einigen Internationalen“, den diese hochinteressante Leistung und Koordinationsfunktion zu weiterer Situationsanalyse und entsprechenden Überblick veranlasst. Eugen Loderer liest dann auch seinen Ruf als gewaltiger Ozean, als schillernde und gründliche Denker, aber auch als überzeugter Demokrat und Verfechter einer freischaffenden, pluralistischen Gesellschaft nicht schuldig. Aus Platzgründen ist es uns leider nicht möglich, hier das ganze Bild von einer Verbandsmitgliedschaft wie bei den externen „SMUV-Zeitungen“ lesen dazu beitragen, die gewerkschaftspolitische Philosophie der IG Metall und ihres ersten Repräsentanten in den folgenden Proporzonen zu sehen.

IGM-Vertrauensleute von Thyssen und Mannesmann

Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau!

„Es ist Zeit für gewerkschaftliche Aktionen“

DUISBURG.— Den Kampf gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß, gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau in die Betriebe tragen — das ist eine Aufgabe, deren Wichtigkeit heute viele Gewerkschafter erkennen. So melden sich in jüngster Zeit in zunehmendem Maße die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben zu Wort, um für den Friedenskampf, für Abrüstung und gegen Sozialabbau Stellung zu beziehen. In Duisburg taten dies kürzlich die Vertrauenskörper der IG Metall bei den Mannesmann-Hüttenwerken und bei der Thyssen-Gießerei, Werk Meiderich.

Die Vertrauensleuteversammlung der IG Metall bei den Mannesmann-Werken in Duisburg-Huckingen stellte sich hinter den Aufruf der „Arbeiterinitiative für Friedens- und Arbeitsplatzsicherung“, die von Ge-

werkschaftern bei Mannesmann gegründet worden war. In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Wir fühlen uns bedroht durch die geplante Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auf dem

Boden der Bundesrepublik. Für uns Arbeiter in der BRD und für die gesamte Bevölkerung gibt es nichts Wichtigeres als den Frieden. Wir sind gegen die Stationierung jeglicher Atomraketen in Europa. Wir sehen obendrein

in der Stationierung landgestützter Atomraketen eine Art Geiselnahme der Bundesrepublik.“

Der Vertrauenskörper der IG Metall der Thyssen Gießerei in Duisburg Meiderich wandte sich mit einem Schreiben an den IGM-Vorstand, an die Bezirksleitung der IGM sowie an weitere IGM-Gremien, um klarzustellen, daß die IG-Metall die Angriffe des Kapitals und der Regierung auf die soziale Existenz der Arbeiter nicht widerstandslos hinnehmen darf. In dem Brief heißt es unter anderem:

„Wir wenden uns an Euch in großer Sorge um unsere soziale Zukunft und um unsere Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie.“

Die gegenwärtigen Bestrebungen des geplanten Abbaus sozialer Errungenschaften durch die Bundesregierung und die angekündigten massiven Steuererhöhungen würden die Basis unserer sozialen Existenz aufs schwerste erschüttern.

Wir sind nicht bereit, das alles widerstandslos hinzunehmen.“

In dem Schreiben wird im weiteren betont, daß der einzig akzeptable Weg zum Abbau der Milliardendefizite der kommenden Haushaltsjahre in einer Politik der Entspannung „mit der Konsequenz von Rüstungseinschränkung und Rüstungsabbau“ liege: „Nur so können die Mittel frei werden“, heißt es wörtlich, „für weiteren sozialen Aufbau, für die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.“

Am Schluß des Briefes der Vertrauensleute von Thyssen-Meiderich heißt es dann:

„Kolleginnen und Kollegen, es ist an der Zeit, daß wir uns in gemeinsamen gewerkschaftlichen Aktionen an die Öffentlichkeit und die Regierung wenden. Nicht schweigen, sondern mit aller Kraft um den Erhalt und um den Ausbau unseres sozialen Rechts zu kämpfen, das ist das Gebot der Stunde.“

Der heiße Tip

Der Protest in den Gewerkschaften gegen den „Maulkorbbeschuß“ des DGB-Bundesvorstandes hat nicht nur ein breites Ausmaß, sondern auch vielfältige Formen angenommen. Bekanntlich soll dieser Beschluß es den Gewerkschaftern verbieten, Appelle gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß bzw. auch andere, der DGB-Führung unliebsame politische Initiativen unter Angabe ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit bzw. ihrer gewerkschaftlichen Funktion zu unterschreiben.

Hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre und alle anderen Beschäftigten des „Arbeitgebers DGB“ sahen sich durch diesen Beschluß vor ein besonderes Problem gestellt. Denn bei der Unterzeichnung eines politischen Aufrufs oder Appells ist es normalerweise üblich und notwendig, seinen Beruf anzugeben. Der Kollege

Rolf Johanning, Sekretär der Deutschen Postgewerkschaft (DPF) in Kiel, mochte nicht darauf verzichten, seinen obersten Boß Heinz Oskar persönlich mit dieser Konsequenz seines Maulkorbbeschlusses, die irgendwo ja doch ins Lächerliche geht, zu konfrontieren.

Der Gewerkschaftsekretär wandte sich also an den Bundesvorstand mit der Bitte um einen „heißen Tip“ zu der Frage, mit welcher Berufsangabe er sich denn nun eigentlich auf einer Unterschriftenliste eintragen solle. Und zwar konkretisierte der Kollege Johanning seine Frage dergestalt: „Wäre zum Beispiel folgendes denkbar: Angestellter bei einer arbeitnehmerfreundlichen Organisation?“

Die Antwort auf die hinter-sinnig vorgetragene Anfrage blieb nicht aus. Sie kam sogar direkt aus der „Abteilung Vor-

sitzender“ und lautete humorig: „Wenn wir auch sicherlich personalpolitisch für Dich nicht zuständig sind, trotzdem folgender Rat: Unser heißer Tip — schreibe ‚Angestellter‘ — das genügt.“

Weil aber offensichtlich der Humor unseres Heinz Oskar durch die Anfrage doch etwas überstrapaziert wurde, heißt es in dem Antwortschreiben zum Schluß dann noch ziemlich er-bost:

„Im übrigen gehen wir eigentlich in unserem Kreis davon aus, daß jeder Gewerkschaftssekretär allein in der Lage sein sollte, Inhalt und Ziel eines so klaren Beschlusses für seine Praxis eigenständig zu übersetzen.“

Nun ja — ob der Beschluß klar ist, ist ja gar nicht der Punkt. Nur mit dem Ziel ist das halt so eine Sache. Nicht wahr, Heinz Oskar?



Stilllegungspläne bei Stahlwerk Böhler

„Kampf um jeden Arbeitsplatz!“

Stellungnahme der KPD-Betriebszeitung „Rotglut“

DÜSSELDORF. — In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ brachten wir eine kurze Meldung über die Stilllegungspläne der Bosse bei der Stahlwerk Böhler AG in Düsseldorf. Dort sind 3200 Menschen beschäftigt. Das Unternehmen gehört dem österreichischen Stahlkonzern VÖEST-VEW. Die Konzernbosse in Wien kündigten vor kurzem die Stilllegung des Walzwerkes mit 700 Beschäftigten und die Reduzierung der Angestellten um mehrere hundert bis zum Jahresende an. Längerfristig soll offensichtlich auch die gesamte Stahlerzeugung in Düsseldorf stillgelegt werden. Im folgenden drucken wir auszugsweise die Stellungnahme unserer Betriebszeitung bei Böhler, „Rotglut“, ab.

„Kollegen! Seit der Betriebsversammlung ist nun offiziell, was schon seit Monaten gemunkelt wurde:

Die Böhler-Stahlerzeugung (Stahlwerk, Walzwerk, Hammerwerk und ihre Nebenbetriebe) sollen stillgelegt werden.

Stahl- und Hammerwerk wurde zwar noch eine einjährige Gnadenfrist gewährt. Aber wer zweifelt im Ernst noch daran, daß auch sie auf der Abschußliste stehen? — Der VEW-Hauptvorstand in Wien hat die Stilllegung des gesamten Hüttenbereichs gefordert — und er

hatte bisher bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Böhler-Vorstand noch immer den längeren Arm.

Mit der ‚Salamitaktik‘ der schrittweisen Stilllegung glaubt man, die Entlassungen bequemer und geräuschloser über die Bühne bringen zu können.

Vorläufig 1000 Arbeiter und Angestellte sind betroffen. Vorläufig! Denn mit der vollzogenen Teilstillegung sollen ‚unwiderlegbare Argumente‘ geschaffen werden. Man wird uns wieder mit dem gleichen Rentabilitätsgerede kommen, das schon

jetzt erhalten mußte: ‚Das bißchen Federbau, W 1, Schweißdraht und Werkzeugfabrik trägt nicht die riesigen Unkosten!‘

Und man hört es auch schon in allen Werksteilen: Erfahrene Kollegen geben der Firma noch fünf Jahre bis zur letzten Schicht. So ist es bei Klöckner-VDG gelaufen, bei Mannesmann-Kammerich in Reisholz und bei Thyssen (Gußstahlwerk Oberkassel).

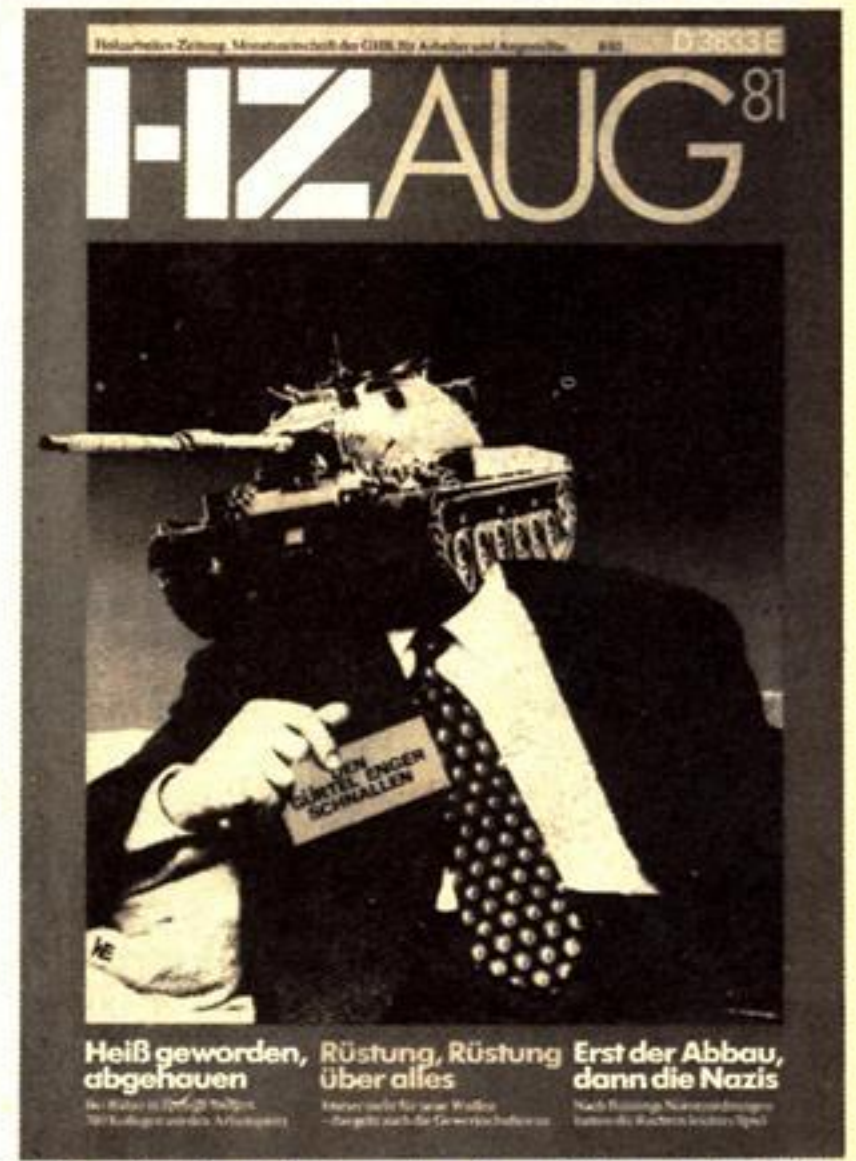
Erst Teil-, dann Totalstilllegung; erst falsche Hoffnungen wecken, die Belegschaft spalten, einen Teil in Sicherheit wiegen,

ihre Arbeitsplätze seien nicht in Gefahr, den anderen mit dem Versprechen von ‚sicheren‘ Ersatzarbeitsplätzen oder einer Abfindung beruhigen und zum Schluß einen Tritt für alle!

Aber was sind das eigentlich für Argumente, mit denen da Hunderte von Menschen mit einem Federstrich brotlos gemacht, Hunderte von Familien und halb Biederich um ihre Existenz gebracht werden sollen?

„Die Rentabilität ist nicht mehr gewährleistet.“ Nehmen wir einmal an, das stimmte (es stimmt natürlich nicht, denn einem Monopolunternehmen wie VÖEST-VEW-Böhler geht es nicht einfach um Profite, sondern um Höchstprofit), aber nehmen wir es trotzdem einmal an:

Die Herren vom Vorstand klagen und zetern dauernd über die drei oder vier Jahre, in denen der Hüttenbereich angeblich in den roten Zahlen stecken soll. Warum verlieren sie denn kein



Titelseite der August-Ausgabe der „Holzarbeiter-Zeitung“, Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK).

Am 9. Juli fand eine Veranstaltung der IG Druck in Düsseldorf statt, in deren Mittelpunkt ein Streitgespräch über den NATO-Raketenbeschluß stand. An dem Streitgespräch waren unter anderem ein Generalmajor der Bundeswehr sowie der Bundestagsabgeordnete Karl Heinz Hansen beteiligt. Auch der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck, Detlev Hensche, nahm daran teil. Die mehr als 600 Menschen, hauptsächlich Gewerkschafter, die zu der Veranstaltung gekommen waren, waren in ihrem weitaus größten Teil der Meinung, die am Ende der Diskussion IG-Druck-Bezirksvorsitzender Konni Fox folgendermaßen zusammenfaßte: „Diese Diskussion hat gezeigt, daß wir alle, die wir im Herzen Europas leben, in einem Maße in unserer Existenz bedroht sind, daß wir dieser Entwicklung auch keine fünf Minuten mehr zusehen können. Es ist fünf Minuten vor zwölf.“

Friedensdemonstration 10. Oktober

Protest gegen Verbotsbeschluß wächst

SAARBRÜCKEN.— Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, daß die DGB-Jugend und alle sonstigen Gliederungen des DGB sich nicht an der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn beteiligen dürfen, stößt in den Gewerkschaften auf breiten Widerstand. Ein Beispiel dafür ist ein Schreiben, in dem der Kollege Hans-Werner Thienen, Mitglied im Landesbezirksjugendausschuß Saarland der HBV-Gewerkschaft, gegen den Verbotsbeschluß protestierte.

Unter anderem heißt es in dem Protestbrief:

„In einer Zeit, in der immer mehr Jugendliche für Frieden und Abrüstung auf die Straße gehen, wird der DGB-Jugend per Beschluß von oben her verboten, sich an der breiten Friedensbewegung zu beteiligen.“

Mit den Einwänden, die „Aktion Sühnezeichen“ sei, ein-

seitig, und dem kommunistischen Angstgespenst wird uns aktiven Gewerkschaftern ein Maulkorb in der Friedensfrage umgehängt.

Ich kann Kollegen Schwab nur zustimmen, wenn er glaubt, dieser Beschluß sei nach außen ‚unverständlich‘ und den anderen Jugendverbänden ‚schwierig zu vermitteln‘. Denn viele Gewerkschaftskollegen arbeiten eben in diesen Gremien und Arbeitsgruppen mit.

Wenn Kollege Schwab außerdem meint, die Jugend könne hier für die Gesamtorganisation keine Pflöcke setzen, ist er im Irrtum. Denn die Pflöcke sind bereits auf den letzten Gewerkschaftstagen gesetzt worden.

Doch so wie sich die DGB-Jugend in diesen Fragen nicht bevormunden ließ, genauso wenig werden wir uns auch in der Friedensbewegung nicht den Mund verbieten lassen.“



Wort über die dreißig Jahre, in denen regelmäßig Profite nach Wien überwiesen wurden??? Warum reden sie nicht von den beiden Weltkriegen, in denen die Böhler-Kapitalisten mit ihrer Waffenproduktion Milliardenprofite aus Blut und Tränen schaffelten?

Sie kennen nur ein ‚Recht‘ auf Profit. Recht auf Arbeit, Recht auf gesicherte Existenz, Recht auf eine sichere Zukunft für die Arbeiter und Angestellten — das sind Fremdworte für sie!

Wir Arbeiter sind für sie keine Menschen, wir sind ‚Kosten-

faktoren‘, wir sind Maschinen, die man auf den Schrott wirft, wenn sie nicht mehr die gewünschte Rendite bringen!

Und das sollen wir mitmachen?

Dafür sollen wir auch noch Verständnis aufbringen?

Niemals!

Und deshalb darf jetzt nicht die Frage zur Diskussion stehen, wer in den sauren Apfel beißen muß. Auch nicht, wie man uns den Abgang mit einem hübschen Sozialplan versüßen kann. Sondern einzig und allein die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!“

Am 6. September findet in Kassel eine große Solidaritätskundgebung und eine Demonstration statt. Aus Anlaß des Bundesarbeitsgerichtsprozesses der Heinze-Frauen, die für gleiche Arbeit gleichen Lohn erkämpfen wollen, veranstaltet die IG Druck und Papier mit Unterstützung von Gewerkschaften aus allen Teilen der Bundesrepublik diese Aktivitäten, um die Solidaritätsbewegung wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Kampfes weiterzuentwickeln.

Die Vorgeschichte

Seit Anfang 1978 wird im Gelsenkirchener Fotolaborbetrieb Heinze praktisch rund um die Uhr gearbeitet. Die Mehrzahl der Beschäftigten sind Frauen. Kurz nachdem für die Nachtschicht Männer eingestellt wurden, kam heraus, daß diese neben der tariflichen Nachtschichtzulage noch mindestens 1,50 DM außertarifliche Zulage bezahlt bekommen. Die Frauen, die die Männer sogar an den Maschinen angelernt hatten, bekamen höchstens in Einzelfällen zwischen 0,12 bis 1,04 DM Zulage, die meisten aber keinen Pfennig. Der Unternehmer begründete dies mit dem „höheren Marktwert“ der Männer, diese seien auf dem Arbeitsmarkt nicht so billig zu bekommen, und außerdem könnten sie auch auf der Nachtschicht arbeiten.

Die Kolleginnen waren empört. Auf Belegschaftsversammlungen ging es hoch her, und mit der Gewerkschaft IG Druck und Papier war man sich einig: Dies widerspricht dem im Grundgesetz verankerten Gleichbehandlungsanspruch.

29 Arbeiterinnen erhoben im Frühjahr 1979 Klage vor dem Arbeitsgericht in Gelsenkirchen auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Am 10. Mai 1979 bekamen die Frauen recht. Im überfüllten Gerichtssaal stellte der Richter fest: „Diese Frauen haben Anspruch darauf, auch den Lohn zu bekommen, zu dem Männer überhaupt erst bereit sind, eine Arbeit anzunehmen.“

„bilderland“-Boß Heinze ging natürlich in Berufung. Die Entlohnung sei „eine Sache freier Verhandlungen bei der Einstellung gewesen“. Doch die Frauen gaben nicht auf. Durch die ersten Kampfschritte hatten sie nicht nur an Rückhalt im Betrieb gewonnen — eine gewerkschaftliche Frauengruppe wurde gegründet —, sondern auch in vielen anderen Betrieben solidarisierten sich die Beschäftigten mit den Heinze-Frauen. Der Termin beim Landesarbeitsgericht in Hamm wurde dann auch zu einer Solidaritätskundgebung für die 29.

Hunderte Solidaritätsschreiben waren eingegangen, aus Betrieben, aus Gewerkschaften verschiedenster Industriebereiche, aus Parteien und Frauengruppen. Viele Kolleginnen und Kollegen hatten sich einen Tag Urlaub genommen und waren nach Hamm gekommen.

Recht haben und recht bekommen, das mußten die Kolleginnen erfahren, sind aber zwei verschiedene Dinge. Ihre Klage wurde abgewiesen, das Gelsenkirchener Urteil aufgehoben. „Wir gehen jetzt nach Kassel, keiner schiebt uns fort. Und wenn's auch lange dauert, keiner schiebt uns fort...“, dieses Lied sangen die Kolleginnen vor dem Gericht in Hamm, eng beieinanderstehend unter

Solidarität mit den Heinze-Frauen

29 STEHEN FÜR MILLIONEN



September 1979: Heinze-Frauen vor dem Landesarbeitsgericht Hamm.

dem Transport mit der Aufschrift: **Frauen — Männer / Gleiche Arbeit — Gleicher Lohn.** (unser Bild)

Eine Kollegin sagte am 19. September 1979 in Hamm: „Der Prozeß, das ist nur eine Sache unseres Kampfes. Außerdem wollen wir die Öffentlichkeit aufmerksam machen auf die Ungerechtigkeit, die Frauen immer noch, speziell am Arbeitsplatz, erfahren. Die Demonstrationen, die Solidaritätsadressen, die vielen Kolleginnen, die mit uns im Bus nach Hamm fahren, die sich dafür extra Urlaub genommen haben: das alles zeigt uns, daß wir ganz unabhängig vom Urteil was in Gang gebracht haben.“

Die Heinze-Frauen stehen nicht allein

Da gibt es zum einen eine breite Solidaritätsbewegung. Viele hundert Solidaritätsschreiben haben die Frauen erhalten. Als im Rahmen der Ruhrfestspiele ein Theaterstück des Mobilien-Rhein-Main-Theaters „Frauen sind keine Heinzelmannen“ aufgeführt wurde, konnten den Frauen 45 000 Solidaritätsunterschriften überreicht werden. In der Reihe rororo-aktuell ist ein Buch über die Heinze-Frauen erschienen: „Wir wollen gleiche Löhne“. Die Zeitschrift „Brigitte“ erklärte die Heinze-Frauen wegen ihres Mutes zu den „Frauen des Jahres“.

Vor allem aber macht das Beispiel der Heinze-Frauen Schule. Einige Beispiele dafür, wie die Frauen mit Unterstützung ihrer Gewerkschaften für ihre Gleichbehandlung eintreten. In Neuß klagen 52 Schickendanz-Frauen (IG DruPa) für gleiche übertarifliche Bezahlung; 25 Kabelspulerrinnen aus Wetzlar (IGM) wollen tarifgerechte Eingruppierung; 14 Kolleginnen aus Mönchengladbach (IGM) wollen vor Gericht beweisen, daß ihre Arbeit nicht „körperlich leicht“ ist; zwei Horten-Frauen (HBV) setzten ihr Recht auf gleichen Lohn durch; 37 Velbert-Arbeiterinnen (IGM) verlangen Hö-

hergruppierung; die Karstadt-Frauen (HBV) aus Wiesbaden haben in der ersten Instanz recht bekommen; 34 ausländische Kolleginnen der Adler-Werke (IGM) verlangen Höhergruppierung; die Kroschu-Frauen (IGM) aus Witten haben ihre Erschwerniszulage durchgekämpft; fünf Kolleginnen der Firma Roth (IGM) verlangen Höhergruppierung.

Die IG Druck macht Druck

All diese Beispiele zeigen, daß es beim Kampf der Heinze-Frauen nicht um ein isoliertes Einzelproblem geht. Millionen Frauen haben die gleichen Probleme, werden benachteiligt und noch mehr als ihre männlichen Kollegen ausgebeutet. Darum ist es auch eine positive Sache, daß die Gewerkschaft in dieser Frage nicht ausschließlich auf die Gerichte setzt, sondern in breitem Maße die gewerkschaftliche Solidarität organisiert, den Kampf auf breiter Front unterstützt. Der Aufruf der IG-DruPa für den 6. September richtet sich deswegen auch nicht nur an die eigenen Mitglieder, sondern folgerichtig an alle Gewerkschaftsmitglieder überhaupt. In vielen Städten wird die Werbung für diese Solidaritätsaktionen darum auch von Frauenausschüssen verschiedenster Einzelgewerkschaften oder den DGB-Frauenausschüssen unterstützt, die vielerorts auch schon Busse organisiert haben, um nach Kassel zu fahren.

Wir möchten alle Leserinnen und Leser des „Roten Morgens“ aufrufen, am 6. September mit nach Kassel zu fahren und die Kolleginnen der IG-DruPa zu unterstützen, die dazu schreiben: „Diese Solidaritätsbewegung wollen wir weiterentwickeln am 6. September in Kassel. Der Kampf um gleichen Lohn bei gleicher Arbeit gewinnt immer mehr an Breite und Tiefe. Diese Bewegung stellt einen neuen Höhepunkt im gewerkschaftlichen Kampf um Lohngleichheit dar.“

Kollegen: Kommt und kämpft mit uns — für uns und Euch.

Wir arbeitenden Frauen

wollen uns nicht länger als Lohndrücker mißbrauchen lassen. Wir Gewerkschafterinnen wissen, daß unser Ziel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nur im gemeinsamen Kampf mit unseren Kollegen — mit Frauen und Männern, mit Arbeitern und Angestellten, mit Ausländern und Einheimischen, mit Jung und Alt gewonnen werden kann.

Kollegen, übt Solidarität. Kommt am 6. September nach Kassel.“

Das Programm

Beginn der Kundgebung im Eissportstadion um 11.30 Uhr;

Keiner schiebt uns weg (DruPa-Frauen-Songgruppe) / Es sprechen: **Leonhard Mahlein**, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Druck und Papier, **Gisela Kessler**, Frauensekretärin im Hauptvorstand der IG Druck und Papier / Grußworte des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel / Lied der DruPa-Frauen / Grußwort: **Irmgard Blättel**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB / **Frauen erzählen von ihrem Kampf**: Heinze-Frauen, Schickendanz-Frauen (DruPa), Kabelspulerrinnen (IGM), Langnese-Frauen (NGG), Horten-Frauen (HBV) / Leitung: **Annelie Tuschsheer**, DGB-Landesbezirk Hessen / Es singt: **Fasia/Theaterstück: Frauen sind keine Heinzelmannen** — Mobiles Rhein-Main-Theater / Gemeinsames Schlußlied

Demonstration zum Messeplatz (Abfahrtstelle der Busse) / (Informationsstände, Kinderbetreuung, Getränke- und Imbißstände)

Busse werden erwartet aus: München, Nürnberg, Stuttgart, Reutlingen, Mannheim, Mainz, Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Wetzlar-Gießen, Düsseldorf, Essen, Köln, Dortmund, Gelsenkirchen, Bielefeld, Hannover, Oldenburg, Göttingen, Bremen, Hamburg, Kiel, Berlin und aus anderen Orten.

Nähere Auskünfte: Industriegewerkschaft Druck und Papier, Bezirke und Landesbezirke, Einzelgewerkschaften — Deutscher Gewerkschaftsbund

BGH zu Vergewaltigungen ZU LAX!

Karlsruhe. — Der Bundesgerichtshof hat Ende Juli entschieden, daß das in der Strafbestimmung genannte Kriterium der Gewaltanwendung nicht unbedingt vorliegt, wenn eine Frau von einem Mann eingeschlossen oder in ihrer Bewegungsfreiheit ähnlich eingeschränkt oder gar in einem Fahrzeug an eine abgelegene Stelle gebracht wird, wo sie keine Hilfe mehr erwarten kann. Mit anderen Worten, bringt ein Verbrecher eine Frau in eine Situation, in der sie keine Möglichkeit zur Gegenwehr mehr sieht, ist die Vergewaltigung strafrechtlich keine mehr!

Dieses Skandalurteil wurde von einem Sprecher des BGH in

einem Rundfunkinterview begründet, mit den zu „lax“ gehandhabten Entscheidungen der Landgerichte in Vergewaltigungsprozessen. Diese hätten das „psychische Moment“ überbetont und den Gewaltbegriff unzulässig ausgedehnt.

Zur gleichen Zeit, wo der Gewaltbegriff bei allen auch friedlichen Formen des politischen Protestes immer weiter ausgedehnt wird, viele Formen, wie Besetzungen, unangemeldete Demonstrationen und Kundgebungen, kriminalisiert werden, offenbart das BGH hier nicht nur seine extreme frauenverachtende mittelalterliche Gesinnung, sondern öffnet dem Sexualverbrechen Tür und Tor!

Frauen „Bild“

Krefeld. — Schlagzeile der „Bild“-Zeitung zu einem Hausfrauenkongreß in Krefeld: „Frauen leisten ein Drittel weniger als Männer — Deutscher Professor: Gleichberechtigung — Lieber nicht.“ Pech für das Lügenblatt, daß der Professor für Arbeitsmedizin, Theodor Hettinger, der dies gesagt haben soll, auch die „Bild“-Zeitung las und richtigstellte: „Die Bild-Zeitung kenn-

zeichnet Sätze von mir als Zitat, die nie von mir gesprochen wurden. Alles, was die Bild-Zeitung geschrieben hat — außer, daß ich einen Vortrag gehalten habe — ist falsch.“

Professor Hettinger hat sich auf dem Kongreß gegen die Bezeichnung der Frauen als „schwächeres Geschlecht“ gewandt und vor der oftmaligen Doppelbelastung der Frauen gewarnt.

„Männliche Leistungen“

München. — Die erste von sieben Münchner Mädchen, die bei den Stadtwerken eine elektromechanische Ausbildung erhalten, bestand jetzt ihre Prüfung. Nichts Besonderes? Doch, schon, wenn man weiß, daß die 18jährige Jacqueline Laskowski (unser Bild) zu den Mädchen gehörte, denen ein Betriebsarzt der Stadtwerke Steine in den Berufsweg legen wollte, weil er in einem Attest behauptete, weibliche Lehrlinge seien wegen zu kurzer Daumen



und zu langer Zeigefinger zu bestimmten elektromechanischen Arbeiten ungeeignet. Nach stürmischen Protesten vor zwei Jahren wurden dann doch sieben Mädchen eingestellt, denen allen „durchaus männliche“ Leistungen bescheinigt werden.

USA: Abtreibungsgegner im reaktionären Aufwind

Washington. — Reagans Sparprogramm geht auch auf Kosten der Frauen. In den USA, wo nach Schätzungen alle sieben Minuten eine Frau vergewaltigt wird, wurde bisher eine möglicherweise nötige Abtreibung nach einer Vergewaltigung vom Staat finanziert. Der Senat in Washington (98 Männer, 2 Frauen) billigte jetzt ein Gesetz, das diese Maßnahme ab September abschafft. Frauenverbände in den USA protestieren vor allem gegen dies Gesetz, weil es wieder einmal die Ärm-

sten trifft, die Farbigen, die Bewohner der Slums, die vielen armen Einwanderer.

Sind sie Opfer eines solchen Verbrechens, werden sie in Zukunft wieder in die Arme von gefährlichen „Engelmachern“ getrieben. Vom reaktionären Aufwind durch Reagans Mannschaft beflügelt, bereiten Senatsabgeordnete jetzt sogar ein Gesetz vor, das die seit 1973 legalisierten Schwangerschaftsabbrüche in Zukunft mit Mord (!) gleichsetzen soll.

„Zurück an den Herd“

Bonn. — „Zurück an den Herd“, so ist kurz gesagt der Inhalt eines neuen Papiers der CDU-Sozialausschüsse, das in der Juni-Nummer der Zeitschrift „Soziale Ordnung“ veröffentlicht wurde. Die Thesen über die „sanfte Macht der Familie“ mit der Forderung: „Die Mutter muß aufgewertet werden“, stieß aber sogar in Frauenkreisen der CDU auf massiven Widerstand.

Die westfälische Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen in den Sozialausschüssen zerfetete dieses Papier regelrecht. In einer Stellungnahme heißt es, der Bundesvorstand habe „einen erheblichen Nach-

holbedarf“ beim Studium der Geschichte der Emanzipationsbewegung, und seine Thesen zur Familienpolitik zeugen „von einer nicht zu überbietenden männlichen Überheblichkeit“, die sich allerdings in ihrer „arroganten Borniertheit selbst der Lächerlichkeit ausliefert.“

Norbert Blum verteidigte den Entwurf und behauptete, wer Emanzipation mit Erwerbsarbeit gleichsetze, springe auf einen Zug, von dem die Lokomotive schon abgekoppelt sei. Die Frauen aber weigern sich, ein Leben zu leben, dessen Stationen nur Schule, Ehefrau, Mutter und Pflegerin für Mann und Kind sein soll.



Solidaritätskundgebung und Demonstration am 6. September 1981

in Kassel (Eissportstadion, ab 11.30 Uhr) aus Anlaß des Termins der 29 „Heinze-Frauen“ vor dem Bundesarbeitsgericht

Meldungen

Schlappe für Strauß

COBURG. — In zweiter Instanz wurden Barbara Hoffmann und ihr Bruder Karl-Heinz aus Nürnberg vom Vorwurf freigesprochen, F.J. Strauß durch das Aufstellen des „Stierplakates“ im VOLKSFRONT-Wahlkampf beleidigt zu haben.

Strauß wurde zwar auf dem Plakat als Faschist und Kriegstreiber beleidigt, meinte das Gericht, aber er müsse sich das gefallen lassen wegen seiner Beschimpfungen politischer Gegner („Ratten und Schmeißfliegen“), seinem Eintreten für die Rüstung und seiner Diffamierung aller Friedfertigen! Über ihre persönlichen Eindrücke schrieb uns Barbara Hoffmann unter anderem:

„Noch im ersten Prozeß führte ich einen Prozeß als ‚Beihelfer‘; ich hatte mitgeholfen beim Aufstellen, ohne viel nachzudenken, ich hatte nichts gegen die Bundestagskandidatur der Volksfront, ich habe sicher nicht zu den Aktivisten gehört. Niemals jedoch hatte ich so eine Reaktion des Staates erwartet. Für mich, die ich fast ein bißchen Illusionen in die Demokratie hatte, war das ein gutes Lehrstück. So habe ich das auch dem Richter gesagt. Im ersten Prozeß hatte ich für meinen Freispruch plädiert, weil ich auf ‚Beihilfe‘ bestanden hatte, ich hatte nur den Wagen gefahren, diesmal ging es mir auch darum, hier ein demokratisches Recht zu verteidigen. Das Recht, zu schwarz sagen zu dürfen, zu Reaktionär auch Reaktionär, egal ob einer Ministerpräsident ist oder nicht...“

CS-Gas bestellt

Am 3. August wurde bekannt, daß Gerold Tandler, Innenminister von Bayern, bereits große Mengen CS-Gas in der Schweiz bestellt hat.

Eine Schweizer Firma hat die Belieferung der Bereitschaftspolizei und der Einsatzeinheiten der bayerischen Landespolizei übernommen. Die Schweiz gehört zu den Ländern, die im Einsatz dieser Bürgerkriegswaffe über die meisten Erfahrungen verfügen.

Tandler hat damit endgültig seine Ankündigung wahr gemacht, er werde nicht auf die nächste Konferenz der Länderinnenminister im Herbst warten, um seine Polizei mit dem Kampfgas auszurüsten. Dieses Vorgehen soll für die anderen Signalwirkung haben.

SS-Mann erhielt Haftverschöpfung

Hannover. — 400 entkräftete Häftlinge traten im April 1945 den Todesmarsch von Hannover nach Bergen-Belsen an, als das KZ-Nebenlager Mühlenberg evakuiert werden mußte. Wer das Tempo nicht durchhielt, wurde ermordet. Wegen Beteiligung an diesen Mordtaten wurde jetzt der ehemalige SS-Rottenführer F.-W. Rex (69) zu sechs Jahren Haft verurteilt. Sein Kumpan A. Grams, faschistischer Mörder wie er selbst, wurde freigesprochen. Und Rex muß nicht etwa wirklich ins Gefängnis — er erhielt Haftverschöpfung.

Neonazi-Mörder vor Gericht

Bundesanwaltschaft erhebt Anklagen gegen Roeder-Bande

KARLSRUHE. — Gegen einige der brutalsten faschistischen Gewaltverbrecher der Bundesrepublik wird nun Anklage erhoben: Die Mitglieder der inzwischen zur terroristischen Vereinigung erklärten „Deutschen Aktionsgruppen“, Manfred Roeder (52), Heinz Colditz (51), Raimund Hörnle (51) und Sibylle Vorderbrügge (26) kommen endlich vor Gericht.

Die Anklage ergeht fast ein Jahr nach einer grauenvollen

Das Hamburger Attentat ist nur eins der Verbrechen, die die jetzt angeklagten Neonazis zu verantworten haben. Es war der Höhepunkt einer ganzen Kette von Gewalttaten, die die Roeder-Bande im vergangenen Jahr verübt hat. Aber es mußten erst zwei Menschen sterben, bevor die Bundesanwaltschaft überhaupt die Ermittlungen aufnahm!

Erinnern wir uns: Bereits am 21. Februar 1980 explodierte eine Bombe im Landratsamt Esslingen, wo gerade eine Auschwitz-Ausstellung gezeigt wurde. Die Tatwaffe: eine Metallrohrbombe, gezündet durch einen Kurzzeitmesser der Firma Blessing mit der Bezeichnung „95 cal.“

Eine Bombe genau des gleichen Typs explodierte am 18. April 1980 am Haus des Ostfilderer Landrats Braun.

In beiden Fällen meldeten sich die „Deutschen Aktionsgruppen“ direkt als Verantwortliche und kündigten neue

Verbrechen an!

Noch immer gab es keinerlei Ermittlungen. Und bevor die beiden Vietnamesen in Hamburg sterben mußten, schlugen die Faschisten noch dreimal zu: — Am 27. April 1980 in der Hamburger Janusz-Korczak-Schule, der früheren Schule am Bullenhuser Damm. Der Neonazi-Anschlag erfolgte kurz nach der 35. Wiederkehr des Massakers, das die Nazis hier an jüdischen Kindern veranstaltet hatten.

— Am 30. Juli 1980 im Bundesmülllager für Asylsuchende in Zirndorf.

— Am 17. August in einer Asylantenunterkunft in Lörrach. Zwei Frauen wurden verletzt.

Die Tatwaffe in allen drei Fällen: ebenfalls eine Metallrohrbombe, gezündet mit dem Blessingschen Kurzzeitmesser, wie in den erstgenannten Anschlägen!

Und am 22. August dann der Hamburger Anschlag. Und

Bluttat in einem Ausländerwohnheim in Hamburg, bei der zwei Vietnamesen durch eine Bombe getötet wurden. Zahlreiche Gewaltverbrechen in den vorangegangenen Monaten hatten die Behörden nicht zum Handeln bewegen können; so wurden die Faschisten zur weiteren Eskalation ihrer Verbrechen ermutigt.

Den bevorstehenden Prozeß gegen Roeder und Kumpane müssen alle Antifaschisten aufmerksam verfolgen!

erst einen Monat später werden die Ermittlungen aufgenommen. Sofort kann der steckbrieflich gesuchte Roeder, der sich bis dahin fast frei in Westdeutschland bewegen konnte, festgenommen werden.

Fest steht somit: Die Bundesstaatsanwaltschaft trägt Mitschuld an den Morden von Hamburg. Sie hat die Hinweise auf die Täterschaft der „Deutschen Aktionsgruppen“, die deutlicher nicht hätten sein können, ein halbes Jahr lang in den Wind geschlagen. Das darf man nicht vergessen, wenn man jetzt hört, daß die Bundesanwaltschaft endlich Anklage erhebt.

Nicht vergessen sollte man auch, daß gleichzeitig mit dieser Bombenserie der NPD-Wahlkampf unter dem Stichwort „Ausländer raus“ lief — mit Billigung der Regierung. Vier Wochen nach dem Hamburger Anschlag reichte NPD-Major Lindner 5000 Unterschriften für das angestrebte „Volksbe-

gehen Ausländerstopp“ ein. Das wurde später verboten; Lindners „Bürgerinitiative“ ist unvermindert aktiv. Und eine weitere Woche später geschah das Oktoberfest-Attentat — den Bundesbehörden hatte der von Roeder gelieferte Beweis für die grenzenlose Mordbereitschaft der Neonazis zu weitergehenden Schritten gegen die ganze Szene nicht ausgereicht. Kurz vorher waren der Hoffmann-Bande einige kurzzeitig beschlagnahmte Waffen zurückgegeben worden...

Diese Erfahrungen und die Ergebnisse zahlloser Neonazi-Prozesse lehren uns: Zum Roeder-Prozeß müssen die Antifaschisten gehörigen Druck machen. Die faschistischen Mörder dürfen nicht mit glimpflichen Strafen davonkommen! Darüber hinaus ist dieser Prozeß für uns Anlaß, erneut mit Nachdruck für das Verbot und die Zerschlagung aller neofaschistischer Organisationen einzutreten.

Freibrief für Nazi-Propaganda

Damit wird den faschistischen Organisationen weiterhin der schwungvolle Handel mit Schallplattenaufnahmen von Reden Hitlers, Görings oder Goebbels, mit Nachdrucken des „Stürmers“ und der Hitler-Schrift „Mein Kampf“ gestattet, ja, ihnen wird das Gefühl der Rechtsunsicherheit genommen, das sie zumindest durch die anhaltende Diskussion über ein entsprechendes Verbot haben mußten, wenn es sie auch nicht an ihrem kriminellen Handeln gehindert hat. Insofern bleibt hier nicht nur alles beim alten, sondern werden die faschistischen Verbrecher in ihrem Treiben direkt und ausdrücklich ermutigt.

Schmude lügt, wenn er behauptet, es gäbe nur sehr wenige Einzelfälle des Handels mit NS-Schriften. Er lügt, denn er weiß sehr genau, daß das anders ist. In verschiedenen Städten kämpfen antifaschistische Menschen für die Schließung neofaschistischer Propagandazentren. Dieser Kampf soll jetzt von den Bundespolitikern als hinfällig dargestellt werden, sie sollen zur Aufgabe dieses Kampfes bewegt werden, der nun ja doch sinnlos sei, da eine höchst offizielle Entscheidung gefallen ist.

Eine ungeheure Ermutigung für die Neonazis in einer Zeit, da sie ihr verbrecherisches Treiben bis hin zu Massenmordtaten gesteigert haben, da sich auf der anderen Seite der Protest der demokratischen Öffentlichkeit gegen das offene Auftreten von Nazis jeder Spielart deutlicher als bisher zu formieren beginnt, da angesichts der Gewalttätigkeit der Faschisten ein solches Handeln auch immer dringender geboten ist und die Politiker gezwungen werden müssen, endlich diesem Treiben die legale Grundlage zu entziehen und die Nazi-Aktivisten hinter Gitter zu bringen.

BONN. — Die von der Bundesregierung angekündigten Gesetzesmaßnahmen zur Unterbindung neofaschistischer Propaganda werden in wichtigen Punkten eingeschränkt. Bundesjustizminister Schmude kündigte an, die Verbreitung von Original-Nazi-Schriften und -Reden, sei es als Nachdruck oder Altexemplar, werde erlaubt bleiben.



Nazi-Literatur und -Schallplatten und Nazi-Waffen gehören zusammen. Zusammen werden sie immer wieder bei Mitgliedern bewaffneter Banden gefunden. Nazi-Schriften liefern den Gewaltverbrechern das ideologische Rüstzeug und werden von ihnen verbreitet, um für ihre verbrecherischen Ziele zu werben. Dem leistet Justizminister Schmude mit seiner Weigerung, diese Schriften zu verbieten, Vorschub.

Sie müssen gezwungen werden. Das wird jetzt noch deutlicher. Kein Vertrauen auf den Selbstlauf demokratischen Fortschritts im Bonner Parlament. Nur durch massiven, öffentlichen, außerparlamentarischen Druck ist da etwas zu erreichen!

Natürlich werden durch

Schmudes Absichten auch die anderen Bestandteile des ursprünglich vorgesehenen Gesetzgebungspakets — das Verbot der Einfuhr und Verbreitung von NS-Kennzeichen und das Verbot der Leugnung der Vergangenheiten in den KZs — unterlaufen.

Die NS-Kennzeichen als

Werbung für den Hitler-Staat, als Symbol der faschistischen Diktatur finden sich auf allen jetzt endgültig freigegebenen Pamphleten. Und die verlogenen Ausführungen der Himmler und Co. über das „schöne Leben im KZ“ dürfen ebenso frei als „geschichtliche Darstellungen“, über deren Wahrheitsgehalt man also doch noch öffentlich behaupten darf, verbreitet werden wie die Propaganda zur Massentötung „rassisch minderwertiger“ Menschen auf der anderen Seite!

Besonders hinterhältig ist die Behauptung Schmudes, hier gehe es darum, die Möglichkeit zum Quellenstudium und zur Aufklärung an Schule und Universität aufrechtzuerhalten. Eine solche Aufklärung, die allerdings die Wirklichkeit der faschistischen Gewaltherrschaft darstellen und die Lügenpropaganda der Hitler, Goebbels und Co. widerlegen muß, fordern alle Demokraten seit langem. Aber trotz aller schönen Worte und Absichtserklärungen ist die Schule immer noch der letzte Ort, wo junge Menschen die Wahrheit über das „Dritte Reich“ und die Schuldigen an der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland lernen. Nach wie vor ist der Unterricht vom Antikommunismus geprägt, der den Feinden der Demokratie direkt in die Hände arbeitet und alten und neuen Nazis bei ihrer politischen Wühlätigkeit so hilfreich ist.

Deshalb darf sich kein Demokrat mit Schmudes Ausreden abspesen lassen.

Die Verbreitung von NS-Schriften muß verboten werden!

Alle Nazi-Buchläden müssen geschlossen werden!

Alle faschistischen Organisationen müssen verboten werden!

Meldungen

Frankfurter Modell

Staatsanwälte und Richter sollen auf Abruf bereitstehen, um Demonstrationen zu beobachten, bei denen die Politiker „gewalttätige Auseinandersetzungen“ für möglich halten — das plant die hessische Landesregierung nach Aussage ihres Justizministers Herbert Günther (SPD).

Der Einsatz von Polizeibeamten, die eigens dafür da sind, „Täter und gegebenenfalls Zeugen“ zu greifen und Staatsanwalt und/oder Richter vorzuführen, runden die Maßnahme ab.

Das Ziel ist eindeutig: Ohne die Schwierigkeiten eines ordnungsgemäßen Verfahrens durchlaufen zu müssen — in dem gerade Polizeizeugen, die irgendwelche „Gewalttaten“ erfinden, sehr oft umkippen, weil sie zu dämlich sind oder von den Angeklagten in die Enge getrieben werden —, soll hier eine Verurteilung gesichert werden. Richter und Staatsanwalt können sich zur Not gleich vor Ort absprechen. Daß dies keine Horrormetapher ist, weiß jeder, der einmal einen politischen Prozeß mit dem Zusammenspiel zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft erlebt hat.

Vorbild für diesen Vorstoß der Hessen-Regierung dürfte übrigens ausgerechnet Bayern sein. Denn in Nürnberg zum Beispiel ist es seit längerem an der Tagesordnung, spezielle Staatsanwälte bei Demonstrationen dabeizuhaben. Auf diese Weise kam vor einigen Monaten auch der große Nürnberger Antifaschistenprozeß zustande.

Deshalb ist es blanke Hohn, wenn Günther diese von ihm „Frankfurter Modell“ genannte Maßnahme als „Schutz des Demonstrationsrechts“ ausgiebt. Zur Begründung für diesen Unsinn führt er an, durch das Handeln der speziellen Greiftrupps würde die Festnahme Unbeteiligter verhindert und würden so die friedlichen Demonstranten geschützt. Das Gegenteil stimmt, Provokationen und willkürliche Verhaftungen und Verurteilungen soll Tür und Tor geöffnet werden.

Radikalauer

...schreibt Winfried Thomsen. In der „konkret“ fanden wir u.a. diese neuen:

Ich bin dagegen, die Vermummung zu verbieten. Sonst kann man die Polizei ja schon auf den ersten Blick erkennen.

Was tut die Polizei, wenn ihr Informationen fehlen? — Bei der Presse nachschlagen.

Gerold Tandler: der Gasmann von Dachau.

Mit CS-Gas kann die Polizei einen gesunden Bevölkerungs-Querschnitt lähmen.

Nazi-Lehrer

LÜNEBURG. — Uwe Rheingans, Rechtsextremist, früherer NPD-Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein, bleibt Studiendirektor am Gymnasium in Neustadt. Das Verwaltungsgericht Lüneburg verwarf eine geplante Versetzung nach Timmendorfer Strand, weil Rheingans dort nicht Studiendirektor hätte sein können. Rheingans hatte unter anderem die Schülerbücherei mit rechtsextremistischen und antisemitischen Schriften ausgestattet.

Antikriegstag in Heilbronn

HEILBRONN (Arbeiterkorrespondenz). — Auch in Heilbronn hat der Vorstand des DGB beschlossen, Aktivitäten zum Antikriegstag zu organisieren. Zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte Heilbronn ist dazu sogar eine Demonstration geplant. Im Aufruf des DGB steht dazu:

- „Wir fordern:**
 1. Abbau der Rüstungshaushalte in Ost und West sowie Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte;
 2. Rücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses;
 3. Ächtung aller Atombomben;
 4. Nein zur Neutronenbombe.“

Diese Forderungen, die auch in einer Anzeigenkampagne in der „Heilbronner Stimme“ veröffentlicht werden, stellen nach Meinung der Ortsgruppe Heilbronn der KPD einen wichtigen und positiven Schritt der Gewerkschaftsbewegung in Heilbronn dar. Insbesondere die klare Aussage zu den NATO-Beschlüssen ist begrüßenswert.

Kritisiert werden muß allerdings die mangelnde Mobilisie-

rung der gewerkschaftlichen Basis in den Betrieben. Es genügt unserer Meinung nach nicht, am 1. September Unterschriftensammlungen vor den Betrieben zu organisieren. Damit muß schon Anfang August begonnen werden. Insbesondere die Ver-

trauensleutkörper der Betriebe müssen sich intensiv mit der Mobilisierung ihrer Belegschaften befassen und die Unterschriftenaktion dazu nutzen, die Demonstration und deren Inhalte bekannt zu machen.

Um eine größtmögliche Mobilisierung zu erreichen, werden wir alle Anstrengungen unternehmen. Als ersten Schritt hierzu haben wir den Aufruf unseres ZK, „Sicherheit oder Selbstmord“, vor den wichtigsten Heilbronner Betrieben verteilt und Anstrengungen unternommen, mit anderen fortschrittli-

chen Organisationen die Arbeit zum Antikriegstag zu koordinieren. Ein weiteres Flugblatt zu Heilbronn ist in Vorbereitung. Am 22. August werden wir vormittags einen Informationsstand unserer Partei und abends eine Veranstaltung durchführen. Über den Antikriegstag hinaus werden wir zusammen mit den Genossen der KJD die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn vorbereiten. Hierzu streben wir an, mit vielen Heilbronner Organisationen gemeinsam die Teilnahme an dieser Demonstration zu organisieren.

Heilbronner Aktionen zum Antikriegstag:

22.8.81: Informationsabend der KPD mit anschließender Veranstaltung um 20.00 Uhr im Thälmann-Keller.

28.8.81: Kulturveranstaltung der DGB-Jugend mit Friedensnacht. Redner: Zwickel, IGM-Bevollmächtigter.

29.8.81: Informationsstand der DGB-Jugend zur Vorbereitung des Antikriegstages in der Fußgängerzone unterstützt durch Info-Stand der VOLKSFRONT mit Liedern und Sketchen.

1.9.81: Demonstration des DGB, ab Gewerkschaftshaus, Kungelberg Marktplatz.

3.9.81: DGB-Jugend zeigt den Film „Rat der Götter“ im Deutschhofkeller.

5.9.81: Friedensfest der DGB-Jugend im Waiblinger Haus.



März 1981: Friedensdemonstration in Heilbronn

Keine Fabrik vor dem Eller-Schloßpark!

DÜSSELDORF (Volkskorrespondenz). — Düsseldorf, auch Klein-Paris genannt, befindet sich in einer großen finanziellen Krise. Die Folgen sind derart, daß die Vollendung bzw. Durchführung einiger Renomierprojekte wie U-Bahn oder Bundesgartenschau zumindest auf große Schwierigkeiten stößt.

Finanzielle Nöte — dies ist auch die Begründung für das unerhörte Vorgehen der Stadt in folgendem Fall: Im Herbst 1980 wurde bekannt, daß die Stadt ein Gelände im Stadtteil Eller (dieser Stadtteil ist übrigens der sauberste Düsseldorf) verkaufen will, damit die Kosmetikfirma Marbert, eine Tochtergesellschaft des Chemie- und Skandaliganten Hoechst, dort Fabrikationsstätten, Lagerhallen und ein Schulungszentrum errichten kann. Dieses Gelände, bislang landwirtschaftlich genutzt, liegt in einem reinen Wohn- und Erholungsgebiet. Nur wenige Meter daneben befindet sich der Eller-Schloßpark (dieser gehört zum Landschaftsschutzgebiet), ein beliebtes und stark besuchtes Naherholungsgebiet für alle Düsseldorfer Bür-

ger. Des weiteren liegen in unmittelbarer Umgebung:

- zwei Altenheime,
- ein Altenwohnheim
- eine Gesamtschule,
- eine Kollegscheule,
- ein Abenteuerspielplatz,
- ein Wasserspielplatz und ein Kinderspielplatz,
- sieben Kleingartenvereine,
- ein Reithof.

Gegen dieses Vorhaben setzt sich die Interessengemeinschaft Schloßpark (IGS) zur Wehr, in der Eller Bürger verschiedener politischer Richtungen (politisch Unabhängige, SPD, DKP, Grüne) zusammenarbeiten. Natürlich unterstützt unsere Partei im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aktivitäten der IGS.

Das erklärte Ziel der IGS ist, die Umwandlung des Geländes in Gewerbegebiet zu verhindern und letztlich zu erreichen, daß es unter Einbeziehung der betroffenen Bürger in das Naherholungsgebiet integriert wird. Unter genau diesen Forderungen läuft ebenfalls eine Unterschriftensammlung, in die sich bislang 4000 Bürger eingetragen haben. Ein bisheriger Höhepunkt der meist erfolgreichen Aktionen

der IGS war die erst kürzlich von ihr einberufene Bürgerversammlung.

Vorausgegangen ist ihr eine Verschärfung der Auseinandersetzung. Dazu trugen bei: Presseerklärungen der Stadt als auch der IGS mit einander jeweils korrigierendem Inhalt, ein beleidigender Artikel in einer Reklamezeitung, die von der Eller Werbegemeinschaft (ein Zusammenschluß der ansässigen Geschäftswelt) herausgegeben wird, sowie massive Beleidigungen und Bemerkungen wie „Wir werden euch fertigmachen und eure Argumente in der Luft zerreißten“ seitens einiger Mitglieder der Bezirksvertretung 08 (darunter fällt auch der Stadtbezirk Eller), die sich zudem noch als SPD-Mitglieder zu erkennen gaben.

Was dann von seiten der eingeladenen Mitglieder der drei großen Parteien und der Bezirksvertretung zu hören war, reichte von bewußten Lügen bis unter anderem zu dem Eingeständnis, daß in punkto zu erwartender Umweltbelastungen durch Marbert und eventuell zu beschützender Biotope in unmittelbarer Nähe des Gebietes keine Untersuchungsergebnisse vorlägen. Konkret auf die Geruchsbelästigung angesprochen, bemerkte Bezirksvorsteher Schüler (SPD), diese sei mit

einem Badezimmerdörfchen zu vergleichen. Letztlich waren es jedoch die ca. 80 bis 100 versammelten Bürger, die lautstark ihrer Empörung Luft machten und so sehr deutlich zum Ausdruck brachten, was sie von dem Vorhaben ihrer „Volksvertreter“ hielten.

Schon jetzt kann man feststellen, ohne die endgültige Entscheidung der Stadt Düsseldorf vorwegzunehmen, daß dieser Fall als Paradebeispiel für bürgerfernes Handeln gelten kann. Hätte es keine Unterschriften gegeben, so wäre die Entscheidung über das Bauvorhaben schon längst gefallen. Bürokraten und Politiker (und sicherlich auch die Firma Hoechst) hätten wieder einmal gegen die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung gehandelt.

Die IGS hat nun mittlerweile dem Oberbürgermeister die 4000 Unterschriften, sowie einen Bürgerantrag überreicht, in dem die sofortige Aussetzung des Bebauungsplanes gefordert wird. Weitere publikumswirksame Aktionen sind geplant. Unsere Forderungen:

**Keine Fabrik vor dem Schloßpark!
 Hände weg vom Naherholungsgebiet!**

Ein Genosse der KPD/Düsseldorf

Nach Brokdorf-Demonstration:

Zwei Atomkraftgegner sollen angeklagt werden

Presseerklärung des „Aktionskreis Leben — Gewerkschafter gegen Atom“

Vor einem halben Jahr, am 28. Februar 1981, demonstrierten über 100.000 Menschen gegen den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf. Dies obwohl die Betreiber sämtliche Demonstrationen verboten hatten. Nun sollen mehrere Demonstranten, darunter zwei Mitglieder des Aktionskreis Leben Hamburg, die wahllos aus der Menge gegriffen wurden, angeklagt werden.

Es ist wohl kein Zufall, daß die Kieler Landesregierung und die Staatsanwaltschaft gerade

jetzt solche Verfahren einleiten. Es sollen damit nicht nur Einzelne für 100.000 abgeurteilt werden, sondern damit soll die Antiatomkraftbewegung kriminalisiert werden, um vom Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf und dem jetzt zusätzlich geplanten Kompaktlager abzulenken.

Dies wird mittels zusammengeclusterter und konstruierter Anklagepunkte und Anklageschriften gemacht.

Wie sehr die Atomkraft-

werkbetreiber das Engagement von Gewerkschaftern fürchten, zeigt die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft gerade auch gegen Mitglieder des Aktionskreis Leben — Gewerkschafter gegen Atom aus Hamburg Anklage erhoben hat. Diese Kollegen waren nach einem Polizeieinsatz auf den Lautsprecherwagen des Aktionskreis Leben auf dem Rückmarsch nach Wilster verhaftet worden. Der Lautsprecherwagen hatte für einen geordneten Ablauf einer politischen Großkundgebung in unmittelbarer Nähe des Bauplatzes gesorgt.

In einer konstruierten Anklageschrift soll nun mit Vorwürfen wie Körperverletzung (§ 223 Abs. 1, § 223a), schwerster Landfriedensbruch (§ 125, Abs. 1), Widerstand gegen die Staatsgewalt (§ 113 Abs. 1) und schwe-

rer Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b) unser Widerstand gegen Atomanlagen und die Wahrnehmung unseres Demonstrationsrechts kriminalisiert werden.

Wir werden uns nicht von unserem Ziel, die Verhinderung des Atomkraftwerkes Brokdorf, abbringen lassen und werden uns auch weiterhin an konkreten Widerstandsmaßnahmen beteiligen.

Wir fordern:
 Uneingeschränktes Demonstrationsrecht,
 Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren,
 Weg mit dem Atomprogramm,
 Kein Atomkraftwerk in Brokdorf.

Aktionskreis Leben
 Gewerkschafter gegen Atom
 Hamburg

Einzeldrucke von RM-Artikeln



Um die Arbeit mit dem „Roter Morgen“ zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben, werden Artikel des „Roten Morgens“ zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird“;
 „Klassenkampf in Polen“ (Preis: 0,10 Pfennig)
 „Aus der Geschichte der KPD“ (in türkischer Sprache).
 Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

• Neu erschienen • „Stoppt den Angriff auf das soziale Netz!“ •
 Stückpreis 5 Pf. Betrag bitte in Briefmarken beilegen!

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
 Wellinghofer Str. 103
 4600 Dortmund 30
 PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
 Kto-Nr. 6420 — 467
 Bank: Stadtparkasse Dortmund
 (BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
 Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60,- ☐ halbjährlich DM 30,-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
 (Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und senden an das Parteilbüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Hiroshima 1945 — Deutschland 1983?

Der 6. und 9. August 1945 — historische Daten, die aus dem Bewußtsein der Menschen nie mehr auszulöschen sind.

An diesen beiden Tagen explodierten die ersten Atombomben über bewohnten Gegenden. Über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki. Abgeworfen auf Befehl der obersten Kriegsleitung der USA. Abgeworfen über zwei Städten in einem Land, dessen Niederlage im Weltkrieg längst besiegelt war.



Abgeworfen, um aller Welt zu zeigen: Die USA wollen die Welt beherrschen. Wer sich ihnen nicht fügt, kann sich in Japan ansehen, was auf ihn zukommt...

Das galt besonders der damals sozialistischen Sowjetunion. US-Außenminister Byrnes äußerte gegenüber seinem Präsidenten Truman: „Die Atombombe (bietet) herrliche Möglichkeiten, am Ende des Krieges dem sowjetischen Partner westliche Bedingungen zu diktieren.“ US-Kriegsminister Stimson in Potsdam: „Die Atombombe (kann) die sowjetischen Völker zwingen, auf den Sozialismus zu verzichten und den Kapitalismus wieder einzuführen.“

Nun, „die Atombombe“ schaffte das nicht. Unter Stalins Führung durchbrach die Sowjetunion das Atomwaffenmonopol der USA und setzte eine weltweite Kampagne zur Ächtung und Vernichtung aller Atomwaffen in gang. Entsprechende Vertragsangebote gingen an die USA. Diese trauten sich zwar nun nicht mehr zum bereits fest eingeleiteten Atomschlag gegen den Sozialismus, rüsteten aber fieberhaft weiter. Wie sehr sie damit den Willen der Völker mit Füßen traten, zeigen die weltweiten Friedensaktionen, deren Teilnehmer in die Hunderte Millionen gehen. 800 Millionen Menschen unterschrieben zum Beispiel den 1950 entstandenen Stockholmer Appell zum absoluten Atomwaffenverbot.

Seit in der Sowjetunion mit der Politik Stalins gebrochen wurde, verwandelte sie sich in eine imperialistische Macht wie die USA. Heute bedrohen ihre Atomwaffen den Frieden genauso, wie die der USA. Hiroshima und Nagasaki sind allen Menschen, die den Frieden wollen, eindringliche Mahnung. Verpflichtung zum Friedenskampf heute.

Die USA möchten unser Land heute mit noch mehr Atomraketen vollstellen, mit den berühmten Erstschockwaffen Pershing II und Cruise Missiles. Sie sollen 1983 stationiert werden. Unser Land soll Schlachtfeld und Massengrab werden.

Für uns ist der Jahrestag Hiroshimas Aufruf zum Kampf gegen die Pläne der USA, deren Rücksichtslosigkeit dieser Tage unter anderem dadurch erneut dokumentiert wurde, daß sie ihre Atomwaffen auch in Japan stationieren wollen.

berall auf der Welt brachten Menschen in diesen Tagen ihren Willen zum Ausdruck, den Kriegstreibern USA und Sowjetunion einen Strich durch ihre Rechnung zu machen. Von einigen Aktionen ist auf dieser Seite berichtet. In Westdeutschland war die KPD aktiv an solchen Aktionen beteiligt, rief sie auf zum Kampf: • Gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik, • für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, • für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO.



Eine von unzähligen Aktionen zum Jahrestag von Hiroshima: Die Dortmunder VOLKSFRONT-Gruppe machte am 8.8.81 eine Reihe von kurzen Kundgebungen in der belebten Innenstadt. Dabei warfen sich auf ein Signal (Sirenengeheul eines Handmegaphons) VOLKSFRONT-Mitglieder auf den Bürgersteig, was viel Aufsehen hervorrief. Dabei hielt ein VOLKSFRONTler eine Megaphon-Ansprache. Anschließend wurden Flugblätter verteilt, in denen auch zur Großdemonstration am 10.10.81 in Bonn aufgerufen wurde. Es ergaben sich sehr viel, zum Teil hitzige Diskussionen. Am Stand der VOLKSFRONT wurden Unterschriften gegen die Atomraketen gesammelt, und es erklärten sich auch Passanten bereit, am 10.10. mit nach Bonn zu fahren.

32 Grad Hitze — 9 Stunden im Gelände — dann mit G3 und Stiefeln in den Kanal

Tödlicher Drill

Drei Soldaten ertranken im Wesel-Datteln-Kanal

Im folgenden veröffentlichen wir einen Artikel des „Roten Marder“, der Soldatenzeitung der KJD, zu dem Tod der drei Bundeswehrsoldaten Andreas Böhmer (21), Thomas Kurzat (20) und Hans Stobinski (20), die am 5.8.81 während einer „normalen Übung“ — so die Stellungnahme der Bundeswehr — in den Tod getrieben wurden.



Die Unfallstelle am Wesel-Datteln-Kanal in Flaesheim im Kreis Recklinghausen.

5.8.81. Es war der bisher heißeste Tag. 32 Grad Hitze, Windstille — ein Hundewetter — wie die Zeitungen später schreiben. An diesem Tag rüdeln Kameraden des 2. Pipeline-Pionier-Bataillon 840 durch die heideartige Landschaft der Haard bei Haltern im Kreis Recklinghausen. Einige Einlagen auf den Sandaufschüttungen der Baggergruben schlanchen ganz schön.

Am Abend dieses Tages gegen 20.00 Uhr befiehlt der Zugführer Feldwebel Wilfried H. das Durchschwimmen des Wesel-Datteln-Kanals mit voller Ausrüstung, das heißt mit Kampfanzug, G3 und Kampfstiefeln. Je zwei Kameraden schwimmen von verschiedenen

Seiten des Ufers los. Nur einer kommt wieder lebend aus dem Wasser.

Während der Feldwebel und ein Offiz auf einer Brücke stehen, das vorgeschriebene Rettungsboot unbemannt rumliegt, spielt sich im Wasser ein Drama ab. „Ich kann nicht mehr“, schreit der erste Soldat — geht unter, ein zweiter, der ihm wohl noch zu Hilfe kommen wollte, taucht auch nicht mehr auf, kurz vor dem rettenden Ufer geht noch ein dritter Kamerad unter und stirbt.

Alle noch folgenden Rettungsversuche schlagen fehl. Stunden später werden nur noch drei Leichen geborgen.

„Unerklärlicher Unglücks-



ROTER MARDER

fall“, so und ähnlich lauteten die ersten Stellungnahmen und Pressemitteilungen. „Es handelte sich um gute Schwimmer. Sie hatten Frei- und Fahrten-schwimmerzeugnisse, einer war sogar Rettungsschwimmer“, so hieß es am 6.8. Genau das aber machte uns stutzig, und kaum 24 Stunden nach dem Tod der drei waren wir vom „Roten Marder“ am Unglücksort.

Wir sahen uns um, befragten Angler, badende Jugendliche und Leute, die die Soldaten am Vortag noch gesehen hatten. Eines ist ganz eindeutig: Weder gibt es dort irgendwelche gefährliche Strömungen, noch Untiefen oder andere geländemäßige Besonderheiten, die das Unglück verursacht haben könnten. Eine Gruppe Jugendlicher, die dort badete, sagte uns ganz erstaunt, weil sie von dem Tod der Soldaten noch nichts wußte: „Wie kann man hier ertrinken, wir baden hier doch immer — schon lange Zeit!“. Ganz eindeutig steht mittlerweile fest, daß es Zeugen gibt, die noch kurz vor der Übung im Kanal gesehen haben, wie die Soldaten in lockeren Sanddünen raut und rumpel gescheucht wurden, daß sie völlig fertig waren und schon entkräftet in den Kanal geschickt wurden.

Daran ändern auch die Stellungnahmen der Bundeswehr nichts, die von einer Stunde Pause vor der Kanaldurchquerung spricht, die jetzt versucht zu beweisen, es läge an Pommes

oder an Bier, oder was die Soldaten möglicherweise vorher zu sich genommen haben. Fest steht, daß alle drei an Herzkreislauf-Versagen „kollabierten“, wie es heißt.

Auch die Stellungnahme des Ministeriums von Donnerstag, dem 6.8. ist mittlerweile widerlegt. Von dort verlautete, das sei „der normale Teil einer Pionier-Übung gewesen.“ Doch unter welchen Umständen ist diese Übung gelaufen?

• Zunächst ist zwingend vorgeschrieben, daß eine so extreme Hitze bei den Übungsteilen, wann, wo und wie lange sie angesetzt werden, berücksichtigt werden muß.

• Zum anderen liegt mindestens ein offener Verstoß gegen die „Zentrale Dienstvorschrift für den Pionierdienst“ vor: Diese Kanaldurchquerung mit Stiefeln ist nicht erlaubt. Der Zugführer hätte ausdrücklich darauf achten müssen, sogar befehlen müssen, die schweren Dinger auszuziehen.

An einem so brütend heißen Tag Soldaten den ganzen Tag durchs Gelände zu scheuchen, sie am Abend mit den schweren Klamotten in den Kanal zu jagen — da kann uns keiner erzählen, es sei zu einem unvorhersehbaren Unfall gekommen.

Wir verlangen restlose, öffentliche Aufklärung über die Vorgänge am Tage und Abend des 5.8. Wir fordern harte Bestrafung aller Verantwortlichen für den Tod der drei Kameraden.



Ertrunken: Hans Stobinski (20). Ertrunken: Andreas Böhmer (21). Ertrunken: Thomas Kurzat (20).

Militär-Zensur an Bayerns Schulen

Um ihre aggressiven militaristischen Ziele zu erreichen, schrecken die Politiker der bayerischen Staatsregierung vor keinem Mittel zurück, auch nicht vor offizieller politischer Zensur und offenem Verfassungsverstoß. Neuerliches Beispiel: die diesjährigen Abiturprüfungen.

Kriegsstrategien und Atomrüstung waren Bestandteil dieser Abituraufgaben im Fach Sozialkunde unter dem Thema „Sicherheitspolitik“. Und eine gute oder gar sehr gute Note bekam nur, wer sich voll und ganz für die NATO-Atomrüstung ausgesprochen hatte!

Es sollte ein Text aus der Bundeswehrzeitschrift „Informationen für die Truppe“ behandelt werden. Darin wurde unter anderem der Standpunkt vertreten, die „Logik der Abschreckung“ beruhe nicht mehr auf der Fähigkeit zur Verteidigung. Vielmehr könne man die „Erfordernisse der wechselseiti-

gen Abschreckung“ auf die Formel bringen, „daß die strategischen Waffensysteme als Faktoren der Bestrafung unverwundbar und die zivilen Gesellschaften als Geiseln für die wechselseitig friedlichen Absichten unverwundbar sein müssen“.

Zu den Aufgaben, die den Schülern dabei gestellt wurden, gehörte diese: „Beschreiben Sie die Situation der Bundesrepublik Deutschland auf das im Text dargestellte moderne Verteidigungs- bzw. Abschreckungsverhältnis und zeigen sie Konsequenzen auf, die sich daraus für die Verteidigungspolitik ergeben.“

Was für Konsequenzen man hören wollte, was für Konsequenzen die Schüler anzugeben hatten, wenn sie eine gute Note erhalten wollten, das wurde den Korrektoren der Arbeiten in vertraulichen Unterlagen mitgeteilt. Darin fanden sich ausschließlich Argumente, die die massive atomare Aufrüstung forderten. Ein „guter Schüler“ mußte demnach zum Beispiel das „Interesse an der nuklearen Präsenz der USA in der Bundesrepublik Deutschland“, sowie das „Interesse an der Stationierung zahlreicher Truppen aus dem Bündnis in der Bundesrepublik“ darstellen!

Ebenso gefordert wurde der Hinweis auf die angeblich „notwendige Abhängigkeit von einer Großmacht mit entsprechenden nuklearen Abschreckungskapa-

zitäten“ und die „zuverlässige Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das Abschreckungskonzept der Großmacht USA“.

Den Anspruch aufs Abitur, eine der Grundlagen für weitergehende höhere Bildung und spätere einflußreiche Tätigkeit in der Gesellschaft, sollen also nur noch Leute haben, die voll zur Atomkriegsstrategie der NATO stehen. Um das zu erreichen, üben die bayerischen Landesfürsten eine höchst offizielle und kaum noch verschleierte Zensur aus und brechen damit selbst das von ihnen so oft beschworene Grundgesetz.

Diese Zensurmaßnahmen müssen fallen! Die schuldigen Politiker müssen zur Verantwortung gezogen werden!

Partia libre...

begeistert kommentierten Juan und die anderen heimkehrenden Nicaraguaner die Ankunft in Managua. „Compa“, „Hermano“ (Genosse, Bruder) — die üblichen Anreden unter Freunden und Genossen; Umarmung und Begrüßung der trotz der späten Stunde auf dem Flughafen wartenden Freunde und Familienangehörigen.

Selbstgemalte und gedruckte Transparente und Wandzeitungen im Flughafengebäude mobilisieren zur Teilnahme an den bevorstehenden Feiern zum 2. Jahrestag der Revolution und zum 20. Jahrestag der Gründung der FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional):

„Nach 20 Jahren Kampf schwören wir, den Sieg zu verteidigen“

„Wir haben gesiegt und sind wir frei — niemals werden wir zulassen, daß wir wieder versklavt werden“.

Diese beiden Parolen stehen im Mittelpunkt — nicht nur auf dem Kundgebungsplatz, sondern auch in den Markthallen, an den Eingängen zu den Fabriken, an den Häuserwänden und auf den über die Straßen gespannten Transparenten in den „Colonias“, den Stadtteilen.

40 Jahre Somoza-Diktatur und Unterwerfung des Landes unter die Interessen und die Profitsucht der Imperialisten, aber auch die aktuellen Angriffe auf die Revolution machen diese Forderungen verständlich.

Da werden Somoza-Soldaten in Miami (USA) ausgebildet, da sind Tausende von ihnen an der honduranischen Grenze im Norden stationiert und starten von dort aus ständige Grenzprovokationen: Über 30 nicaraguanische Bauern und Soldaten wurden seit der Befreiung von diesen konterrevolutionären Banden ermordet, hinzu kommen Sabotageakte, Zerstörungen, Viehraub.

Im Pentagon liegen Einsatzpläne für Marineeinheiten vor, seit Mitte Juli sind amerikanische Truppen (als Berater getarnt) aus El Salvador in Honduras aufgetaucht.

Patria Libre ... O Morir (Freiheit oder Tod, wörtlich: freies Vaterland oder Sterben), diese Kampfparole der Sandinisten gilt auch noch heute.

Es ist Sonntag, der 19. 7. 1981, der 2. Jahrestag der Befreiung von jahrzehntelanger blutiger Unterdrückung, Ausbeutung und Verelendung. Ein zerstörtes Nicaragua, zerstörte Fabriken und Wohnviertel, auseinandergerissene Familien, 50000 Tote, Analphabetentum und Verelendung, das hatte Somoza hinterlassen; auf diesen Trümmern mußte der Aufbau vor zwei Jahren beginnen.

Nach kurzer Nachtruhe — wie Tausende von Nicaraguanern hatte ich bis spät in die Nacht mit Freunden aus der Volksmiliz und den sandinistischen Verteidigungskomitees, kurz CDS (Comités de Defensa Sandinista) genannt, „vorgefeiert“ — wurden wir kurz nach 5.00 Uhr von Musik, improvisiert auf Kanistern, Kochtöpfen und anderen musikähnliche Töne produzierenden Geräten und Lautsprecherwagen geweckt und aufgefordert, zum Treffpunkt für den Demonstrationszug aus unserem Stadtteil zu kommen und uns in die Demonstration Richtung „Platz des 19. Juli“ einzureihen.

„Todo a la Plaza — alle auf den Platz!“



„Wir schwören, ANIVERSARIO den Sieg zu verteidigen“

Reportage über die Revolutionsfeiern in Nicaragua

Vor zwei Jahren hat das Volk von Nicaragua nach langen opferreichen Kämpfen das Regime des Diktators Somoza gestürzt und das Land aus dem Griff des amerikanischen Imperialismus befreit. Mit einer gewaltigen Massenkundgebung, an der sich eine halbe Million Menschen beteiligte, wur-

In allen Stadtteilen, in allen Regionen des Landes setzten sich an diesem Morgen die Demonstrationen in Bewegung, die alle das gemeinsame Ziel hatten: — Dabeizusein auf dem Platz des 19. Juli,

— Teilnahme an der Feier und bei der Bekanntgabe der ange-

nicht nur aus Managua, sondern aus allen Landesteilen: Campesinos aus dem Süden und Norden, Fabrikbelegschaften, Gruppen der Volksmiliz.

Den letzten Kilometer reihen wir uns wieder ein, marschieren vorbei an den am Rand des Platzes aufgebauten Erfri-



kündigten neuen Gesetze und Verordnungen.

Die Straßen und Häuser sind rot/schwarz, den Farben der Frente Sandinista und blau/weiß, den Farben Nicaraguas beflaggt. Auf den mitgeführten Transparenten und Schildern wiederholen sich die schon Tage vorher von den Massenorganisationen und Gewerkschaften auf alle zur Verfügung stehenden Mauern und Häuserwände gemalten und gesprühten Parolen:

- Gegen die Kapitalflucht: Beschlagnahmung!
- Kampf gegen die Konterrevolution: organisiert Euch in den Volksmilizen!
- Das Land denen, die es bebauen!
- Gegen Unehrlichkeit und Bürokratismus: Amtsenthebung!
- Nach 20 Jahren Kampf und 2 Jahren Aufbau — Vorwärts mit der Revolution!
- Hartes Durchgreifen und exemplarische Bestrafung der Feinde der Volksmacht!

und natürlich die beiden oben erwähnten zentralen Parolen.

Um einen besseren Überblick über den Anmarsch und das Eintreffen der verschiedenen Demonstrationen zu bekommen, klettern wir auf einen mit Fahnen und Transparenten geschmückten Lastwagen, der Richtung Platz fährt.

schungs- und Imbißbuden mit ihrem Angebot an eisgekühltem Wasser, Säften, Eis, Tortillas, Reis, gegrilltem Fleisch, gegrillten und frischen Bananen, Ananas und Kokosnüssen und kommen endlich auf den Platz, kämpfen uns durch die jetzt schon zu zehntausenden Versammelten, um möglichst weit vorne zu sein.

Man kann sich kaum bewegen, umfallen wäre angesichts der dicht zusammenstehenden Menschenmenge überhaupt nicht möglich. Vor uns, nur von ein paar Menschen getrennt, die Spalier bildenden Milicianos der Volksmiliz und eine lange Reihe von Alphabetisatoren, denen es im letzten Jahr, dem „Jahr der Alphabetisierung“ gelang, die Analphabetenquote von über 50 auf 10 Prozent zu senken.

Dahinter die Ehrentribüne, auf der nach und nach die Delegationen aus 42 Ländern (vielen revisionistischen Ländern, aber auch aus der BRD) Platz nehmen und die Tribüne, auf der die „Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional“ (Regie-

de der zweite Jahrestag des Sieges in der Hauptstadt Managua gefeiert. Eine Leserin des „Roten Morgen“ war dabei. Im folgenden Bericht schildert sie ihre Eindrücke von der großen Massenkundgebung und vom aktuellen Stand der Revolution in Nicaragua.

„Yankees — Feinde der Menschheit!“

Zwei riesige Transparente hinter den Tribünen bestimmen das Bild: General Augusto César Sandino, Organisator des Kampfes für die nationale Befreiung, der 1934 ermordet wurde und Carlos Fonseca, Gründer der FSLN auf dem einen und auf schwarz-rot-weißem Hintergrund, den Farben der Revolution, die Köpfe der Gründungsmitglieder der FSLN von 1961, von denen nur Tomas Borge den Kampf um die Befreiung überlebte.

Begeisterter Beifall, als die Anwesenheit von Dr. Guillermo Ungo von der Frente Democrático Revolucionario (FDR) aus

Bedingungen und Schwierigkeiten erklärt. Kuba zum Beispiel wird von den Sandinisten als Beispiel einer erfolgreichen Revolution gegen den amerikanischen Imperialismus gesehen, vor der revisionistischen Entartung dieses Landes verschließt man die Augen.

Die Revolution in Nicaragua wurde nicht von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt, sondern von einer Front, der sandinistischen Front, in der sowohl das Bürgertum, große Teile der Intelligenz, des Kleinbürgertums und nur zu einem Teil proletarische Revolutionäre, organisiert sind; einer Front, die nach der Befreiung weitgehend die aus der Somoza-Zeit bestehenden Wirtschaftsstrukturen übernahm. Der Großteil des Wirtschaftssystems blieb in den Händen der Bourgeoisie, verstaatlicht wurden nach der Revolution nur die Banken, der Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten und der riesige Besitz der Somoza-Familie, bestehend aus 30 Prozent des bebaubaren Landes, 40 Prozent der Industrieanlagen, 55 Prozent des Dienstleistungsbereichs und 99 Prozent des Bergbaus.

Die Forderungen der Bauern nach umfassender Landverteilung, die Forderung der Arbeiter nach Verstaatlichung der Betriebe waren nicht — noch nicht — erfüllt worden. Große Erwartungen und Spannung deshalb auf Seiten der über 500000 Kundgebungsteilnehmer auf dem Platz. Denn heute sollen



El Salvador bekanntgegeben wurde. Sympathie und Begeisterung auch bei der Begrüßung der Delegationen aus Kuba und Vietnam. Der gemeinsame Kampf gegen die „Yankees — enemigos de la humanidad“ (Feinde der Menschheit), wie es in der Hymne der FSLN heißt, ist das Bestimmende, das Entscheidende. Die aktuellen Probleme dieser Länder werden mit dem Hinweis auf die ja tatsächlich vorhandenen objektiven

einschneidende Maßnahmen der Regierung gegenüber dem Kapital und dem Großgrundbesitz bekanntgegeben und der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die neuen Gesetze

Mit Jubel, „patria libre“ und „poder popular“-Rufen werden die Genossen der FSLN und der Regierung begrüßt, dann atem-

lose Stille, als Daniel Ortega Saavedra, Koordinator der Regierung nach einer Einschätzung der internationalen Lage und dem Vorgehen der USA (die mit Kreditsperre, Weizenboykott, Kontrolle des Internationalen Währungsfonds und Vetorecht bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank, sowie Forderung nach sofortiger Rückzahlung geleisteter Kredite den wirtschaftlichen und finanziellen Druck auf Nicaragua in den vergangenen Monaten verstärkt haben) die von der Regierung beschlossenen Gesetze der Reihe nach vorträgt und nach jeder vorgeschlagenen Maßnahme fragt:

„Brüder, seid Ihr mit der vorgeschlagenen Maßnahme einverstanden“ oder „Billigt diese Versammlung die vorgeschlagene Maßnahme?“.

Riesenbeifall, Handheben, Bal-len der Faust, Schwenken der Fahnen, begleitet von lauten „Si“- und „poder popular“-Rufen — das ist die Antwort der 500000 auf diese Fragen.

Mit der jetzt vorgeschlagenen **Agrarreform**, nach der alles Brachland, alle unzureichend genutzten Agrarflächen und das von den Großgrundbesitzern seit langem verpachtete Land enteignet und den Bauern, Pächtern oder landwirtschaftlichen Kooperativen übergeben werden soll, hat die Regierung endlich eine seit langem bestehende Forderung der Campesinos erfüllt. Eine Forderung, der die Campesinos in den letzten Monaten mit verstärkten — allerdings durch den Einsatz der sandinistischen Polizei (!!) wieder rückgängig gemachten — Landbesetzungen Nachdruck verliehen hatten.

Auch das **Gesetz über die Enteignung** von 14 namentlich aufgeführten Unternehmen, verbunden mit dem **Gesetz gegen die Kapitalflucht** wird erst jetzt, aufgrund des Drucks der Arbeiter und nach unzähligen Fabrikbesetzungen, verkündet.

Die Zustimmung zu diesen Maßnahmen ist begleitet von Zwischenrufen nach weiteren Verstaatlichungen, konkret der „Prensa“, jener Zeitung, die mit einer seit Monaten andauernden Verleumdungskampagne gegen die Politik der Regierung vorgeht und um die sich heute der wichtigste Teil derer schart, die sich zum Kampf gegen das, wie sie es nennen „totalitäre marxistische Regime“ der sandinistischen Front verschworen haben.

Auch andere Betriebe werden genannt, deren Enteignung von den Massen gefordert werden, doch es bleibt bei den 14 aufgeführten Unternehmen.

Bemerkungen wie „Ich habe mehr erwartet“, oder „Wir haben sie (die Kapitalisten) kaum angetastet“, drücken die, trotz vorherrschender Begeisterung und Zustimmung, vorhandene Enttäuschung und Ernüchterung aus.

Auch die weiteren Maßnahmen der Regierung:

- Verstaatlichung des Zuckerhandels,
- Verstaatlichung der gesamten Exporte,
- Unterstellung der landwirtschaftlichen Kooperativen unter die Führung des Landwirtschaftsministeriums,
- Konfiszierung des Privateigentums derjenigen Nicaraguaner, die sich seit mehr als sechs Monaten außerhalb Nicaraguas aufhalten,
- Übertragung des Wohnbesitzes auf die Mieter,
- Unterstellung der Volksmiliz unter die Führung des Verteidigungsministeriums, werden begeistert, aber mit hörbarer Abschwächung angenommen.

Widersprüchliche Maßnahmen

Die dann folgenden einschneidenden Maßnahmen, eingebettet in die Erklärung über die Notwendigkeit den wirtschaftlichen Aufbau verstärkt anzupacken und voranzutreiben, wurden von den Versammelten auf dem Platz in ihrem vollen Ausmaß und ihren Auswirkungen in der vorherrschenden Begeisterung noch gar nicht richtig erfaßt:

- Verbot der Fabrik- und Landbesetzungen,
- Verbot von Streiks, Verbot von Versammlungen während der Arbeitszeit, Verbot von Arbeitsniederlegungen.

Der Widerspruch zwischen diesem Angriff auf Kampfformen der Arbeiter und Bauern und der anschließenden Rede von Tomas Borge, Kommandanten der Revolution und Führungsmitglied der FSLN, der nach Daniel Ortega das Wort ergreift und sehr eindringlich über die Notwendigkeit der Mobilisierung der Massen, der Arbeiter und Bauern im Kampf um den Aufbau, im Kampf gegen die sehr selbstkritisch und offen dargestellten Probleme des Bürokratismus, der Korruption, der Unfähigkeit einzelner Beam-

ter in der Regierung und in der Verwaltung spricht, wird kaum bemerkt. Kein hörbarer Protest wird laut.

Die Freude und Begeisterung über die eingeleiteten Maßnahmen, die endlich die noch aus der Somoza-Zeit erhaltenen Wirtschaftsstrukturen — wenn auch vorsichtig — aufbrechen, ist größer, als das Nachdenken und Einschätzen der anderen Maßnahmen.

Mir geht es genauso. Erst jetzt beim Schreiben, beim Nachlesen der Reden, der Zeitungen vom Tag darauf, nach der Rekonstruktion der Gespräche mit den Genossen der Gewerkschaft der Frente Obrero und der Diskussion mit verschiedenen Nicaraguanern kann ich meine Eindrücke, Erfahrungen, Empfindung von diesem 19. 7. 1981 — auch in ihrer Widersprüchlichkeit — einordnen.

Teil zu sein an einer Versammlung von über 500 000 Menschen, die alle in der einen oder anderen Form am Kampf um die Befreiung beteiligt waren, Teil zu sein an einer Versammlung, die sich selbst als „gesetzgebend“ versteht — dieses Dabeisein war mitreißend, begeisternd, faszinierend.

Poder popular — Volksherrschaft war lebendig — mit all den oben beschriebenen Einschränkungen. Ich stand mitdendrin, zwischen Menschen, von denen ich persönlich wußte, daß und wie sie am Kampf gegen

Somoza beteiligt waren — ihre Begeisterung war fühlbar, sichtbar, riß mit.

Da war Vicente, der sich 1974 in den Kampf gegen die Somoza-Diktatur eingereiht hatte. Bilder seines Hauses wurden lebendig, durch dessen Hintertür, über Hinterhöfe hinweg die Genossen den Nationalgardisten entkommen konnten. Hinter mir stand Roberto, der seit seinem 11. Lebensjahr in den Reihen der Frente kämpfte, nachdem Somoza-Truppen seine 14-jährige Schwester umgebracht hatten.

Bilder der Häuser in Masaya, Rivas, Managua, die heute noch die Einschüßlöcher der MG-Salven aufweisen oder nur noch als Ruinen dastehen, tauchen auf.

Vor etwas mehr als zwei Jahren war unter Somoza selbst das Fußballspielen der Kinder wegen „Zusammenrottung“ verboten — und heute demonstrieren mehr als 500 000 Menschen.

Die Erinnerung in den Reden an die Kämpfe, ihre Opfer, an den Sieg vor zwei Jahren ist Rückbesinnung auf die eigene Erfahrung, die eigene Geschichte, den miterkämpften Sieg.

Patria Libre... dafür hat die Bevölkerung Nicaraguas gekämpft und dafür kämpft sie auch heute noch.

Nicaragua ist in Gefahr: Gefährdet von außen durch die konterrevolutionären Banden, aufgebaut und unterstützt vom

US-Imperialismus und durch die Angst vor der Beispielwirkung Nicaraguas auf die Länder Lateinamerikas, die nicht nur die Diktatoren dieses Kontinents in Unruhe versetzt. Für die USA ist Nicaragua neben Kuba der entscheidende Störfaktor in ihrem „Hinterhof“.

Gefährdet durch die innere Reaktion, den wirtschaftlichen Boykott der Unternehmer, die Kapitalflucht und durch das Abwürgen der Kämpfe der Arbeiter und Bauern, abgewürgt von der sandinistischen Regierung, die nicht noch größere Schwierigkeiten mit den bürgerlichen Kräften bekommen will.

„Adelante, marchemos compañeros avancemos a la revolución. Nuestro pueblo es el dueño de su historia, arquitecto de su liberación“.

(Vorwärts, Genossen, kämpfen wir für die Revolution. Unser Volk ist Herr der Geschichte, Architekt seiner Befreiung.)

Alle auf dem Platz Versammelten sangen zum Abschluß unter hochgehaltenen Fahnen und Transparenten und mit erhobenen, zur Faust geballten Händen diese Strophe aus der Hymne der Frente Sandinista. Ich hoffe und wünsche, daß es dem Volk von Nicaragua gelingt, dieses Ziel zu erreichen.



Reagans Haushalt

Kanonen statt Butter

WASHINGTON. — Die hemmungslose Aufblähung der Rüstungsausgaben, die brutale Zusammenstreichung von staatlichen Sozialausgaben und das Ausschütten von Steuergeschenken an die Reichen, insbesondere an das Monopolkapital — das sind die wesentlichen Elemente der Reaganschen Haushaltsplanung, die von Vertretern der US-Regierung als „historische Wende“ gefeiert wird.

Die Erhöhung der Militärausgaben um 26 Milliarden auf 136 Milliarden Dollar für das nächste Haushaltsjahr war von den Reagan-Leuten schon vor einiger Zeit ohne größeren Widerstand durch die parlamentarischen Gremien gebracht worden. Schwierigkeiten gab es dagegen mit dem Steuerprogramm der Regierung. Reagan wollte die Einkommenssteuersätze am 1. Oktober um 5 Prozent und am 1. Juli 1982 sowie am 1. Juli 1983 noch einmal um jeweils 10 Prozent senken.

Dieses Programm hatte selbst der nicht gerade antikapitalistischer Neigungen verdächtige Edward Kennedy, Spitzenpolitiker der Demokratischen Partei, als einen „grausamen Schwindel“ bezeichnet. „Der Leiden und Härten für die meisten Amerikaner und Sondergewinne für einige wenige Privilegierte bringen wird.“ Kennedys Partei hat im Repräsentantenhaus, der zweiten Kammer des amerikanischen Parlaments, die Mehrheit, und so war es bis zuletzt fraglich, ob Reagans Steuerprogramm dort durchkommen würde. Bei der Abstimmung dann votierten jedoch 48 Demokraten mit Reagans Republikanern und verschafften dem Programm eine satte Mehrheit.

Der Präsident selbst hatte sich unmittelbar vor der Abstimmung massiv in die über alle Medien betriebene Propagandakampagne für die Steuersenkungen eingeschaltet, wobei er — wie es dem Stil des „neuen“ Amerika entspricht — auch die Bibel bemühte: „Der Herr sagte“, so verkündete es Reagan, „wenn ich Dich zehnmal so reich mache, wirst Du zehnmal soviel geben. Er sagte nicht, Du wirst siebzigmal soviel geben.“ Und damit hatte sich der Herr für drastische Steuersenkungen bei denen ausgesprochen, die er zehnmal so reich gemacht hat wie andere.

Genau das ist denn auch der Kern des Reaganschen Programms, der sofort deutlich wird, wenn man die jetzt zu erwartenden Steuererleichterungen auf die verschiedenen Einkommensgruppen umrechnet. Ein Alleinstehender mit einem Jahreseinkommen von 20 000 Dollar etwa wird im nächsten Jahr ganze 40 Dollar an Steuern einsparen. Derjenige, dessen Einkommen bei bis zu 50 000 Dollar liegt, spart immerhin schon 750 Dollar ein und bei über 50 000 Dollar steigt dann die Steuererleichterung schon auf 2 100 Dollar an.

Wer viel verdient, profitiert real von den Steuersenkungen; die anderen müssen in die Röhre

schauen. Aber das ist noch nicht alles: Reagans Steuerprogramm schüttet darüber hinaus noch ein wahres Füllhorn an Steuergeschenken über die Kapitalisten aus. So wird der Höchststeuersatz auf Kapitalsteuern von 70 auf 50 Prozent gesenkt. Kapitalerträge aus dem Verkauf von Aktien und anderen Vermögenswerten werden rückwirkend ab Juni nur noch mit 20 Prozent besteuert. Und rückwirkend ab 1. Januar tritt eine Neuordnung der Abschreibung in Kraft, wonach jetzt Fahrzeuge, Geschäftseinrichtungen und Forschungsgeräte in drei Jahren, Maschinen in fünf Jahren und Fabrikgebäude in 15 Jahren abgeschrieben werden können.

Allein durch diese Neuordnung werden die Körperschaftsteuern in den nächsten Jahren um etwa 40 Prozent sinken. Insgesamt werden diese Steuergeschenke bis 1986 die riesige Summe von 733 Milliarden Dollar umfassen.

Den Reichen wird gegeben, den Armen genommen: Die Reagan-Leute haben ein selbst in der amerikanischen Geschichte einmaliges Programm der Streichung von Sozialleistungen herausgearbeitet. Allein im nächsten Haushaltsjahr werden es 35,2 Milliarden Dollar sein, die solchen Kürzungen zum Opfer fallen. Betroffen sind davon die Arbeitsbeschaffungsprogramme (was bedeutet, daß auf einen Schlag 300 000 Werktätige, die in diesen Programmen beschäftigt sind, auf die Straße fliegen), gestrichen wird beim sozialen Wohnungsbau, bei der Jugendausbildungsförderung. Die Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen wird ebenso eingeschränkt wie andere Beihilfen für Arme und Alte. Die Arbeitslosenhilfe wird gekürzt und auch die Bundeszuschüsse für die Städte und Gemeinden werden zusammengestrichen, was dann auf kommunaler Ebene weitere Sparmaßnahmen im sozialen Bereich auslösen wird.

Das ist also der Weg, auf dem Reagan „Amerika wieder stark“ machen will. Gestärkt wird allerdings die aggressive Kriegsmaschinerie und gestärkt werden auch die Konten der Reichen. Bezahlen müssen das alles die amerikanischen Werktätigen, vor allem diejenigen, die ohnehin schon in Armut leben müssen. Während die Reagan-Leute noch ihren Sieg im Repräsentantenhaus bejubelten, prophezeiten selbst konservative Journalisten den USA für die nächste Zeit Revolten, die selbst Brixton und Toxteth noch in den Schatten stellen würden.

Nicaragua: Vor und nach der Befreiung

Bilanz der Somoza-Diktatur

Als der Diktator A. Somoza Debayle II mit seinem Clan im Morgengrauen des 17. 7. 1979 Nicaragua verließ, hinterließ er eine bittere Bilanz der Zerstörung:

Bei den Kämpfen 1978/79 kamen ca. 35 000 bis 40 000 Menschen ums Leben.

Weitere 80 000 bis 110 000 Nicaraguaner wurden verwundet. Ungefähr 150 000 Menschen mußten infolge der Brutalität des Krieges, der mangelnden Versorgung und Repression der Nationalgarde (kleine ländliche Dörfer und ihre Bevölkerung wurden teilweise völlig ausgelöscht) das Land verlassen.

Rund 50 000 Kinder sind durch den Krieg zu Waisen geworden.

23 000 Wohnungen wurden völlig und weitere 30 000 wurden teilweise zerstört.

Insgesamt waren ca. 40 Prozent der Bevölkerung von den Auswirkungen des Befreiungskampfes besonders hart betroffen.

Durch die Zerstörung von Krankenhäusern, die Abwanderung von Ärzten und Fachkräften und infolge des Mangels an Medikamenten hatte sich die Situation im ohnehin unzureichenden Gesundheitssektor drastisch verschlechtert.

Besonders betroffen war auch der wirtschaftliche Bereich: Industrieanlagen waren zerstört, Geschäfte und Fabriken lagen in Schutt und Asche, die Felder wurden in der Zeit des Krieges nicht bebaut oder waren von Bomben und Granaten umgegraben worden.

Mehr als die Hälfte der Waren wurde aus den Warenlagern geplündert und zum Großteil außer Landes gebracht.

Zudem hat Somoza dem Land eine Auslandsverschuldung von fast zwei Milliarden Dollar hinterlassen, Gelder, die er für die Waffenkämpfe ver-

wendete, mit denen er die Volks- erhebung bekämpfte.

Das Erbe der Diktatur waren ein zerstörtes Land, eine ruinierte Wirtschaft und ein hungerndes Volk.

Entwicklung seit der Befreiung

Die erste Maßnahme zum Wiederaufbau war die Verstaatlichung des gesamten Besitzes der Somoza-Familie, die Verstaatlichung der Banken, Verstaatlichung des Außenhandels mit agrarischen Produkten.

In den ersten Tagen nach der Vertreibung wurden die bürger-

sandinistische Armee geschaffen, sowie mit dem Aufbau der Volksmilizen begonnen, die konterrevolutionäre Anschläge auf Fabriken, Wohnviertel und infrastrukturelle Einrichtungen abwehren sollen.

Ziel der ökonomischen Wiederherstellung ist die Erreichung des Brutto-Inlandproduktes von 1978, ein zweites und mittelfristiges Ziel ist die Reduzierung der Auslandsabhängigkeit Nicaraguas. Monokulturen wie Kaffee, Baumwolle und Zucker sollen vorläufig beibehalten werden, um den Devisenbedarf zu decken. In Zukunft sollen sie jedoch in ihrer Bedeutung für den Außenhandel zurückgedrängt werden.

Weiter bemühte sich die Re-



Kämpfer der sandinistischen Befreiungsfront bei der Vorbereitung der Offensive gegen das Somoza-Regime.

lichen Grund- und Freiheitsrechte wieder in Kraft gesetzt, die Todesstrafe wurde abgeschafft.

Weitere gesetzliche Beschlüsse waren das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, das Streikrecht, die rechtliche Gleichstellung ehelicher und nicht-ehelicher Kinder, kostenloser und obligatorischer Unterricht für die erste und zweite Schulstufe.

Weitere Schritte waren die Befreiung aller politischen Gefangenen, die Abschaffung der Gerichte der Diktatur und die Schaffung von Revolutionsgerichten.

Um der Gefährdung durch die konterrevolutionären Banden entgegenzutreten, wurde die

gierung der kleinen Baumwollproduzenten in Kooperativen zu organisieren. Das wichtigste und unmittelbarste Ziel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist die Forderung der Landwirtschaft zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung. Der Hunger stellte für das neue Nicaragua ein Hauptproblem dar.

Weitere Punkte des Wirtschaftsplans sind die Errichtung von sechs neuen Krankenhäusern, von mehr als 200 Primarschulen und der Bau von 2 500 Wohnungen. Zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit (1979: 32 Prozent) sieht der Plan Subventionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vor.

Für die Durchführung des Wiederaufbauprogramms und

die Bekämpfung der Kriegsfolgen benötigt Nicaragua internationale Hilfe, die jedoch mit enormen politischem Druck der kapitalistischen Länder verbunden ist, die versuchen die Regierung in ihren Maßnahmen von außen zu beeinflussen.

Massenorganisationen in Nicaragua:

CDS = sandinistische Verteidigungskomitees, sind die am weitesten entwickelten Massenorganisationen auf Stadtteil-/Straßenebene. In jedem CDS werden Verantwortliche für Erziehung, Kultur und Sport, Wohnungswesen, öffentlicher Verkehr, für Gesundheit und für Sicherheit gewählt. Entsprechende Ressorts gibt es auf allen Stufen. Die CDS sind im Kriegsfall die kleinsten Verteidigungseinheiten.

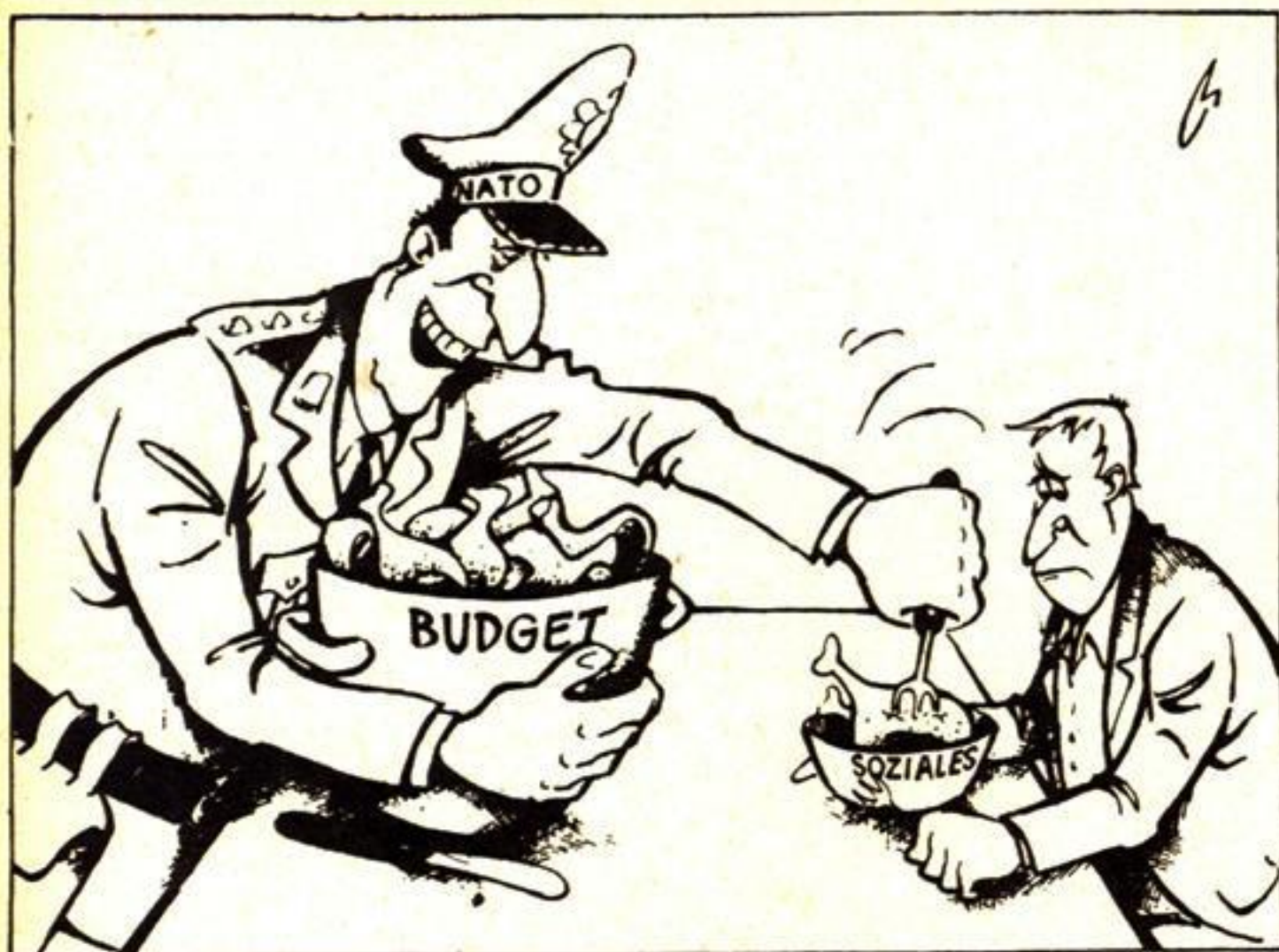
Juventud Sandinista de 19 de Julio = sandinistische Jugendorganisation, die bei der Leitung und Durchführung der Alphabetisierungskampagne eine große Rolle spielte. Diese Organisation soll alle Jugendlichen Nicaraguas vereinigen.

CST = Central Sandinista de los Trabajadores (sandinistische Gewerkschaftsorganisation), die zur Zeit mit Vertretern anderer Gewerkschaften (darunter der Frente Obrero) über die Schaffung eines einheitlichen Gewerkschaftsverbandes, das heißt den Zusammenschluß der verschiedenen Gewerkschaften, diskutiert.

ATC = Asociación de Trabajadores del Campo (Landarbeiterorganisation, in der 80 Prozent aller Bauern organisiert sind).

AMNLAE = Asociación de Mujeres Nic., Luisa Armandas Espinoza (Frauenorganisation, benannt nach Luisa Armandas Espinoza, der ersten Frau der FSLN, die im Kampf fiel. Aufgabe der Frauenorganisation ist es, die Frau in den revolutionären Prozeß zu integrieren.

ANDEN = Asociación de Educadores de Nicaragua (Lehrerorganisation).



Leinen los zur Friedensfahrt

DEN HAAG. — Wollen Sie einen möglichen Krieg in Europa überleben? Dann buchen Sie schnell!

Nämlich einen Platz auf der Bison, dem Schiff eines Reeders im holländischen Scheveningen. Reiseziel: Südamerika, Abfahrt: sobald der Krieg ausbricht.

Aber Beilung ist wirklich dringend geboten! Denn das Schiff hat nur begrenzte Kapazität, und der Andrang ist groß. Natürlich ist die Platzreservierung nicht billig. Dafür liegt die Bison ständig abfahrbereit, mit genügend Nahrung und 90 Tonnen Öl an Bord.

Die Angst vor dem Krieg kann auch ein Geschäft sein. Das hat dieser holländische Reeder gut erkannt. Sein Angebot kann auch nur von gut betuchten Leuten wahrgenommen werden.

„Was tun Sie bei drohender Kriegsgefahr?“, so fragt der Geschäftsmann im Rahmen einer Zeitungsanzeige. Und er

schließt eine weitere Frage an: Sind Sie im Besitz einiger Kapitals? Denn das wird notwendig sein!

Der Tarif für eine vierköpfige Familie — Mann, Frau, zwei Kinder — liegt zwischen 40000 und 60000 Gulden (ungefähr 35000 bis 55000 Mark).

Für Einzelpersonen sollen 20000, für ein einzelnes Kind 15000 Gulden bezahlt werden.

„Pech“ hat man, wenn der Krieg nicht innerhalb von fünf Jahren tatsächlich eintritt: Dann ist das Geld verloren.

Strauß läßt KZ-Häftling verurteilen



WÜRZBURG. — Das hier abgebildete Plakat stand im Mittelpunkt eines von Franz Josef Strauß angestrebten Strafprozesses gegen den 69-jährigen Rentner Friedrich Kröckel. Es befand sich an einem Wagen, mit dem Kröckel im Oktober '80 an einer von ihm angemeldeten Demonstration gegen den Besuch chilenischer Faschisten in der Bundesrepublik voranfuhr.

Das Urteil: 200 Mark Geldstrafe und die Verpflichtung, die Kosten für eine Veröffentlichung des Urteils in der Würzburger Lokalpresse zu tragen. Denn auf dem Plakat werde Strauß mit Hitler verglichen, und damit sei die Grenze der verfassungsgarantierten Meinungsfreiheit überschritten.

Peinlich allerdings war es selbst dem Gericht und unangenehm selbst dem angeblich beleidigten Strauß, daß sie mit Friedrich Kröckel einen stand-

festen Antifaschisten, den die Nazis jahrelang in KZs gesperrt und noch 1945 zum Tode verurteilt hatten, den sie eigentlich ermorden wollten, vor Gericht gezerrt hatten. Denn damit wurde für jeden die hinter dem Prozeß stehenden reaktionären Absichten klar.

Den Staatsanwalt hinderte das allerdings nicht, eine Verurteilung Friedrich Kröckels auch nach Paragraph 86a, der die „Verwendung und Verherrlichung von NS-Symbolen“ unter Strafe stellt, zu fordern. Er stützte sich dabei darauf, daß auf dem Plakat ein Hitler-Kopf zu sehen ist! Da mochte das Gericht im eigenen Interesse nicht mitziehen; eine solche Verurteilung sei angesichts der Persönlichkeit des Angeklagten „absurd“.

Dieses Urteil ist eine Ungeheuerlichkeit. Zur „Ehrenrettung“ des brutalen reaktionären Rechtsaußen Strauß wird ein Opfer der Hitler-Diktatur dafür bestraft, daß er es gewagt hat, auf die Gefahr einer Wiederholung der faschistischen Greuel-taten hinzuweisen!

Obst ist gesund

BONN. — „Iß mehr Obst, und Du bleibst gesund“ — wer kennt sie nicht, die Reklame auf den Obsttüten. Und es besteht kein Zweifel: Wenn es nicht gerade mit irgendeinem „Schutzmittel“ verseucht ist, bietet Obst einen schmackhaften und gesunden Genuß. Vor dem Genuß steht allerdings das Bezahlen, und das kommt manchen sauer an, wenn er die erheblichen Preise betrachtet.

Für die Preise allerdings wird etwas getan. Damit sie nicht fallen, versteht sich, denn Fallen ist schmerzhaft, in diesem Fall für die Großhändler und die Agrarkapitalisten.

Deshalb haben kluge Menschen wirkungsvolle Maßnahmen dagegen entwickelt, die, das muß allerdings gesagt werden, nur in unserem freien, „marktwirtschaftlichen“ — von manchen „kapitalistisch“ genannten — Wirtschaftssystem voll greifen. Sie bestehen durch ihre Einfachheit und Genialität. Deshalb werden sie auch alle Jahre wieder eingesetzt.

Wir sprechen von der Vernichtung großer Mengen dieses gesunden und schmackhaften Nahrungsmittels.

Im Wirtschaftsjahr 1979/80 zum Beispiel wurden eine Million Tonnen einwandfreies Obst und Gemüse vernichtet. Das ist nicht die Summe auf der ganzen Welt, sondern nur in der Europäischen Gemeinschaft (EG),

die somit wieder einmal unter Beweis stellte, welch segensreiche Einrichtung sie ist.

Eine Tonne, das sind 1000 Kilogramm (oder 2000 Pfund). Eine Million Tonnen sind demnach eine Milliarde Kilogramm. Bildlich ausgedrückt: ein bis zwei Milliarden Tüten voll mit gesundem, schmackhaftem Obst und Gemüse.

Wer Einschlafschwierigkeiten hat, der kann, statt die bekannten Schäfchen zu zählen, diese Tüten an seinem geistigen Auge vorbeiziehen lassen. Er hat bestimmt mehrere Nächte was davon. Aber vielleicht vergrößern sich die Schlafschwierigkeiten eher; es sei denn, man gehört zu denen, deren Gewinne dadurch gerettet wurden...

Natürlich sind die Vernichtungsaktionen nicht umsonst. Sie sind nicht einmal billig, aber es war bekanntlich schon immer etwas teurer, einen besonderen Geschmack zu haben.

250 Millionen Mark hat die EG-Aktion im genannten zwölfmonatigen Zeitraum gekostet. 25 Pfennig bezahlte der EG-Bürger (denn die Rechnung wurde natürlich aus Steuergeldern beglichen) für jedes Kilo Obst, das er nicht zu kaufen und nicht zu essen bekam. Dafür war dann das, was er tatsächlich kaufte und aß, entsprechend teuer. 25 Pfennig — ist das nicht günstig? 25 Pfennig, eine Milliarde mal...

Na, dann guten Appetit!

Kartoffeldiebe

HANNOVER. — Deutschlands Lebensmittelhändler wissen, was sie ihren Kunden schuldig sind. Sie sind stets bemüht, nicht nur über die Qualität, sondern auch über die weltberühmte Stabilität der bekanntermaßen niedrigen Preise der Lebensmittel zu wachen.

Und was bedroht diese Preisstabilität? Na, der Ladendiebstahl! Das ist doch wohl klar. Denn der ehrliche Kunde muß die geklaute Ware mitbezahlen. Deshalb wird sich der Geschäftsführer eines hannoverschen Lebensmittel-Supermarktes durch die im folgenden beschriebene Maßnahme bei den Bürgern seiner Stadt sicher ebenso beliebt gemacht haben, wie bei uns.

Eines Tages betrat eine 78 Jahre alte Frau seinen Laden. Wer hätte bei einer so alten Frau eine derartige Gerissenheit erwartet, wie sie sie hier an den Tag legte: Während sie fünf Pfund Kartoffeln zur Kasse brachte und bezahlte, steckte sie eine weitere Kartoffel heimlich ein.

Glücklicherweise war unser Geschäftsführer wachsam. Der

Lebensmitteldiebstahl wurde bemerkt, die heimtückische Diebin gestellt, die Kartoffel konnte ihr wieder entrissen werden. Mit der dem deutschen Krämer eigenen Gründlichkeit ließ der Geschäftsführer die Kartoffel auswiegen, stellte einen Wert von drei Pfennigen fest und berechnete der räuberischen Person eine wohl mehr als gerechtfertigte Bearbeitungsgebühr von zehn Mark. Da die Frau weder bezahlen wollte noch sich ausweisen konnte, sah er sich gezwungen, die Polizei zu holen, die den Fall der Staatsanwaltschaft zuleitete. Recht so!

Mit Sorge allerdings mußten wir inzwischen hören, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren niederschlagen will. Ja, wo kommen wir denn da hin? Wird damit nicht ein unerträglicher Zustand der Rechtsunsicherheit geschaffen, der der Verwilderung der guten Sitten in unserem Land nur noch weiter Vorschub leisten kann? Wir rufen unsere Leser auf, ob dieses Fehlverhalten der Justiz gemeinsam mit uns sorgenvoll den Kopf zu schütteln!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eiler), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eiler 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 Karlsruhe 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 967702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.



Samstag 15. August, 22.20 Uhr, ARD

Ich habe Angst. „Polit-Thriller“ von Damiano Damiani: Es geht um einen Polizisten, der einen Richter vor faschistischen Terroranschlägen schützen soll und dabei einer Verschwörung auf die Spur kommt. Mit Gian-Maria Volonte und Mario Adorf.

...

Montag, 17. August, 22.35 Uhr, WDR, NDR, HR III

Journal 1870/71. In der Serie über den deutsch-französischen Krieg wird heute eine Reportage von Georg Stefan Troller gezeigt, die den Todeskampf der Pariser Kommune behandelt.

...

Dienstag, 18. August, 20.15 Uhr, WDR, NDR, HR III

Bertolt Brecht — gelesen und gesungen von Therese Giehse. Die verstorbene Brecht-Interpretin Therese Giehse hat dieses Programm mit 46 Titeln 1966 zusammengestellt.

...

Dienstag, 18. August, 22.10 Uhr, Südwest III

Open-Ohr-Festival 1981. Unter anderem mit Hanns Dieter Hüsch, Ulla Meineke und Dieter Hildebrandt.

...

Donnerstag, 20. August, 23.00 Uhr, ARD

Aus der Ferne sehe ich dieses Land. Film von Christian Ziewer und Antonio Skarmeta über die Schwierigkeiten einer chilenischen Emigranten-Familie mit ihrem Gastland.

...

Freitag, 21. August, 20.15 Uhr, ARD

Kirmes. Der ehemalige DEFA-Regisseur Wolfgang Staudte, den die ARD gegenwärtig in einer Werkschau präsentiert, war während der Adenauer-Zeit einer der wenigen westdeutschen Filmemacher, der immer wieder politische Themen aufgriff. In „Kirmes“ werden die Bewohner eines Eifeldorfes durch ein bei Ausgrabungen gefundenes Skelett an das Schicksal eines jungen Deserteurs in den letzten Kriegstagen erinnert. Mit Götz George und Juliette Mayniel.





Am 14. August jährt sich zum 25. Mal der Todestag Bertolt Brechts. Brecht, der sich schon in den 20er Jahren auf die Seite der revolutionären Arbeiterklasse gestellt hatte (und dessen mitreißende Kampflieder weltweite Verbreitung fanden), zeigte sich in seinen besten Werken („Die Mutter“, „Die Tage der Commune“ usw.) als Propagandist des Kommunismus von hohem dichterischen Rang.

Das hier abgedruckte Gedicht hat Brecht — von den Hitler-Faschisten aus Deutschland verjagt — im dänischen Exil geschrieben.

„Verjagt mit gutem Grund“

Ich bin aufgewachsen als Sohn Wohlhabender Leute. Meine Eltern haben mir Einen Kragen umgebunden und mich erzogen In den Gewohnheiten des Bedientwerdens Und unterrichtet in der Kunst des Befehlens. Aber Als ich erwachsen war und um mich sah Gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht Nicht das Befehlen und nicht das Bedientwerden Und ich verließ meine Klasse und gestellte mich Zu den geringen Leuten.

So Haben sie einen Verräter aufgezogen, ihn unterrichtet In ihren Künsten, und er Verrät sie dem Feind.

Ja, ich plaudere ihre Geheimnisse aus. Unter dem Volk Stehe ich und erkläre Wie sie betrügen, und sage voraus, was kommen wird, denn ich

Bin in ihre Pläne eingeweiht. Das Lateinisch ihrer bestochenen Pfaffen Übersetze ich Wort für Wort in die gewöhnliche Sprache, da Erweist es sich als Humbug. Die Waage ihrer Gerechtigkeit Nehme ich herab und zeige Die falschen Gewichte. Und ihre Angeber berichten ihnen Daß ich mit den Bestohlenen sitze, wenn sie Den Aufstand beraten.

Sie haben mich verwahrt und mir weggenommen Was ich durch meine Arbeit verdiente. Und als ich mich nicht besserte

Haben sie Jagd auf mich gemacht, aber Da waren Nur noch Schriften in meinem Haus, die ihre Anschläge Gegen das Volk aufdeckten. So Haben sie einen Steckbrief hinter mir hergesandt Der mich niedriger Gesinnung beschuldigt, das ist: Der Gesinnung der Niedrigen.

Wo ich hinkomme, bin ich so gebrandmarkt Vor allen Besitzenden, aber die Besitzlosen Lesen den Steckbrief und Gewähren mir Unterschlupf. Dich, höre ich da Haben sie verjagt mit Gutem Grund.

WDR muß Uli Lux wieder einstellen!

KÖLN. — Uli Lux, im Frühjahr gefeuerter WDR-Redakteur, hat seinen Arbeitsgerichtsprozeß auch in 2. Instanz gewonnen. Das Landesarbeitsgericht Köln verurteilte den WDR jetzt, Uli Lux sofort wieder einzustellen.

Lux war im Zusammenhang mit reaktionären Protesten gegen die letzte Sendung der mittlerweile eingestellten „Radiothek“ fristlos entlassen worden. (Der „Rote Morgen“ berichtete darüber.) Die breite Unterstützung durch viele, vor allem jugendliche Hörer, verschiedene gut besuchte Protestveranstaltungen, die Solidarität seiner Kollegen und der Rechtsbeistand durch die Gewerkschaft RRFU im DGB haben maßgeblichen Anteil an diesem Erfolg gegen die WDR-Bosse.

Uli Lux hat dem WDR nach Bekanntgabe des Urteils angeboten, noch am gleichen Tag seine Arbeit wiederaufzunehmen. Der WDR lehnte ab, will erst das schriftliche Urteil abwarten und sucht jetzt bestimmt fieberhaft nach einem Platz im Landfunk oder Nachtprogramm für den unbequemen Redakteur.



USA: Hemingway auf dem Index

Washington. — Die alten Zeiten der Jagd nach „unamerikanischen Umtrieben“ scheinen langsam wieder aufzuleben. Unter Ronald Reagans Regime werden immer öfter Fälle bekannt, daß aus Büchereien und Schulbibliotheken Zeitschriften, Bücher und Filme verschwinden, zum Teil sogar richtiggehend auf einen Index für verbotene Schriften gesetzt werden, wohl um die Schüler von „unamerikanischen“ Gedanken freizuhalten.



Ernest Hemingway

Täglich drei bis vier Fälle werden nach einer Meldung von ddp bekannt. Neben Unterhaltungsmagazinen trifft es auch schon Sportillustrierte. Zu den verpönten Autoren gehören unter anderem Aldous Huxley, Autor des Buches „Schöne neue Welt“, sowie Ernest Hemingway.

Zur vollständigen Wiederherstellung der „guten alten Zeiten“ fehlen nur noch die Berufsverbote für Filmemacher und Autoren — und als Zugabe vielleicht Bücherverbrennungen?



„Der unvergessene Krieg“ Bayerischer Rundfunk blendet sich aus

Köln. — Mitte September startet der WDR eine Fernsehserie über den Zweiten Weltkrieg. Titel: „Der unvergessene Krieg“. Diese Produktion, eine Dokumentation, die in Zusammenarbeit von US-amerikanischen und sowjetischen Fernsehleuten entstand, berichtet vor allem über den Krieg in Rußland, über Leiden und Widerstand des Sowjetvolkes gegen die Hitler-Armee.

Im Vorfeld der Ausstrahlung kam es zu dem — fast schon üblichen — Problem mit dem bayerischen Rundfunk, der sich, anders als alle anderen 3. Programme der ARD, an der Ausstrahlung der Serie nicht beteiligen will. Die Begründung der Bosse des schwarzen Senders macht die Angelegenheit zu einem medienpolitischen Skandal. „Sowjetische Propaganda“ würde da geboten, und: Die Aufarbeitung dieses Themas könne nur von den Deutschen

geleistet werden.

Von den Betroffenen nicht? Die Dokumentation stützt sich vor allem auf Filmmaterial der 252 sowjetischen Kameralente, die in vorderster Front der Roten Armee und der Partisaneneinheiten das damalige Geschehen festhielten. Über 50 von ihnen sind dabei gefallen. Ergänzt wird das Bildmaterial durch Archivfilme der westlichen Alliierten und alte deutsche Wochenschauberichte aus der Hitler-Zeit.

Diese Serie wurde, von grossem Zuschauerinteresse begleitet, unter anderem schon in der UdSSR, in den USA, in der DDR und Großbritannien gesendet. Der WDR, der die ursprünglich 22-teilige Reihe auf 15 Folgen kürzte, sie mit einleitenden Kommentaren versieht, die auf „Einseitigkeiten“ und „Ungenauigkeiten“ eingehen soll, steht nun wirklich nicht im

Verdacht Sprachrohr Moskaus zu sein. Wenn der Bayerische Rundfunk diese Serie trotzdem seinen Zuschauern vorenthalten will, nicht einmal im 3. Programm senden will, zeigt das nur, wie stark dieser Sender schon unter der reaktionären politischen Fuchtel von Strauß und Co. steht.

Der „Rote Morgen“ wird die Sendetermine der Reihe in Zukunft veröffentlichen. Sicher sollte man die Erwartungen in diese Reihe nicht zu hoch schrauben, die Kommentatoren und Bearbeiter werden sicher „gute“ Arbeit leisten. Die Ausstrahlung der Bilder wird aber trotzdem dazu führen, einiges über den heldenhaften Kampf des Sowjetvolkes und der Roten Armee unter Stalin zu erfahren und ihren entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Hitler-Faschismus zu verdeutlichen.

Maulkorb für WDR-Redakteure?

KÖLN. — Am 1. Juli erschien im Kölner Stadtanzeiger eine große Anzeige. Darin hieß es: „Der Atomtod bedroht uns alle. Kölner Journalisten, Schriftsteller und Künstler gegen Mittelstreckenraketen.“ Über 200 Personen waren als Unterzeichner angegeben, sie hatten rund 6000 Mark für diesen Appell aufgebracht.

Neben Günter Wallraf, Dieter Wellershoff, Redakteuren der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“, waren auch 60 Redakteure und Mitarbeiter des Kölner Senders auf der Liste, die die weitere Unterstützung von Aktivitäten, wie des „Krefelder Appells“, der „Bielefelder Erklärung“ und der DGB-Aktionen gegen die Nachrüstung forderten.

Den WDR-Bossen ging das zu weit. Fernseh-Chefredakteur Theo M. Loch und sein Stellvertreter Claus-Hinrich Casdorff warfen den WDR-Mitarbeitern „naiven und infantilen Umgang mit Fakten“ vor und sahen in der Unterzeichnung der Anzeige mit Berufsangabe einen „Mißbrauch ihrer Festanstellung beim WDR“. Neben dieser Drohung hieß es noch, sie alle hätten sich damit als politische Redakteure „unglaublich“ gemacht.

Doch hatten sich die WDR-Bosse getäuscht, wenn sie glaub-

ten, die Unterzeichner würden nun brav kuschen. Im Gegenteil, sie alle wandten sich in einem Schreiben an die Chefredaktion gegen diese Vorwürfe. Die Redakteure protestierten gegen diese unzulässige Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und drehten den Spieß um. „Im Interesse einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit“ sollte die

Chefredaktion die Vorwürfe zurücknehmen.

Zu den Journalisten, die sich von den Fernsehbossen nicht einschüchtern lassen, gehören unter anderem der „Weltspiegel“-Redakteur Hans-Jürgen Rosenbauer, „Tagesthemen“-Moderator Jürgen Hoffman und Regionalsendung-Chef von „Hier und Heute“ Bernd Müller.

Anzeige

MARX ENGELS

„ÜBER KUNST UND LITERATUR“

Band I

Leinen, 672 Seiten, 17,60 DM

Band II

Leinen, 795 Seiten, zwei Faksimiles, 17,60 DM

Zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300520, 4600 Dortmund 30.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 33 14 Ağustos 1981

Yıl:

İşsizlik alabildiğine yükseliyor

1952 yılından bu yana işsizlik en yüksek orana ulaştı

NÜRNBERG.—Federal çalışma bakanlığı geçen hafta işsizlik konusunda tehlike haberi veren sayılarını yayınladı. Haziran ayından temmuz ayına kadar işsiz sayısı 120,500'den yaklaşık olarak 1,25 milyona yükseldi. 1980 yılının temmuz ayına oranla kayıtlı olan işsiz sayısında yüzde 46 bin artış kaydedildi. Böylece Almanya'da yıllardan beri milyona doğru yaklaşan kitlesel işsizlik, 1952 yılından bu yana, bu yıl en yüksek oranına ulaştı.

Bölgesel olarak bu durumdan en fazla etkilenen, nüfusu kalabalık Kuzey Ren Westfalye eyaleti oldu. Bu eyalette Federal Almanya Cumhuriyeti'nin kuruluşundan bu yana işsiz sayısı

ilk olarak 400 000'i aştı. İşsizliğin ağırlık noktası geçmişte de olduğu gibi bugünde Ruhr bölgesindedir. İşsizlik oranı genel ortalamaya göre diğer bölgelerde 5,3 %e ulaşırken, bu

ortalama Ruhr bölgesinde 7,5 % yükseldi ki Dortmund, Duisburg ve Gelsenkirchen şehirlerinde çalışabilecek nüfusun yüzde sekizden fazlası işsizliğe kayıtlıdır.

Kendisini genelinde meselelere iyimser bakan birisi olarak tanıtan Federal Çalışma Bakanı Josef Stiglitz bile, gelecek dönemde kitlesel işsizliğin artacağını şimdiden söyledi. Kısa mesai yapan firmaların sayısının azalması bu durum için olumlu bir belirti değildir. Bu durum, kapitalistlerin kısa mesai uygulamak yerine emekçileri daha ziyade sokağa atmaya hazırladıklarını gösteriyor. Rasyonelleştirme dalgası tüm meslek dallarında alabildiğine devam ediyor. Kapitalist buhrandan en fazla etkilenen Çelik sanayi ve gemi tersaneleri dahi yeniden toplu işten çıkarmaların olacağını bildirdi.

Bu gerçek durum nedeniyle işyerlerinin savunulması için sendikal mücadele dahada kararlı bir şekilde sürdürülmelidir. Buna özellikle çalışma saatlerinin kısaltılması için alınacak mücadele tedbirleri de dahildir. Bundan dolayı 35 saatlik iş haftası için sürdürülen mücadele dahada önem kazanmıştır. DGB Yöneticilerinin bu talebi basitçe boğmalarına müsaade etmemeliyiz.

(„Höchste Arbeitslosigkeit seit 1952“) RM Nr. 33/81, S. 1

(„Preisterror der Ölmultis“) RM Nr. 33/81, S. 1

PETROL TEKELLERİNİN FİYAT TERÖRÜ:

Benzine tekrar zam geldi

Son benzin fiyat artışında bu güne 10 gün geçmeden bile fiyatlarını yükseltiyorlar. Petrol tekelleri tekrar benzin fiyatlarını yükseltiyorlar. Bu kezde Aral Anonim Şirketi diğer şirketlerle anlaşıp normal ve super bezinin litresine üç pfennig zam yaparak ilk adımı attı.

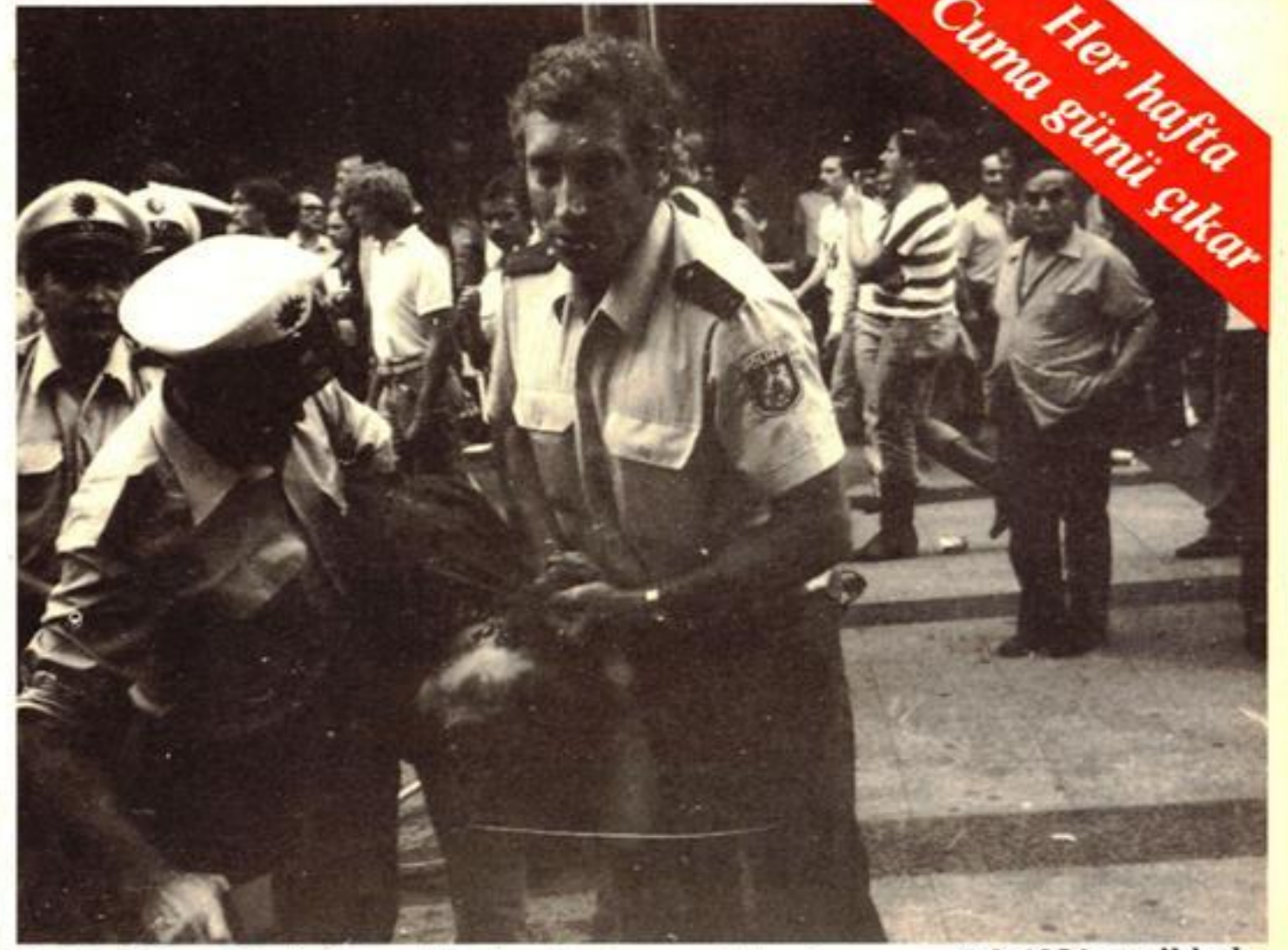
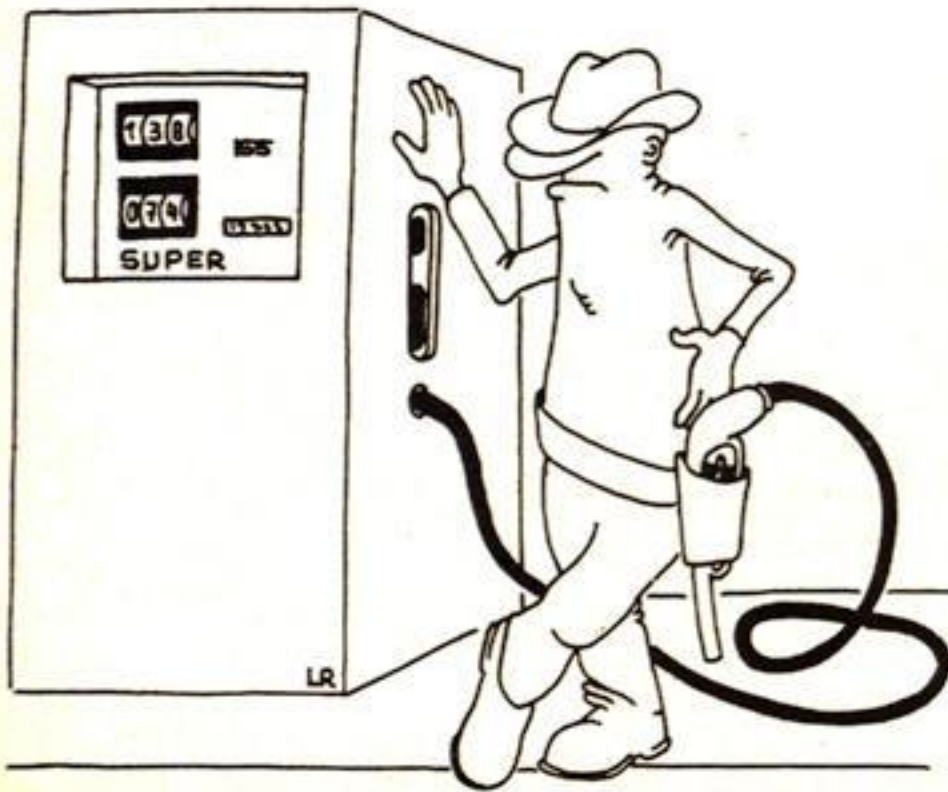
Petrol tekellerinin bu yıl içerisinde 7 kez yaptığı fiyat artışlarını yaşamak zorunda kaldık. Yalnızca ocak ayından beri benzin fiyatlarına 23 Pfennig zam yaptılar. Ve her seferinde fiyat artışlarına gerekçe olarak: şirketlerinin sözde mali durumunun kötü olduğunu gösterdiler. Fakat gerçekler ise bu iddianın doğru olmadığını, adice bir yalan olduğunu ispatlamaktadır.

Tamda şimdi Amerikanın Ekonomi gazetesi "Fortuna" dünya'da en fazla kar elde eden şirketlerin yeni bir listesini yayınladı. Bu listede ilk 10 sırada yayınlanan, şirketlerin 8'i Petrol tekelleri oluşturmaktadır. Örneğin Esso tekeli

"Fortuna" gazetesinde birinci sırayı alarak, yalnız bu yılın birinci yarısında-yani ilk aylığın ardından- dünya çapında 4,4 Milyar kar sağlamıştır. Bu geçen yılın aynı süresine oranla yüzde 77 kar artışı demektir.

İşte böylece aşırı karlar bile bu tekellere yetmemektedir. Onlar aydan aya fiyat terörünü artırırken, petrole yapılan zam dalgasına henüz bir son verilemeyeceğini küstahça ilan ettiler. Petrol tekelleri tarafından utanmazca yağmalanan araba şöförlerinde ise, buna karşılık isyan geliyor. Her geçen gün Bonn hükümetinin fiyat artışların durdurulması için tedbirlerin doğrultusunda sesler yükselmektedir. Ve gerçekten bir adım atılmalıdır!

KPD'nin talebi: Petrol tekellerinin karları ağır vergiye tabi tutulmalı ve aynı zamanda Petrol mamullerine yapılan vergi düşürülmelidir.



Her hafta Cuma günü çıkar

Polis Kızıl Safak — Muhabirine saldırdı

6.8.1981 tarihinde

"Kızıl Safak"

gazetesinin fotoğrafçısı polisler tarafından tutuklanarak dövüldü. O Dortmund gençliğinin işgal edilen evlerin polis tarafından boşaltılması nedeniyle yaptığı bir yürüyüşte görgü tanığıydı. Polisin vahşice saldırısının filmi çekerken—yukarıdaki fotoğrafın çekiminden kısa bir süre sonra—kendisi de polis tarafından saldırıya uğrayarak götürüldü. Polisler kafasını bir çok kez polis arabasına vurarak burun kemiğini kırdılar. Bu polisin basın özgürlüğüne yaptığı saldırının bir devamıdır. KPD bir protesto açıklaması ile Dortmund basınına ve kamuoyuna başvurdu.

Üç asker Hans Stebinski, Thomas Kurak, Andreas Böhmer ölüme terkedildiler

DATTELN.— Federal Savunma Ordusunun 3 genç acemi askeri 5 Ağustos günü Wesel-Datteln kanalında boğuldular. Yorumcu bir marşın ardından bitkin düşen askerler tüm savaş üniforması, çizme ve tüfegi ile su kanalını yüzerek karşıya geçmeye zorlandı. Suya giren ilk dört askerden- herhalde diğer askerlerde arkalarından gönderilecekti—yalnızca biri karşı yakaya ulaşabildi.

"Olağan bir tadbikat" esnasında "izah edilemeyecek bir kaza olayı"— işte Federal Savunma Ordusu tarafından yapılan açıklama budur. Üç askerin ölümünü günün olayı, olayın meydana gelmesi üzerine çeşitli görüşler ortaya atıldı. Kesin bilinen şüki: Askerler 32 derece sıcaklığın altında 9 saat süren tadbikatın ardından, talimatlarla aykırı olarak ağır çizmeleri ile

suya girmeye zorlanmıştır. Onlar kelimenin tam anlamıyla ölüme terkedildiler. KJD-asger gazetesi „Roter Marder“li Yoldaşlar olayın meydana gelmesinden kısa bir süre sonra olay yerine gittiler.

Öldürücü talimat ve terbiye Federal Savunma Ordusunun karakterine ait bir şeydir. Hergün bir asker arkadaş ölmesi bile, iradesiz itaatlara

uymaya zorlanmakla işkence yapılmaktadır. Ve herseferinde, özellikle bir çok tadbikatta ölüm olayları meydana gelmektedir. Bu olaylara karşı nerede bir direniş gelişirse, orada askerlere disiplin cezaları yağdırılmaktadır.

Fakat direniş gerekli bir şeydir! Direnişin gerekliliğini Dattel ölümleri gösteriyor. Askerleri bu şekilde değersiz ve savaş emelleri için çok sıkı talim ve terbiye ile yetiştiren politikaya karşı direnişler geliştirilmelidir. 5.8.1981 tarihindeki olay aydınlatılmalı ve sorumluları cezalandırılmalıdır.!

(„Tödlicher Drill“) RM Nr. 33/81, S. 9



Ertrunken: Hans Stobinski (20)



Ertrunken: A. Böhmer (21)



Ertrunken: Thomas Kuratz (20)

REAGAN GREVDEKİ UÇUŞ KLAVUZCULARINA SALDIRIYOR

Toplu işten atılma ve tutuklamalar yapıldı

WASHINGTON.—Amerikan Cumhur başkanı Reagan, ABD'deki 15 000 uçak kılavuzcusunun ücretlerinin yükseltilmesi ve çalışma saatlerinin kısaltılması için sürdürdükleri greve karşı son derece vahşi bir şekilde harekete geçti.

Reagan grevcilerin isteklerini yerine getirmek yerine, onlara bir nota verdi. Bu notaya göre uçuş kılavuzcuları geçen Çarşamba gününe kadar grevi sona erdirmeleri gerekiyordu. Fakat notaya rağmen 13000 klavuzcu grevi devam ettirince, Reagan hükümetinin emri üzerine yargı organları grevcilere karşı harekete geçti. Uçak kılavuzcularının sendikası ve tek tek üyeleri milyonlarca Dolar para cezasına çarptırıldı. Sendikaların yönetici elemanları tutuklandı ve bir çoğu bir kaç ay hapse

mahkûm edildi. Reagan hükümeti dahada ileriye giderek hafta sonuna kadar 5 000'e yakın klavuzcuyu işten attı.

ABD Sendikaları Birliği, AFI-CIO bu grevin ülkenin tüm işçileri için tarihi bir önemi olduğuna ve uçuş kılavuzcularının mücadelesini desteklediğini açıkladı. AFI-CIO Yönetim Kurulu üyeleri Şikago havaalanındaki grevgözcüleri halkasına katılıp, aktif olarak grevcilerin saflarında yerlerini aldılar.



Uçuş kılavuzcusu, bir grevci tutuklandı.



Alman arkadaşlar Türkiye'de takibata uğrayan sendikacılar ve DISK'le dayanışmayı talebediyorlar.

Hani DGB'nin DISK ile dayanışması?!

Türkiyeli Sendikacılar Cellatların elinden kurtarılmalıdır!

FRANFURT.—Daha evvelde yazdığımız gibi, Türkiye'de faşist askeri rejimin davacıları 52 DISK Sendikası Yönetici elemanı hakkında idam cezası talebetti. Bu şimdiye kadar DGB'nin federal yönetim kuruluna göre en azından sesini yükseltip protesto etmek için yeterli bir neden bile değildir.

Üzerlerinde cellat baltası sallanan 52 elemana, DISK başkanı Abdullah Baştürk ve Genel sekreteri Fehmi Işıklar da dahil. Sendikacılar yalnız ve sadece sendikal faaliyetlerini sürdürdükleri (grev v.b. eylemleri örgütledikleri) gerekçesi ile yargılandı ve hapse atıldılar! Burada bu eylemlerin askeri darbeden evvel olduğuna ve bunun ardından DISK'in yasaklandığına dikkati çekelim.

Zaten bundan dolayı tüm bu "davalar" en basit hukuk normlarını hiçe sayan büyük bir skandal, Ankara'daki faşist iktidarın sınırsız keyfîlik ifadesinden başka bir şey değildir!

Fakat aynı şekilde bu rejime geçmişte olduğu gibi bugünde en yakın destekçi olarak yardımında bulunan ve ona şimdiye yoğun askeri, siyasi ve mali yardımı veren Federal Almanya'nın, Bonn hükümetinin tutumunda bir skandaldır!

Bundan dolayı Federal Alman Sendikalarının mutlak görevi dahada tüm gücüyle bu rejim tarafından idamla tehdit edilen sendikacıların kurtarılması için adım atmaktır.

Fakat şimdiye kadar bu doğrultuda ne H.O. Vetter ne de DGB federal Yönetim Kurulu bir adım attı. Bu da bir skandal ve bizim tüm sendikal hareketimiz için utanç vericidir!

Buna ilişkin olarak ÖTV-Şefi Kluckner'in buraya geri geldiğinde cuntanın her türlü olumlu yanına hayranlığını ilan etmek için Türkiye'ye bir

"enferyasyon seşhati" yaptığını hatırlatalım. Kluckner bu rejime demokrasi amacını ve hedefini attı! O bu rejimin "caddelerdeki terörün" önünü aldığını övüyordu.

Daha o zamandan bile terörün odak noktasının, kendisini sadece sokaklardan darbeci rejimin mahkeme salonlarına, zindanlarına, işkence hanelerine ve idam sehpalarına kaydıracağı yeterince açıktı.

Şu an burada sürgünde yaşayan DISK elemanları DGB başkanı Vetter'e çağrıda bulundukları bir yazılarında, DGB başkanını ve örgütünü askeri rejimin barbarca tedbirlerine karşı seslerini yükseltmeye çağırıyorlar (biz mektubu yanda belgeledik). Böyle bir çağrı acaba gerekli mi- böyle bir şey acaba hepimizin yüzünü kızartmamalı mıydı?

IGM başkanı Loderer en azından general Evren'e bir mektup yazarak aktif sendikacılara karşı davaların durdurulmasını talebetti. Hiç yoktan iyi! Fakat zorunlu olan şey ise DGB'nin ve onun tek tek sendikalarının sağlam bir dayanışma kampanyasının olmasıdır!

Ve burada tüm gücüyle Federal hükümetten Türkiye'deki askeri rejime yapılan her türlü yardımın, özellikle "Türkiye Yardımı"nın derhal durdurulmasını talebetmektedir.

("Die türkischen Gewerkschafter müssen dem Henker entrissen werden!") RM Nr. 29/81, S. 3

DISK Yöneticilerinin DGB Şefi Vetter'e mektubu:

Sayın Meslektaş Vetter, 25 Haziran 1981 tarihinde askeri mahkeme İstanbul'da 52 Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu, DISK yönetici elemanı ve bunlar arasında DISK başkanı Abdullah Baştürk ve DISK Genel sekreteri Fehmi Işıklar da olmak üzere haklarında idam cezası talep etti. Yakında da 2000 DISK elemanı ve üyesi hakkında kitlesel davalara başlanacaktır. 15 gün evveli DISK'e bağlı Yeraltı Maden-İş Sendikası başkanı İstanbul'da tutuklanarak bilinmeyen bir yere götürüldü. O günden beri kendisinden hiç bir haber alınmadı. Diğer DISK elemanları gibi ağır işkenceye tabi tutulan meslektaşımız Çetin Uygur'un hayatı hakkında endişe ediyiz.

Bu nedenle seni ve Örgütünü Türkiye'de Meslektaşlarımıza uygulanan barbarca tedbirlere karşı sesinizi kaldırmaya çağırıyoruz. Sizi DISK elemanları, üyeleri ve Türkiye'de cuntanın yoğun takibatına maruz kalan diğer demokratik güçlerle güçlü bir dayanışmaya girmeye çağırıyoruz.

Cuntanın bu tür tedbirlerini protesto edin! Buna ilişkin etkinizi geçeri kıldırın! Almanya'da DISK elemanları, DISK Yönetim Kurulu üyesi Yaşar Arıkan, DISK10. bölge başkanı Zeki Adıç; DISK'e bağlı Tekstil Sendikası başkan yardımcısı Selahattin Uyar ve Disk 7. bölge başkanı Aydın Yeşilyurt.

29 Haziran 1981
("Wir rufen Euch zur Solidarität auf") RM Nr. 29/81, S. 3

Hannover'de İçişleri bakanları konferansı

CDU Yabancılar kanunu sertleştirmek istiyor

HANNOVER.—Geçen hafta aşağı Saksonya'nın Eyalet başkentinde CDU CSU tarafından yönetilen Eyaletlerin İçişleri bakanlarının ve Union fraksiyonunun Federal Parlamento temsilcilerinin de katıldığı bir toplantı yapıldı. Gündemde itibardan düşen yabancılar karşı yoğunlaştırılmış polis devletinin tavrı üzerine görüşmeler vardı.

Aşağı Saksonya İçişleri bakanı Möcklinghof Yabancılar Kanunun "bir dizi normlarla" tamamlanması gerektiği konusunda anlaşmaya varıldığını konferansa ilişkin açıkladı. Bu normlar Yabancıların Almanya topraklarındaki zorbalıklarına karşı mücadele etmek için gerekiyormuş. Möcklinghof, Union tarafından öne sürülen yeni normlar hakkında ayrıntılı olarak şunlara değindi: Aynı şekilde yasaklanmış bir örgüte dahil olan Yabancılar derhal sınır dışı edilebilmelidir. Yabancılar polisi- hiç bir kesinleşmemiş mahkeme kararını beklemek zorunda kalmadan dernek, toplantı kanunu veya bunlar üzerinde kurulmuş polis yükümlülüklerini çiğnememiş olan Yabancıları derhal sınır dışı edilebilmelidir.

Fakat Möcklinghof basına karşı bu tür yükümlülükleri

somutlaştırmayı reddetti. Buna rağmen Union tarafından ulaşılmak istenen tedbirlerin neticelerini basit bir şekilde çizebiliriz. Çünkü eskiden beri ileriye eylemleri engellemeye çalışmak keyfîce yüküm vermek polisiye taktiğin tipik silahlarından biridir. Örneğin onlar yürüyüş güzergahını belirleyebiliyor, belirli flama ve taşınmasını yasaklayabiliyor ve bunlara benzer kararlar verebiliyorlar.

Bu tür yükümlülükler yabancılar tarafından çiğnenilirse, o halde Union İçişleri bakanının istğine göre, söz konusu olan şahsın sınır dışı edilmesini beraberinde getirecek bir mekanizma harekete geçirmelidir. Burada önemli olan gerçek şu ki, bundan böyle yabancıların bu tür tedbirlere karşı mahkemeye başvurmak için her türlü imkanın ortadan kaldırılmak

istenmesidir. Böylece tutuklanmadan sınır dışı edilinceye kadar her şey polisin eline verilmiş olacaktır. Ve bununla her türlü keyfî yonteme kapı açılmış olacaktır. Bu durumda polisin eline akla gelebilecek her türlü provokasyona başvurarak, belirli yabancıları sınır dışı edilemek için imkan verilmiş olacaktır.

Evet, böylece bazı yükümlülüklerin çiğnendiği, sadece sahte bir şekilde bile öne sürülmüş olsa, bu sözkonusu olan yabancıyı sınır dışı etmek için yeterli görülecektir. Buna karşılık, sınır dışı edileceklerin ise bu tür sahte önsürümlere karşı koyabilecek en küçük bir imkan dahi olmayacaktır. Ve eğer bu durumda birde Türkiyeli demokratlar söz konusu olursa, böylece Batı Alman polisinin hücrelerinden faşist diktatörlüğün işkence hanelerine giden yol önceden çizilmiş olacaktır.

CDU İçişleri Bakanı Möcklinghof, Birlik partileri bakanlarının Hannover'de kararlaştırdıkları gerici saldırıları tutucu bir şekilde savunarak, şayet Almanya topraklarında "aşırı zorluklar" (kast edilen yabancı-

lar) kalamazlarsa, bunun "tüm yabancıların itibarlarını artıracak"ı söyledi. Burada "zorbalıklar" ne demek oluyor? Şüphesiz Federal Almanya'da yaşayanlar arasında zorbalıklar vardır. Örneğin Almanya'da terörist eylemleri ile kanlı izler bırakan faşist katil çetesi, bozkurtlar. Fakat bu çeteyi yasaklamak için yabancılar kanunda "hiç bir yeni norm" a gerek yoktur. Şu an hala Celalettin Kesim'in katilleri serbestçe dolanıyor ve hala bozkurtların legal komando merkezi, Türk Federasyon'u yasaklanmış değil.

Sorumlu Alman makamları var olan kanunları yabancı faşistlere ve örgütlerine karşı uygulamak istemiyorlar. Böylece şimdi CDU CSU (Birlik Partileri) tarafından sertleştirilmesi istenen Yabancılar Kanunu, sadece aktif yabancı demokratları hedeflemektedir. Ve burada dikkati çeken nokta ise şu ayardan beri Alman devleti tarafından yabancı-özellikle Türkiyeli demokrat ve anti-faşistler "aşırımcılar diye" adlandırılarak hiç bir fark gözetmeden faşist katil çetesi ile aynı kefeyle konulup ve onlara karşı yoğun bir şekilde kışkırtıcılık sürdürülüyor.

CDU İçişleri bakanları Yabancılar Kanunu konusundaki gerici saldırılarının üstün bir teklif olduğu çüretkarlığını gösterip, bunu "yabancılar layık bir diyalog için ön şart" olarak adlandırıyorlar. Nasıl ki bu şahsiyetler gençlikle diyalogu polis jopu, kitlesel tutuklamalar ve zehirli gaz aracılığı ile kurdular ise, şimdi de yabancı demokratlara "layık diyalogu"da sınır dışı etme terörü ile sürdürüyorlar. Onlar dahada ileri giderek bunu şimdi Türkiyeli arkadaşlara uygulayacak olursak- demokratik eylemlere katılanları sonuç olarak hapis, işkence ve ölümle cezalandırabilecek bir bir cihaz yaratmak istiyorlar. Çünkü bugün Türkiyelilerin sınır dışı edilmesi, Ankara'daki faşist cuntaya teslim edilmelerinden başka bir anlam taşımaz.

Birlik Partileri bakanlarının gerici saldırıları kararlı bir şekilde geri püskürtülmelidir!

("CDU will Ausländerrecht verschärfen") RM Nr. 30/81, S. 2



Frankfurt'ta faşist cunta'ya karşı yüründü. CDU yabancı arkadaşların yürüyüş hakkını yasaklamak istiyor.

YABANCI KISKIRTMACILIĞINA KARŞI DURULMALI

(Halk yazışması)-Salı akşamı Köln'de tramvaya iki sarhoş binip çirkin çirkin haykırışmaya başladılar. Başlangıçta onların söylediklerini anlamakta zorluk çektim. Almanya ile ilgili bir şey... "Almanya savaşta kazanmalıydı!", "O zaman tüm bu ayakta kim burada olmazdı?"

Onlar tramvayda bulunan sayıları kabark Türküylü arkadaşları tamamen bilinçli olarak kışkırtıyorlardı. "Bunların tümünü üç hafta içerisinde dışarı atmalı!"

İki yaşlı Alman kadını bu duruma kızıyor, iki Türkiyeli genç bu iki sarhoşu dövmemek

için büyük bir itina ile bir Türkiyeli arkadaş tarafından alıkoymaya çalışılıyor.

Ben sarhoşlara bağırarak bunun ne demek olduğunu ve ağızlarını kapamalarının gerektiğini söyledim. Söylemem hiç bir şey sağlamadı. Onlar tramvaydan indirilmeliydi!

Tüm etrafta oturanlar; iki yaşlı Alman kadını, Türkiyeli büyük baba, iki genç ve gençleri alıkoymaya çalışan arkadaş konuşmaya başladılar. Gençleri alıkoymaya çalışan bir orta kapasiteli metal fabrikasında işçi temsilcisi. Onunla Almanya'daki Naziler ve Türkiye'deki faşizm üzerine konuştuk ve bunlara karşı sadece işçilerin dayanışmasının bir şey sağlayacağını söyledim. Konuşma esnasında bu iki "temiz" Alman'a haddini bildirdik. Bazen insan hemen hemen gerçekten Alman olmaktan utanıyor! Yaşlı kadınlar bunu doğru buldular. Bu şekilde bir kez daha başlamıştı. O zaman Yahudilerdi, bugün ise Türkiyeliler!

Çok şükür bu çirkin çirkin bağırışan iki kişi indiler. Fakat biz ise şu görüş birliğine vardık: Bunlara karşı bir çok şey daha yapılmalı, ve bizler kendimiz bir dizi önlem almalıyız. Türkiyeli işçi temsilcisi vedalaşırken içten elimi sıkı ve perondan tekrar bir daha yumruğunu sıkarak selamladı. Enternasyonal dayanışma yabancı bir kelime değil, insan onu çok somut öğrenebilir!

Yaşasın Kızıl Cephe! Jo Köln ("Der Ausländerhetze entgegen-treten") RM Nr. 31/81, S. 8



Türkiyeli arkadaşlar silahlanmaya ve sosyal hakların ortadan kaldırılmasına karşı yürüyorlar

1982 yılı Federal devlet bütçesi:

Emekçilere karşı savaş ilanedildi

Sosyal hakların kaldırılması ve vergilerin yükseltilmesi isteniliyor

BONN—1982 yılı devlet bütçesini toplumun "tüm kesimlerine dağılımı uygun düşen bir program" diye adlandıran başbakan Schmidt, geçen hafta kabinesinin bütçe ile ilgili kararlarını açıkladı. Bundan dahada küstahça bir şey olamaz. Son benzin fiyat artışında bu güne 10 gün geçmeden bile petrol tekelleri tekrar benzin fiyatlarını yükseltiyorlar. Bu kezde Aral Anonim Şirketi diğer şirketlerle anlaşıp normal ve super benzin'in litresine üç pfennig zam yaparak ilk adımı attı.

Çünkü son haftalarda Bonn'daki tartışmalarda öne sürülen görüşler, şimdi birer gerçek karar oldu. Kesinlikle "tüm gruplar" değil, sadece emekçiler boşalan devlet bütçesini canı, kanı pahasına onarması gerekiyor. Bonn iktisat komiserleri "sosyal ağ" denilen ağı derinden kestiler. Sadece emekçilerin Sosyal haklarının talan edilmesi gelecek yıllarda devlet kasasına yaklaşık olarak 15 milyar mark getirmeliymiş. Bunu ödemesi gerek gene geçmişten beri kapitalist buhranın yükünü omuzlarında taşıyan, işsizler, emekliler, kısa çalışma yapanlar, çocuk parası alan emekçiler, düşük ücret grubunda olan kamu emekçileri, yoksul köylüler ve savaşta sakat kalanlardır.

Yıllardan beri sistematik olarak devlet kasasını talan eden, Bonn devlet bütçesi buhranın yükünü emekçilerin omuzlarına yıkarken, onlar için 1982 yılı iktisat bütçesinde bile yeni hediye hazırladı: Kapitalistlerin vergilerinin hafifletilmesinin yanında özellikle silah sanayisine geniş imkanlar tanındı. Savunma bütçesi yüzde 4,2 daha artırıldı.

nın ortadan kaldırılmasının yanı sıra, kazançları için ağır vergi kanunları çıkartıldı. Seçim dönemlerinde burjuva partilerinin verdiği sözlerden kısa veya uzun vadede geri dönmeleri, Almanya'da emekçiler için çoktan beri alışla gelmiş bir şeydir. Schmidt ve Matthöfer utanmazca sahtekarlıklarını dahada ileriye götürdüler. Daha bir kaç hafta önce gelecek iki yılın vergi yükseltilmesi planları enerjik bir şekilde reddedilirdi. Ve şimdi tütüne hemen zam yapıldı. Bundan amaç "dolaylı" vergi aracılığı ile en düşük ücret grubu tabakalarının yaşamlarını çekilmez hale getirmektir.

Eğer Schmidt iktisat bütçesinin sözde tüm toplum gruplarına eşit dağılımından bahsediyorsa, bu gerçekten buhranın yükünü taşıyan emekçiler için yalnız bir alay değil, aynı zamanda, bütçe politikasıyla emekçilerin sosyal haklarına karşı ilan ettiği savaşı örtbas etmeye çalışmaktır. Schmidt'in Maliye Bakanı Matthöfer'de emekçilerin sosyal haklarına yapılan saldırıyı örtbas etmeye çalışmaktadır.

Emekçilerin sosyal hakları-

Matthöfer SPD-fraksiyona bütçe ile ilgili görüşlerini açıklarken şu temel noktalara değindi.

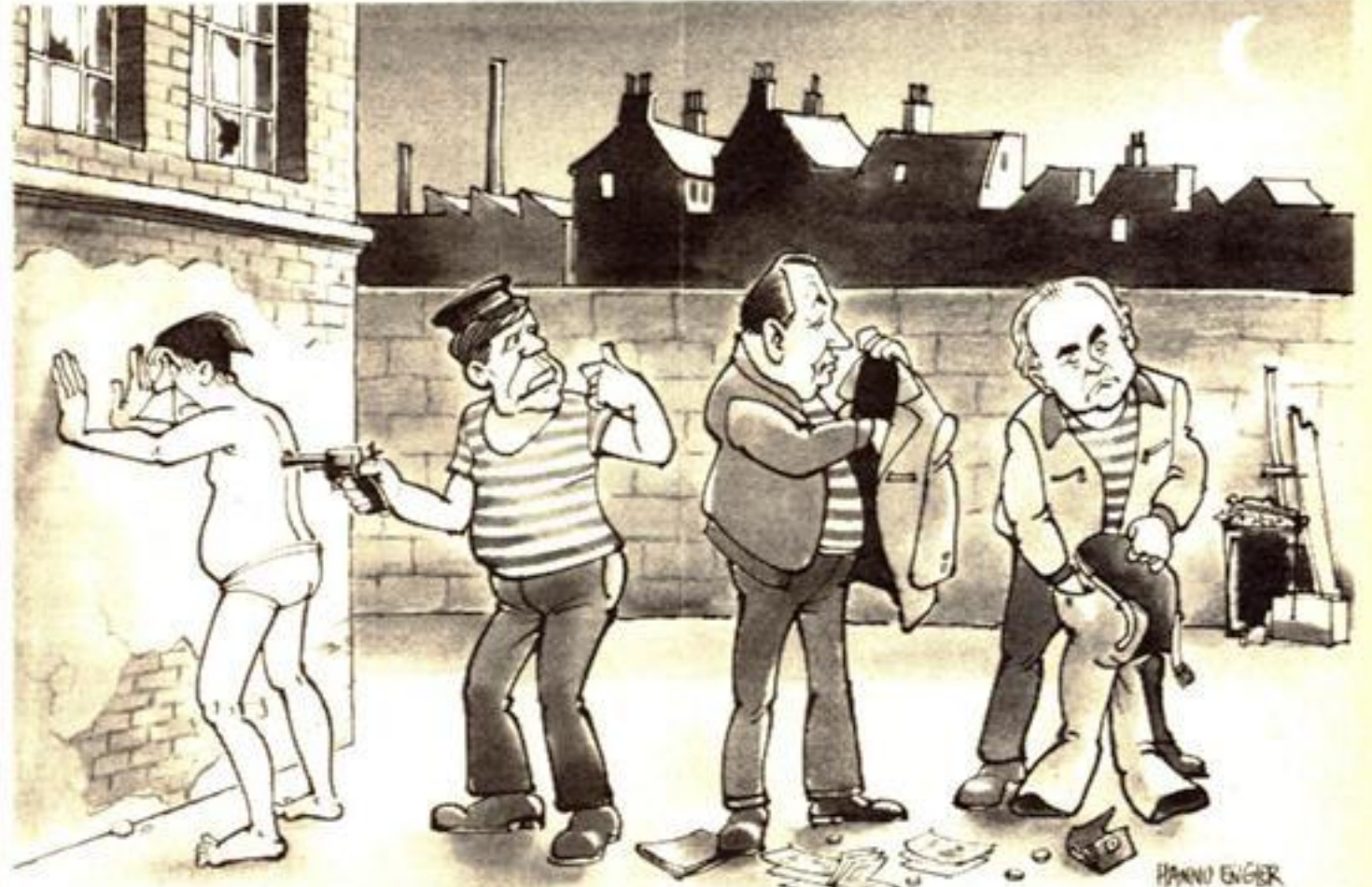
Sosyal hakların sınırsız bir şekilde ödenmesinin gerekli olup olmadığı sorunu ele alınmalıdır.

Bugün sorun "sosyal haklardan elde edeceğimiz maliyeti dahada çok verimli alanlarda yatırmaktır."

Sermaye tarafından kullanılabilir yeni metodlar bulmaya çalışmalıyız. Sermaye için para kuru, faiz oranları cerayen tasarrufunun tamamlayacak yeni tedbirler v.b önemlidir.

Görüldüğü gibi Maliye Bakanı Matthöfer'in düşüncesi hiç bir şekilde buhranın yükünün "haklı" bir dağılımını sağlamak değil, emekçilerin sosyal haklarının, patronların yatırımlarını teşvik eder. Bir devlet kurumun çıkarına dağıtılmasıdır. İşverenler Birliği, (BDI) Matthöfer'in burada bütçe tasarısında öne sürdüğü talepleri kamuoyuna açıklama yaparak, sosyal hakların kısıtlanmasının doğru olduğunu ve bu kısıtlamalarla ekonomik rekabeti güçlendirmek için özel şirketlere devlet yatırımlarının artırılmasının gerektiğini söyledi.

Sosyal hakların ortadan kaldırılması doğrultusunda şu ana kadar çeşitli alanlarda adım atıldı. Örneğin buna göre 1,5 milyon mark tutarında çocuk parasının ödenilmesi isteniliyor. Bunun ayrıntılı olarak nasıl gelişeceği konusunda ise, bir grup eleman araştırıyor.



Bonn hükümetinin bütçe politikası: Başbakan Schmidt ve bakanları emekçileri soyan birer soyguncudurlar.

Burada uyanık olmak gerekli. Çünkü Sonbaharda yapılacak kesin bütçe görüşmelerinde, sendikalar ücretlerin durdurulması veya sendikaların toplu sözleşmelerde "ihtiyatlı davranması" için yoğun baskı yapılacaktır. Bu ücretlerin dahada düşürülmesi patronların kesesinin doldurulması demektir.

Ve burada DGB yönetimi, Bonn hükümetinin emekçilerin haklarına yapılan savaş ilanını dilinin ucu ile eleştirerek, Bonn hükümetinin kararları bizi "memnun" etmemektedir—İşte DGB yönetiminin yaptığı açıklama budur.

DGB ile hükümet yöneticileri arasında sessizce bir anlaşma yapılmasına izin vermemeliyiz. Her şeyden evvel tüm sendikacıların görevi, Vetter, Loderer, Hauenschild v.b. DGB'nin kapitalistlerin ve Bonn hükümetinin emekçilerin sosyal haklarına yaptığı genel saldırısını geri püskürtmesi gerektiği açıklama- lıdır.



Sosyal alanlarda kısıtlamalar yapıldı...savunmaya ayrılan ayrılan harcamalar yükselmeye devam ediyor.

İltica hakkına bir darbe daha vuruldu



Gericiiler iltica hakkını dahada sınırlamak istiyorlar. Resimde sınır dışı edilmek istenen yabancılar tutuklu halde.

MÜNSTER.—Federal Alman makamları iltica hakkına kesin darbeyi vurmaya çalışıyorlar. Bu doğrultuda büyük adımı son günlerde Münster Yüksek İdari Mahkemesi (OVG), ilticacıların iltica taleplerinin geriye dönüşe yetecek miktarda para yatırılması yükümlü gören kararıyla attı.

Yüksek İdari Mahkeme, iltica talebinde bulunan birisinin, esas olarak ülkesine zor yoluyla veya serbestçe geriye dönüşü ödeyebilecek miktarda para biriktirmiş olması gerektiğini kararlaştırdı. Bu skandal yaratıcı karar, Ghana'lı bir ilticacının iltica talebinin redde dilmesi üzerine, ülkesine geriye dönüş için gerekli olan 1350 DM'yi burada kazandığı aylığından ödemek zorunda tutulması nedeniyle, mahkemeye başvurusunun ardından alındı (Dosya Numarası: 18 A 26 45 80). Bu tamamen yerinde bir karardır; bununla yabancılarla yetkili her makam, iltica talebinde bulunan birisini geriye dönüş için gerekli olan para miktarını makamların lehine bir bankaya yatırmaya yükümlü tutabilir.

Mahkeme, bu kararın sadece Almanya'da "kalmayı sınır- layan bir tedbir" olduğunu ve bunun iltica talebinde bulunan birisini belirli semtlerde kalmayı sınırlayan karar gibi (iltica

getolarının oluşturulması) anayasaya aykırı bir şey olmadığını söyledi. "Bununla Alman anayasasının öngördüğü şekilde, iltica talebinde bulunan birisinin Almanya'da geçici olarak kalma hakkına doğrudan doğruya dokunulmuyor".

Normal olarak iltica talebinde bulunan birisi, Almanya'da en az bir yıl süresince çalışamaz. Buna karşılık yukarıdaki kararın alınmasına neden olan Ghana'lının durumunda ise, o hemen hemen bu paraya hiç sahip olamayacak. batı Almanya'ya büyük bir çaba harcayarak gelmeyi başaran ve ülkesinde siyasi takibata uğramış birisini düşünün, o herhalde birde beraberinde muhtemel bir geriye dönüş için 1000 DM'in üzerindeki ölüm bile olan bir geriye dönüş için!

Batı Alman makamlarının vahşiyeti ve keyfiliği sınırsızdır.

(„Todesstoß für das Asylrecht“) RM Nr. 32/81, S. 7